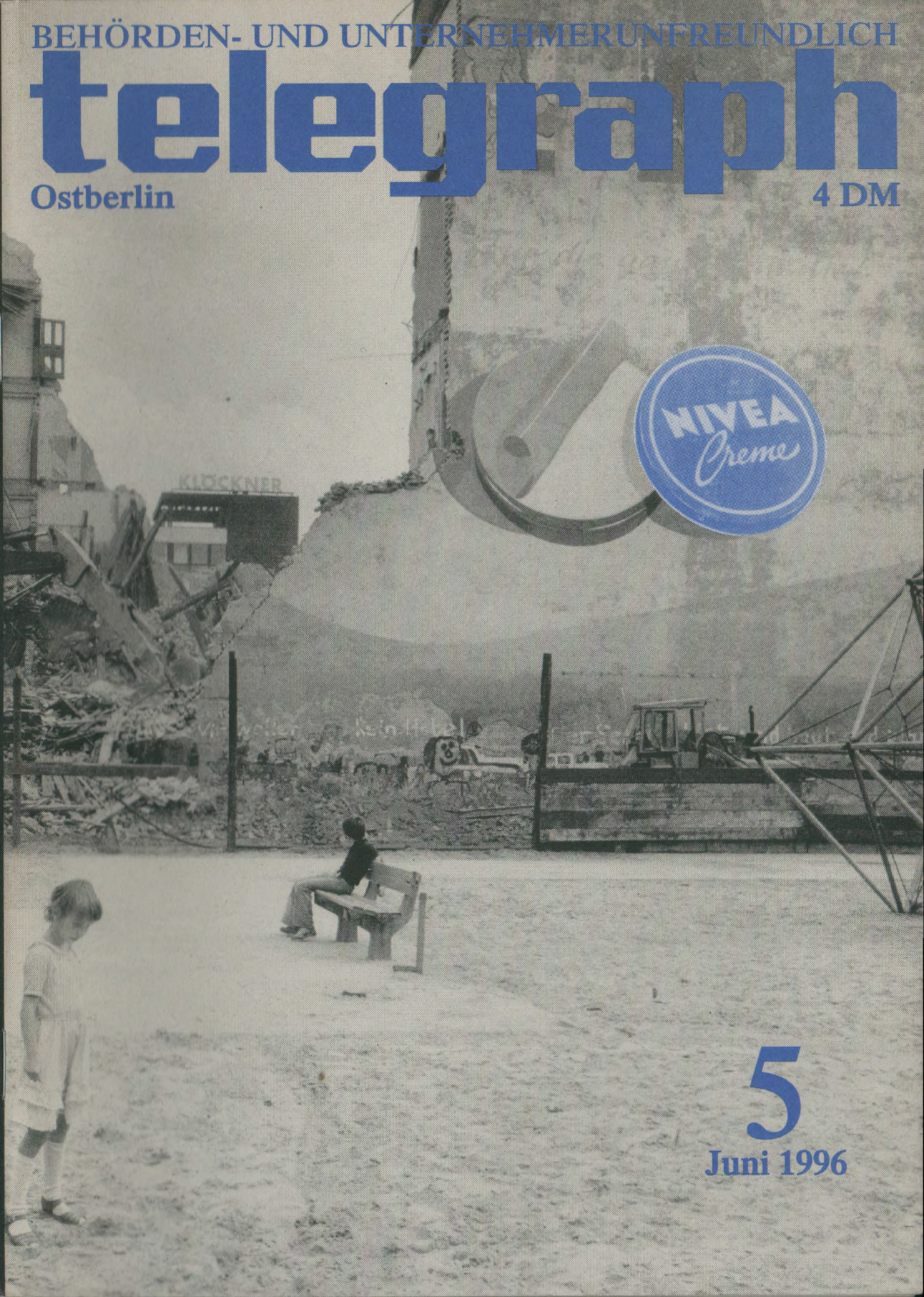
BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin

4 DM



5

Juni 1996

Inhalt

Auf gute Nachbarschaft! S.3

Realität und Medienberichterstattung beim Castor-Transport S.4

1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft undgegen den Neoliberalismus ..... S. 8

Ein Ostberliner Piratensender sendete am 1. Mai vom Turm der Zionskirche S.10

Erste neudeutsche Rekrutenvereidigung in der Hauptstadt der Teutschen ..... S. 14

Bauernland in Junkerhand? ..... S. 16

DGB -Vorsitzender von Bund und Berlin ausgepfiffen ..... S. 17

Kommentar: Wie weiter nach dem 1. Mai ..... S. 19

Ein Interview zu den Aussichten der Berliner Studentenproteste S.21

Ein Diskussionspapier zur Hochschulpolitik ..... S. 24

Archive, Verbände und Forschungs organisationen der Opfer der DDR-Staatsrepression vor dem finanziellen Aus ..... S. 34

Entstehung von Faschismus und antifaschistischer Kampf in Deutschland ..... S. 38

Wer hat die SED gezeugt? ..... S. 50

Neues aus der Bücherwelt ..... S. 54

Meldungen ..... S. 55

Editorial

Einen schönen Tach
Freunde, Kollegen, Damen und Herren!6

Leider kommt der "telegraph" wieder einmal verspätet. Und wie immer mit guten Gründen.

Zum einen kam der Artikel über den Castor-Transport, wie so oft, viel zu spät und es bedurfte aller Künste des Überredens und Bettelns, daß er überhaupt noch kam.

Zum anderen war es uns sehr wichtig, noch einen aktuellen Beitrag über den 1. europäischen Kongress gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit zu bringen, der letztes Wochenende in Berlin tagte. Das ist dann alerdings doch nicht so gelungen, wie es geplant war. Und mit dem Kommunique der EZLN hat es trotz allen Bettelns gar nicht mehr geklappt.

Als drittes erreichte uns ebenfalls erst nach Toresschluß ein Bericht über die Rekrutenvereidigung.

Doch das lange, geduldige Warten unser geschätzten Leserschaft auf diese Ausgabe hat sich, so glauben wir, trotz allem wieder mal gelohnt. Es gibt noch mehr telegraph für s gleiche Geld, wie das heute so schön heißt. Mit der Anzahl der Hefte, dem Erscheinungstermin und der Numerierung allerdings gibt es diese und jene Schwierigkeit, die wir demnächst sicher irgendwie lösen werden

Ansonsten haben wir mehrere sehr lange Artikel, die hoffentlich so interessant sind, daß die Konsumenten diese bis zum Ende lesen werden, statt nach der Hälfte abgenerft zum neuen Mickie-Maus-Heft greifen.

Mehr ist zur Zeit nicht zu sagen.
Bis zum nächsten Heft in alter Frische

Eure "telegraph" Redaktion

Bildnachweis: Tielseite: Bernd Markowsky, S. 5, 6, 7: Stephan Dudeck, S. 12, 13: anonvm, S. 18, 20 Redaktionsarchiv, S. 22, 23, 25, 26, 28, 29, 32: aus den Internetseiten zum Unistreik Berlin http://www.inf.fu-berlin.de/~fini/aktionen/, S. 39, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 49: siehe Quellenangaben am Ende des Textes

Auf gute Nachbarschaft!

Berlins Innensenator Schönbohm hat neue Nachbarn: 500m Luflinie („in Schußweite", taz vom Mittwoch) von seinem Haus entfernt wurde letzten Dienstag eines der vielen leerstehenden Häuser in Kleinmachnow besetzt. Die ursprünglich wohl als Picknick mit Kaffee und Kuchen geplante Aktion scheint sich zu etablieren; ursprünglich dachte eigentlich keineR der Besetzer daß länger als zwei, drei Stunden bis zur Räumung vergehen würden. Doch entgegen allen Befürchtungen, und wohl auch durch Schusligkeit des Eigentümers, ist das Haus jetzt seit über eine Woche besetzt. Brandenburg ist halt doch (noch) nicht Berlin, die Bullen hielten sich merklich zurück. Der aufgeregt herbeigeeilte Besitzer des Grundstücks verlangte erst eine sofortige Räumung, geriet dann aber auf Nachfragen der Besetzter, was er denn eigentlich mit dem Haus vorhabe in die Defensive, und sprach dann ein einstweilige Duldung aus.

Die Akzeptanz der Anwohner ist erstaunlicherweise recht hoch. Anscheinend hat man im Ort auch langsam kapiert, das da irgendwas mit dem gängigen Mieter/Vermieter-Prinzip nicht so ganz hinhaut. Sind doch mehr als dreiviertel der Anwohner selbst in ihren Häusern gerade noch geduldet. Fast auf alle Häuser (so 85%) im Ort laufen Rückübertragungsverfahren oder sind bereits 'entschieden', es hagelt zur Zeit Eigenbedarfskündi-gungen. Der Ort mausert sich zum neuen Schicki-Städle, das Einkaufszentrum ist schon fertig, es wird gebaut, irgendwo müßen die Bonnzen ja hin. Auch Berlins Innensenator Schönbohm (is auch'n Bonner, der kam erst zum Amtsantritt nach Berlin) hat sich bereits sein Plätzchen im Grünen gesichert.

Nicht zuletzt deshalb auch diese Aktion: angesichts der Häuser-Räumungen in Berlin den letzten Wochen wollte mensch 'unserem Innesenator mal zeigen, wie Hausbesetzer eigentlich aussehen'. Aus der Demonstration scheint sich ein längerfristiges Wohnprojekt zu entwickeln, eine kleine Gruppe von Kleinmachnowern und Berlinern hat es sich dort wohnlich gemacht. Bullizei und Bürgermeister haben wenig Lust, eine gewaltsame Lösung zu erzwingen. Man(n) hat wohl keine Lust, für den Berliner Innensenat die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Der Eigentümer scheint auch keine konkreten Pläne für das Haus zu haben, nach Angaben der Nachbarn will er am liebsten abreißen und neu bauen.

Witzig ist die Berichterstattung der Presse: Wann hat man jemals ausgerechnet in der Bild-Zeitung ein „Hurra, die ersten Hausbesetzer sind da!" gelesen?

W.Bonita

CONTRASTE

Individualismus Abschied von der Kollektivität? · Jugendumweltkongreß Freiburg: »... aber erschreckend individualistisch« · »Entwicklung von Dir, Entwicklung von Wir« **Medien** Ärger für Freie Radios **Ausstellung** Deutsche Dekorative Restbestände **Fairer Handel** Internationale Agrarfachtagung zum Thema Ökoexport und/oder Subsistenzwirtschaft **Tauschringe** »Tauschen statt kaufen – eine Idee bekommt Beine« · »Projekt 100 Schöpfer **Projekte** Auch Zivildienst ist Kriegsdienst – ohne Waffen **Nachhaltigkeits-Debatte** Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes: der Ökologen Lust, der Frauen Frust **Naturkost** Aufregung bei Komkraft/Grünes Netz eG – Doch keine Pleite! **Serviceteil** mit Tips, Terminen, Kleinanzeigen u.v.m.
CONTRASTE – die Monatszeitung für Ökologie & Selbstverwaltung

Das Alles und noch viel mehr... in CONTRASTE, für 10 Mark als Schnupperabo drei Monate frei Haus!
JA, ich will ein Schnupperabo
Meine Anschrift:

10 DM in Briefmarken/Schein für das Schnupperabo habe ich beigelegt. Nach Erhalt von drei Ausgaben ist das Schnupperabo ohne besondere Kündigung beendet.
Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE, Postfach 104520, D-69035 Heidelberg 247-140

„...bis Redaktionsschluß nicht geschossen“

Realität und Medienberichterstattung beim Castor-Transport

Unruhe

Nachts um 2 Uhr. Der Tag X² liegt noch im Schlaf. Dannenberg ist wie ausgestorben. Lediglich am Castor-Verladekran ist alles hell erleuchtet. Gespannte Ruhe. Gegenüber der Esso-Tankstelle liegt das Lager der Demonstranten. Große, phantasievoll geschneiderte Massenzelte, unendlich viele kleine, eng aneinandergestellte Zweimannzelte. Trotzdem fehlt die Urlaubs-Camping-Athmosphäre. Viele schlafen, manche sitzen ums Feuer, reden leise. Rund um die Tankstelle biertrinkende, mitunter laut diskutierende Menschen. Irgendetwas Drückendes liegt in der Luft. Für Neuankömmlinge ist es schwierig, einen Überblick zu erhalten. Was wird passieren, was ist geplant. Niemand scheint etwas mitteilen zu wollen. Natürlich laufen hier auch Bullenspione rum. Also nach Bekannten Ausschau halten und sich durch die offensichtliche Anspannung nicht verrückt machen lassen. Immer mal wieder Durchsagen vom Lautsprecherwagen: irgendjemand sucht seine Freunde, letzte Nachrichten vom Transport, von Streckenbesetzungen und Mahnungen, das Alkoholtrinken nicht zu übertreiben. Immer wieder donnern die Hubschrauber vom Bundesgrenzschutz über die Zelte, manchmal mit Scheinwerfern, mal ist nur das Knattern am schwarzen Himmel zu hören.

Wenige hundert Meter entfernt, am Bahnübergang, wo in wenigen Stunden die strahlende Fracht ihrem Ziel entgegenrollen wird, eine Polizeigruppe aus Sachsen-Anhalt mit Schild und Helm. Gespenstisch, wie hier Demonstranten und die Transportbeschützer in lockerem Gespräch aufeinandertreffen. Am Plexiglasschild des einen klebt ein Aufkleber: "X² Wir stellen uns quer". Wenn erst die Sonne aufgeht, wird er sicher zerknüllt am Straßenrand liegen. Sicher, auch unter mancher Uniform steckt ein Mensch. "Wenn das bei uns zu Hause wäre, würde ich vielleicht auch demonstrieren", aber "Dienst ist Dienst".

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) wies den Bundesgrenzschutz an, Anschlägen auf die Bahn mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Zugereiste Berufschaoten und Kriminelle, die Schwellen anzündeten, technische Einrichtungen sabotierten, Hindernisse auf Schienen legten und Menschenleben gefährdeten, müßten festgenommen und strafrechtlich verfolgt werden.
[Berliner Zeitung, 8.5.96]

Morgens

"Wir sammeln uns jetzt und dann gehen wir mal sehen, was am Verladekran los ist" Es ist so gegen halb fünf, als sich ein Zug von ca. 4000 bis 5000 Demonstranten spukhaft durch das schlafende Dannenberg bewegt. Keine lauten Worte - lediglich hier und da leise Gesänge zum Mitsummen. Bekannte Melodien, neue aber eingängige Texte: "Wir wollen keinen Atomstrom, wir wollen keinen Atommüll, wir wollen keinen Polizeistaat, wir wollen leben, leben, lachen wollen wir." Nach zwanzig Minuten ist der Verladekran in Sicht. An der Bahnstrecke können im Morgengrauen rennende Polizisten erkannt werden. Gilt das uns?

Schon seit mehreren Stunden kommen Berichte aus dem Radio, daß die Strecke nahezu hermetisch abgeriegelt sei. Es dauert also nicht lange, bis die Spitze des Demonstrationszuges auf eine grüne, behelmte Mauer stößt. Wie auf Kommando verteilen sich größere Gruppen von Demonstranten auf dem Feld und machen mit den an der Strecke postierten "Polizeikräften" Frühsport - Dauerlauf. Es dauert nicht lange, und entlang der Strecke sind durch ständiges Zusammenziehen und Ausschwärmen der "Streckenposten" Löcher entstanden, die zuerst zaghaft, dann aber immer konsequenter mit Demonstranten aufgefüllt werden. Nach geraumer Zeit erkennt dann offenbar auch die Polizeiführung,

daß ihre Strategie nicht aufgegangen ist und läßt die versprengten Teile ihrer Mannschaften abziehen: Ein großes Stück Straße direkt gegenüber der Ausfahrt vom Verladekran ist nun von Demonstranten besetzt. Für viele beginnt jetzt das Warten, Zeit miteinander zu singen, zu erzählen, sich in Ketten zusammenzusetzen. Für die Mutigen eine Zeit intensiver Arbeit, auch an der einzig möglichen Parallelstrecke. Und dann eine Durchsage vom Lautsprecherwagen: "Die Strekke über Quickborn ist unpassierbar". Der Teer ist unter den brennenden Strohballen und Baumstämmen weggeschmolzen. Jubel auch bei den friedlichsten Mitdemonstranten. Auch an "unserer" Strecke wird hart gearbeitet. Vom Rand her soll die Straße unterhöhlt werden, und es sind bereits beachtliche Löcher entstanden. Zwei Leute mit Photoapparat und Videokamera, die dazukommen, müssen leider ihre Filme vernichten. Am Horizont taucht plötzlich ein Schwarm Hubschrauber auf. Bald werden sie ganz in unserer Nähe kreisen. Bewacher der todbringenden Fracht.

Früh am Morgen ist der Innenminister des Landes Niedersachsen mit einem der Hubschrauber in die abgeriegelte Stadt geflogen, und hat vor seinen Truppen eine aufmunternde Rede gehalten. Dann ließ er sich wieder ausfliegen. Der Bundesinnenminister forderte von Ferne die Staatsmacht zur Härte auf. Bekanntlich ist alles relativ: Verglichen mit ihren Möglichkeiten hat die Polizei sich, trotz der Aufforderung des Innenministers, im Wendland gewiß zurückgehalten. Beispielweise wurde, bis Redaktionsschluß, nicht geschossen.
[Der Tagesspiegel, 9.5.96]

Barrikade I

Entlang der Straße ein endloser Zug von Menschen, die versuchen, eine Lücke im Polizeikordon zu finden. Langer Marsch durch unwegsames Gelände über Äcker, durch Höfe und Gärten, über Zäune. Die Straße ist von der Staatsmacht besetzt. Kurz vor Gusborn scheinbar Koordinationsschwierigkeiten bei den Streckenbewachern. In Nullkommanichts sitzen die ersten Demonstranten auf der Straße und mit jeder Minute kommen zwanzig weitere hinzu. Schon rollen die Ersten große Feldsteine vom Straßenrand auf die Mitte der Fahrbahn - mitunter müssen vier oder sechs Männer und Frauen anfassen. Andere haben Stangenholz aufgeschichtet und sammeln immer noch neues Holz dazu. Schon brennt die Barrikade. Woher hat dieser Typ nur die alte Fernsehröhre, die wie ein riesiges Auge den herannahenden Castortroß anschaut? Und es wird wieder gesungen auf der Straße - eng beieinandersitzen und singen, das läßt die Bedrohung aushalten. Auf dem Feld ist irgendwoher ein alter LKW mit großen Boxen und guter Musik angekommen, schon tanzen einige. Inzwischen ist die Straße dicht, hunderte von Menschen, und immer strömen neue übers Feld hinzu. Alter Maschendraht ist zwischen den Alleebäumen gespannt. Das brennende Holz wärmt außen, die Tatkraft und der Mut der Unbekannten neben uns wärmt innen. Sollen die Wasserwerfer kommen.

Als die Räumpanzer ankommen und mühsam jeden Stein

von der Straße räumen, beginnt auch die Stimmung wieder zu sinken. Auf einmal ein Ruf: "Es wird immer teurer" und wie ein Echo stimmen Hunderte oder Tausende von Demonstranten ein: "Es wird immer teurer, es wird immer teurer".

Es spricht vieles dafür, daß sich die gewalttätige Szene - gestärkt durch ihre bisherigen Erfolge - an einem neuen Standort ebenso aufführen würde wie derzeit in Gorleben. Die SPD sollte erkennen, daß sie Gefahr läuft, die Geister, die sie gerufen hat, nicht mehr loszuwerden. [Frankfurter Allgemeine, 9.5.96]

Auf den letzten 18 Kilometern des „Castor"-Transports von der Verladestation Dannenberg zum Zwischenlager Gorleben lieferte sich vor allem ein militanter Kern der Demonstranten heftige Straßenschlachten mit der Polizei. Mit Sitzblockaden und Barrikaden versuchten Tausende von Atomgegnern, die Weiterfahrt des Spezialtransporters zu verhindern. Das Fahrzeug kam deshalb streckenweise nur im Schrittempo voran und erreichte sein Ziel erst gegen 13 Uhr, also nach 6 Stunden.

[Frankfurter Rundschau, 9.5.96]

Steine

Ein riesiger Stein fliegt auf die uns gegenüberstehenden Behelmten. In der zweiten Reihe bricht dort jemand zusammen. Und ein Aufschrei geht durch die Demonstranten. "Ey, laß das". Natürlich fliegen immer wieder verschiedenste Sachen durch die Luft, vor allem Dreck und Grasbatzen. Die meisten haben inzwischen sich eine Handvoll Ackererde zusammengescharrt, die einzige Chance, sich die heranstürmenden Vollschutz-Grünen für kurze Zeit vom Halse zu halten. Und wenigstens ein bißchen lustig sehen die prügelnden Schlammmonster aus. Aber es fliegen eben auch Steine. Und es sind gar nicht immer die jungen Leute mit den schwarzen Kappen. Kurz hinter uns ein junger Mann im Nylonanorak und eigentlich unscheinbarem bis biederem Äußeren. Der übliche Aufschrei der Pazifisten, schon nimmt er die Beine in die Hand. Hat er Angst, will er nicht wiedererkannt werden?

Die Polizei, die später von „Krieg" sprach, ging mit Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die annähernd 3000 Demonstranten vor. Diese errichteten Barrikaden und setzten die Hindernisse in Brand. Polizisten wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, auf Polizeihubschrauber wurde Signalmunition abgefeuert.
[Süddeutsche Zeitung, 9.5.96]
Gedächtnisprotokollen und eidesstattlichen Erklärungen zufolge seien am 7.Mai, am Tag vor dem Transport, Polizisten mehrfach dabei beobachtet worden, wie sie fernab der Castor-Transportstrecke Steine einsammelten und in Kofferräumen von Polizeifahrzeugen verstauten. Am selben Tag seien drei als „Chaoten" verkleidete Zivilbeamte beobachtet worden, wie sie bei Karwitz auf der Castorstrecke eine Barrikade errichteten und anzuzünden versuchten. Als sie dabei von uniformierten Kollegen erwischt wurden, zeigten sie nach Angaben mehrerer Zeugen Ausweise mit der Aufschrift „Polizeischule Eutin".
[die tageszeitung, 23.5.96]

Barrikade II

Die Demo nimmt inzwischem immer mehr den Charakter eines

Geländelaufes an. Über Kilometer geht es durch unwegsamen Wald. Die ersten müssen bereits eine Pause einlegen. Der Polizeikordon ist wirklich dicht. Nur hin und wieder eine Lücke, in der schnell ein paar Baumstämme auf die Straße gezogen und angebrannt werden können. Schon sind die Räumpanzer wieder da. Doch plötzlich ein Stück freie Straße. Einige haben schon angefangen, Holz aufzuschichten. Und auf einmal sind die verstreuten Demonstranten auch wieder da. Geschäftiges Treiben, immer wieder in den Wald laufen, neue Stangen Holz auf die Straße tragen und ineinander verkeilen. Wie verflogen ist die Mattigkeit des langen Marsches, alle arbeiten nur an dem einen Ziel: den Transport nur möglichst lange verzögern und aufhalten.

Peter Hintze nannte es „erschütternd", wie eine radikale Gruppierung versuche, „mit hemmungsloser Gewalt" den Atommülltransport zu verhindern. [Berliner Zeitung, 9.5.96]

Am Rande immer wieder überwältigend gute Erfahrungen mit den Einheimischen. Die Dörfer sind hermetisch abgeriegelt, doch die Bewohner weisen die Schleichpfade durch ihre Höfe und Gärten. Hier wird Wasser ausgeteilt, dort steht ein Kasten Cola auf dem Feld. Viele dürfen die Toiletten der Dorfbewohner benutzen. Am Gartenzaun alte Bäuerinnen, die belegte Brote und

selbstgebackenen Kuchen den vorbeistürmenden Demonstanten reichen. Aber eben auch jene schon etwas ältere Krankenschwester: "Haut bloß ab, wegen Euch mußte ich die ganze Nacht Dienst machen".

Der lange Marsch

Nach sechs Stunden ist der Transport im Zwischenlager. Daneben und davor Demonstranten, die das letzte Stück nur noch als mehr oder weniger stumme Zuschauer erleben müssen. Die Staatsmacht hat sich durchgesetzt. Einige rührt das zu Tränen, die meisten sind einfach zu geschafft, um noch eine Gefühlsäußerung von sich zu geben. Zwanzig Kilometer über Stock und Stein, zwanzig Kilometer laufen, Steine schleppen, Holzstangen auf die Straße tragen, vor Schlagstöcken davonlaufen. Da bleibt nicht mehr viel Energie. Zurück zu Fuß? Nie!

Immer wieder rufen Leute: „Noch Plätze frei nach Dannenberg!" - hier muß keiner zurückbleiben. 16 Uhr zur Abschlußkundgebung sind die meisten in Dannenberg: Resümee ziehen. Das war einer der brutalsten Polizeieinsätze im Wendland. Doch der Widerstand ist nicht gebrochen, wir sind mehr und phantasievoller geworden. Für den Einzelnen bleibt - eine gute Erfahrung im gewaltfreien Widerstand. Der größte Erfolg war, daß Menschen unterschiedlichster Prägung zu einer Aktion zusammenfanden, die das ganze Land bewegt hat. Dem nächsten Castor werden sich noch mehr entgegenstellen - „Nix hoch drei".

Dem Ziel, die Castor-Transporte zu verhindern, sind wir wieder ein Stück näher gekommen. Vielleicht noch ein, noch zwei Castors - 80 oder 100 Millionen DM teure Polizeieinsätze kann sich der Atomstaat nicht lange leisten. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist wieder im Gespräch.

Matthias Schlegel, Ekki Forberg.

Weder frustrierte Altlinke noch Zapata-Euphorie

1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus in Berlin

Die Presseresonanz auf das Ereignis war denkbar gering. Für einen Kongreß von über 1000 Linken aus West- und zum ersten Mal in dieser Form auch aus Osteuropa hatte das „Neue Deutschland" nur 20 Zeilen übrig. Die immer noch als „linksalternativ" bezeichnete „tageszeitung" („taz") berichtete erst am übernächsten Tag, auf immerhin 60 Zeilen. Am ausführlichsten war noch die kommunistische Tageszeitung „Junge Welt", die sogar ein Foto brachte, obwohl sie sich in den Vortagen darüber beschwert hatte, daß hier die reine Lehre des Marxismus-Leninismus zersetzt würde, indem der Begriff des Kapitals durch den des Neoliberalismus abgelöst worden wäre.

Ganz offensichtlichlich hatte die traditionelle Linke in Ost und West ihre Schwierigkeiten mit dem neuen Paradigma, das nach dem Muster der zapastischen Revolte hier nach Europa transportiert wurde: Statt einer zentralen linken Ideologie - in Deutschland mittlerweile fast soviel Zentralen wie Linke - geht es hier um die Vernetzung von Kulturen, Szenen und Interessengruppen zu einer Gesellschaft von unten, einer Zivilgesellschaft. Statt geschlossener Parteiblöcke agiert hier der vielfätige Widerstand von lebendigen Strukturen. Und die Guerilla, die dieses unübersichtliche Gewimmel in Mexiko begleitet, will von vorherein nicht Führer, sondern bestenfalls Moderator eines Prozesses sein.

Daß die Genossen vom "Neuen Deutschland" sauer waren, ist begreiflich, hatte man dem angereisten PDS-Repräsentanten im Alte-Kämpfer-Look (Thälmann-Mütze und Lederjacke) doch in einer der Vorbereitungsrunden bedeutet, daß beim Kongreß nur Individuen, nicht Parteisklaven gefragt sind. Weit trauriger war, daß sich verschiedene Altlinke offenbar eigens zu dem Zweck im Vorbereitungskreis etabliert hatten, um ihr Unbehagen mit der neuen Richtung zu formulieren. Das schlug selbst auf die Internetseite "http://www.icf.de/YaBasta/ybdhome.htm" durch, in der der Kongreß und seine Inhalte vorgestellt wurden. Der Begriff Neoliberalismus, hieß es dort aus Kreisen des Vorbereitungskreises "birgt die Gefahr, als neues Schlagwort Unterschiede bzw. Ursache und Wirkung zu verschleiern. Der Begriff reduziert sich zu sehr auf Besitzverhältnisse - es wird nur in den Kategorien arm und reich gedacht und läßt z.B. die Kritik patriarchaler Herrschaftsverhältnisse außen vor."

Fast sprengend wurde dann in der Tat der ideologische Monopolanspruch der autonomen Frauen- und Lesbenfraktion, die, wie üblich geworden, forderte, daß nicht Analyse, Widerstand und Perspektiven gegenüber dem Neoliberalismus in jeder Arbeitsgruppe Hauptpunkt sein solle, sondern stattdessen der Hauptwiderspruch Patriarchat.

Immerhin wurde dann alles, alles gut und der winzigen Vorbereitungsgruppe gelang es innerhalb von drei Monaten, die vielfälltigen Vorbereitungen für den Berliner Kongreß in den Griff zu bekommen. Die inhaltlichen Vorbereitungen liefen allerdings dezentral, in den verschiedenen Ländern ab. Übersetzung und Vermittlung zwischen den verschiedenen Nationen wurde in der Schweiz realisiert.

Vom Kongreß kann ich selbst nur authentisch berichten, was ich erlebt habe. Weil die Umwelt-Bibliothek Raum für zwei Arbeitsgruppen bot und ich die logistisch betreuen mußte, war ich im Wesentlichen dort fixiert. Interessant genug waren für mich die Widersprüche, die bei der Diskussion eines tschechisch-deutschen Wohnprojektes in Prag zutage kamen. Das Geld für Kauf und Umbau sollte aus deutschen Gruppen kommen, denen dafür anteilig ein Anrecht auf Aufenthalt im Tagungsteil des Hauses versprochen wurde. Die Tschechen sollten ihren Anteil in Arbeit leisten. Daß allerdings die Deutschen für 5-6000 Mark einen lebenslangen Anteil erhielten, der zudem noch verzinst wird, stieß dann doch an die Grenze des Verständnisses der Tschechen. Zudem ist absehbar, daß die in Aussicht genommene Einlage nur in den allerseltensten Fällen von politischen deutschen Gruppen geleistet werden kann, die derzeit bei steigenden Preisen und wegfallendem Staatssponsoring verzweifelt bemüht sind, ihre eigenen Projekte aufrechtzuerhalten. Es bleibt auch die Frage, ob eine -

Kapitalvernetzung - wirklich die Grundlage für eine gemeinsame Perspektive sein kann oder vielmehr die politischen Gruppen in die herrschende Ungerechtigkeit verstrickt.

Interessant war dann auch ein langer Abend über das Problem osteuropäischer Arbeitsmigrant-Innen. Wenn man das deutsche Problem in groben Umrissen kennt, wurde hier hier noch einmal gezeigt, daß es keine nationalen, sondern nur Probleme des internationalen Kapitalflusses und der ihm folgenden Menschenströme gibt. Neu waren beispielsweise die Berichte über die Situation ukrainischer Wanderarbeiter in Tschechien. Da es praktisch keine legale Möglichkeit zu legaler Anstellung gibt, sind die Ukrainer völlig von der Gnade der russischen Mafia abhängig, die für ihre Vermittlung 50% des ohnehin geringen Lohns kassiert. Die tschechische Regierung findet diese Verhältnisse bequem, weil sie sich je nach Konjunktur duldend oder repressiv verhalten kann. Die rassistische Verachtung der Bevölkerung für die Billigarbeiter ist übrigens, wie versichert wurde, kaum geringer als in Deutschland. Eine anschließende Diskussion über Möglichkeiten zur Organisation von Arbeits-migrantInnen in Deutschland stieß schnell an die Grenzen des Themas: Die Wanderarbeiter streben nicht nach Gleichberechtigung mit den einheimischen Arbeitern, sondern nehmen die schlechten Arbeitsbedingungen in Kauf, die für die Unternehmer diese Arbeit erst rentabel machen. In ihren Heimatländern ist auch ein Minimum des deutschen Lohns noch viel, wenn sie überhaupt einen Job bekommen. Die Diskussion von Perspektiven läßt sich angesichts des Elends und der Atomisierung dieser Leute wahrscheinlich wirklich nur jenseits der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung weiterführen. Ansätze bei dieser Arbeit hat die deutsche Wildcat-Gruppe geliefert. Berichte über die Arbeit beispielsweise des vietnamesischen Unterstützungsvereins "Reistrommel" hätten mich in diesem Zusammenhang interessiert. Aber das Thema war für einen Abend ohnehin zuviel und würde eine eigene Konferenz erfordern.

Über den übrigen Verlauf des Kongresses kann ich, wie gesagt, wenig sagen. Ob man das Abschlußplenum am Sonntag, wie die "taz" meint, als "wundervolles Babylon" empfunden hat, ist Geschmacksache. Boris Kanzleiter aus der Vorbereitungsgruppe sagte mir zur Einschätzung des Kongresses:

"Positiv ist, daß es gelungen ist, ein europäisches Treffen zu organisieren, bei dem nicht die Berliner oder die Deutschen dominant waren. Das Treffen wurde von den internationalen Gästen geprägt. Frankreich und Spanien waren mit jeweils 200 Gästen vertreten und sonst waren Leute aus fast allen europäischen Ländern dabei. Positiv war auch die Themenvielfalt in den Arbeitsgruppen und Diskussion. Sehr viele Arbeitsgruppen wollen weiter arbeiten, einige Treffen sind bereits verabredet. Es gibt Diskussionsbedarf. Die Stimmung war weder durch frustrierte Altlinke noch durch übertriebene Zapata-Euphorie geprägt. Schade ist, daß eine Diskussionsvernetzung zwischen den Arbeitsgruppen nicht zustande gekommen ist. Es gab eine große Themenvielfalt, aber eben deshalb die Gefahr des Ausfransens und der Beliebigkeit. Aber mehr zu erwarten war vielleicht auch zu viel für ein erstes Treffen. Es ist übrigens schon ziemlich sicher, daß es ein zweites Treffen geben wird, das in Paris oder Barcelona stattfinden kann."

Vom 27. Juli bis 3. August wird in jedem Fall in Chiapas der Weltkongreß gegen den Neoliberalismus stattfinden. Entsprechend dem Ansatz gibt es keine Delegierungen von den Kongressen der Kontinente, sondern die Aufforderung an alle, die mitarbeiten wollen - und Mut hhaben, denn der Kongreß findet mitten in einem Bürgerkriegsgebiet statt. Anmeldung muß bis zum 6. Juli. unter der Fax-Nummer 030 6926590 (Berliner Mexiko-Gruppe/ FDCL im Mehringhof) gemacht werden.

W. Rüddenklau

P aufwärts !

Ein Ostberliner Piratensender sendete am 1. Mai vom Turm der Zionskirche

Es ist nicht zu fassen.. Endlich! Im verflixten siebenten Jahr seiner Existenz erlangt der Ostberliner Piratensender Radio P Aufmerksamkeit, Achtung und Anerkennung! Am 1. Mai erklomm er den Turm der Zionskirche im Berliner Osten, sendete 2 volle Stunden unbehelligt und ... verschwand auf mysteriöse Weise. Über das wie und warum berichteten einige Berliner Medien auf recht unterschiedliche Weise. Bisher wurde Radio P von breiten Teilen der Öffentlichkeit einfach ignoriert, obwohl es doch nach der Wende angetreten war, die neuerlangte Presse - und Meinungsfreiheit wörtlich zu nehmen. Nach der deutschen Vereinigung war der Sender ständiger Verfolgung ausgesetzt. Meinungsfreiheit via Radiowellen ist auch im neuen Deutschland per Gesetz verboten. Die deutsche Luft gehört Post und Telekom. Wer deren Eigentum mißachtet, bekommt es mit den Luftschutzwarten und der Polizei zu tun.

Laut Fernmeldeanlagengesetz § 15 wird das unerlaubte Betreiben von Sendeanlagen mit einer Geldstrafe oder Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren bedroht. Dazu muß die Staatsgewalt Gesetzesbrecher allerdings in flagranti erwischen. Beispiele aus der altbundesrepublikanischen Geschichte zeigen, daß dies bisher noch nicht gelungen ist. Prozesse lediglich anhand von beschlagnahmten Sendern als Indizien oder gar Beweise zu führen, brachte keinen Äther-Piraten hinter Gitter. Da so dem Problem staatlicherseits bisher nicht beizukommen war, hält das Strafgesetzbuch den § 27 bereit: Beihilfe zum Betreiben eines Piratensenders. Danach ist jede Tätigkeit ausreichend, die das unerlaubte Betreiben einer Fernmeldeanlage in irgendeiner Weise erleichtert oder fördert. Was daran im jeweiligen Fall strafbar ist, liegt ganz im Auge des Betrachters frei nach dem Motto: sie wissen nicht was sie tun; oder doch ? Bisher kam man jedenfalls immer noch mit der Art des braven Soldaten Schweijk durch.

Am Freitag, den 26. 4. wurde ein Plakatierer auf frischer Tat, nämlich beim Radio P- Plakatekleben, ertappt, verhaftet und verschleppt in die Keibelstraße, auch vor der Wende schon Polizeihauptquartier. Dort wurde er 6 Stunden lang der Verhörfolter unterzogen. Schließlich ließ man ihn frei, da er keine sachdienlichen Hinweise geben konnte. Der Vollständigkeit halber hielt man noch eine Hausdurchsuchung bei ihm ab. Ergebnislos. Er wußte wirklich nichts.

An dieser Stelle ein Hoch auf die KonsPiration - es plaudern immer nur die Eingeweihtesten am liebsten in aller Öffentlichkeit.

Von Karfreitag bis Kabelkanal

Wie gesagt, eine solche Aufmerksamkeit wurde Radio P schon seit langem nicht mehr zuteil. Das letzte Mal widmete sich die Obrigkeit dem kleinen Sender am Karfreitag des Jahres 1992 mit besonderer Sorgfalt: Es wurden über 100 Beamte in Zivil und Uniform, darunter Sprint- und Kletterspezialisten, aufgeboten, um Gerät samt Bedienung einzufangen. Das jedoch mißlang. Peinlich für Post/Telekom, die Hüter der deutschen Luft, sowie den damaligen Innensenator. Kurz vor dieser Aktion hatten die noch in der Berliner Morgenpost verkündet, der Piratensender Radio P wäre bedeutungslos. Seine Reichweite betrage kaum 1000 m und der Inhalt der ausgestrahlten Programme sei nicht als staats- oder gemeinwohlgefährdend anzusehen. Deshalb würde niemand im Ernst ganze Häuserblocks umstellen, um seiner habhaft zu werden.

Genau das aber geschah an jenem Karfreitag gegen 19.30 Uhr. Als sich die halbstündige Sendung von Radio P bereits ihrem Ende neigte, wurde der Häuserblock zwischen Duncker -und Schliemannstraße, auf dessen Dächern man den Sender vermutete, weiträumig umstellt und her-

metisch abgeriegelt. Da es nicht gelang, die Piraten auf frischer Tat zu ertappen, half auch der zurückgelassene Sender nicht als Beweismaterial weiter.

Inzwischen haben nun immer mehr Menschen ihr Herz für das freie unzensierte Rundfunkwesen entdeckt, die aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht alle als Freibeuter in der Berliner Luft beschäftigt werden wollen. Radio P half jedoch schnell und unkompliziert. Im Sommer 94 wurde der Landesverband Freier Radios Brandenburg - Berlin (im folgenden LFR genannt) gegründet. Dieser begab sich ab August 95, sozusagen als Trockenübung, ins hauptstädtische Kabelnetz auf die Frequenz des Offenen Kanals.

Im Oktober war dann große Ätherpremiere für -Radio, die Hörbarmachung des LFR. Die sieben Eminenzen des Medienrates hatten eine Sendelizenz für die UKW Frequenz 94,8 Mhz erteilt. 48 Stunden durften Radiobegeisterte aus Ost und West ihre unzensierte Meinung in den Äther blasen, für einen Unkostenbeitrag von rund 5.000,00 DM: ein Teil an Post/Telekom für die Sendeleitung, der andere für Sendermiete an den SFB.

Anfang des Jahres bewarb sich der LFR um die Vollfrequenz 94,8 Mhz. Um diesem Antrag etwas Nachdruck zu verleihen, sendete Radio P am 1. April auf der 95,0 Mhz und verkündete, daß die Medienanstalt dem LFR die Frequenz zugeteilt hätte. Das war zwar nur ein Aprilscherz, aber es gab doch eine zarte Hoffnung: Anfang Januar 1996 war der neue Rundfunkstaatsvertrag - unterzeichnet von allen deutschen Bundesländern- in Kraft getreten. Spannend ist der § 29 Abs. 1.

Darin heißt es: „Formen der nichtkommerziellen Veranstaltung von lokalem und regionalem Rundfunk*können* aus dem Anteil ...(die Rede ist von den Rundfunkgebühren, welche die Medienanstalten der Länder verwalten)... auf Grund besonderer Ermächtigung durch den Landesgesetzgeber gefördert werden.

Das heißt eigentlich nichts weiter, als Rundfunkgebührengelder nicht nur für ARD, ZDF etc., sondern auch für freie nichtkommerzielle Sender.

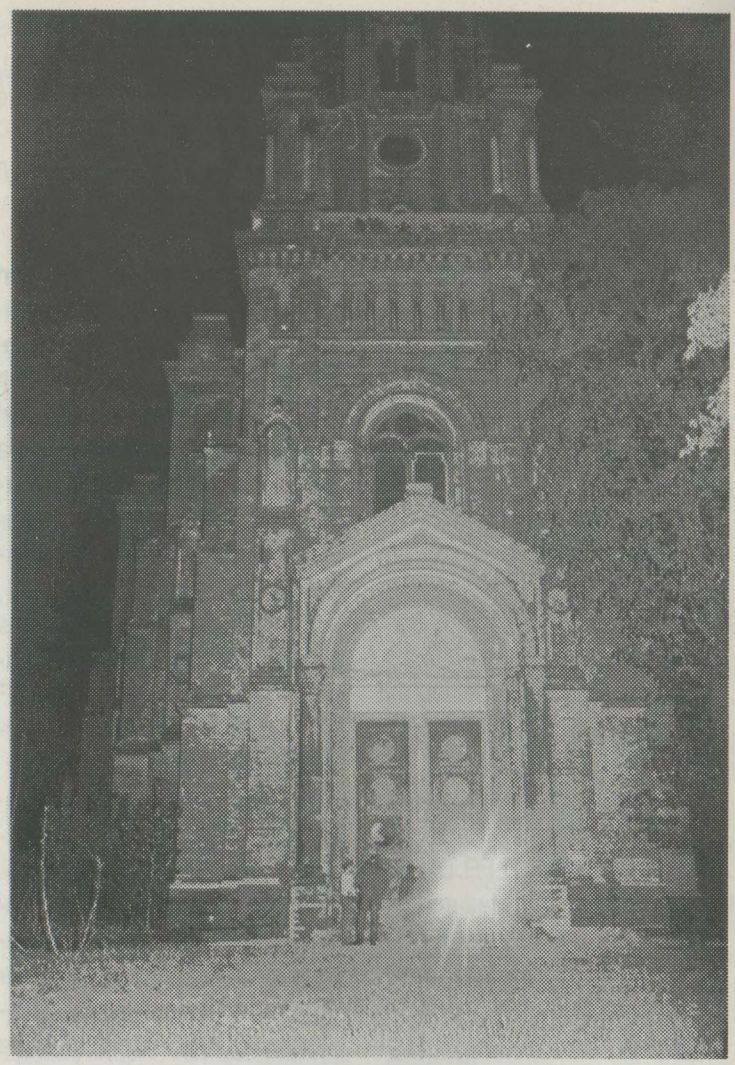
In südlichen und westlichen Landen werden freie Radios mit diesen Geldern finanziert, wie z.B. in Baden - Würtemberg, und Niedersachsen, andere wollen folgen. Das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von CDU& SPD erachtet eine solche Veranstaltung für unnötig. Sie verweisen in ihrer Begründung auf den sogenannten „Offenen Kanal".

Da *kann* wirklich jeder: von den faschistischen Grauen Wölfen, über Kalles Mallorcagrüße bis zu Sektenwerbung ist alles zu hören. Verschiedenen verhilft diese Vielfalt offenbar zu einer gewissen Befriedigung . Das pickelerregende Multikulti-Breichen im Rundumschlag. Hauptsache, es tut nicht weh und das tut es im Kabelkanal ganz und gar nicht. Damit läßt sich die Großberliner Renommiertorte schön garnieren.

Der LFR will aus verständlichen Gründen nicht wieder im Offenen Kanal versickern. Eine eigene Frequenz muß her und wenn die nicht gleich kommt, wenigstens eine zeitlich begrenzte Sendelizenz. Da das eine Veranstaltungsfrequenz sein muß, sucht man sich ein schönes Veranstaltungsdatum - den 1. Mai. Aber die Genehmigungsanstalt versteht alles miß. Sozusagen Meierfai. Die Antragsteller wollen ja gar nicht den Arbeitstag feiern, sondern nur wieder die Idee des freien nichtkommerziellen Rund-

UNFASSBA Nr. 18 (Frühjahr 1996, neue Folge 2) ist da!
Inhalt: Mumia Abu Jamal, Atomstaat Frankreich, Bastelanleitung Hampelbulle, Der Völkermord an den ArmenierInnen, Ideologie des Krieges, Nation, Staat und Demokratie am Beispiel Jugoslawiens, "Anarcho"-Stalinismus: FAU/AP Heidelberg, "Moderne & Ambivalenz", Libertäre Aspekte in Z. Baumans Soziologie der Postmoderne, Anti-Repression, u.a.
Einzelheft: 6 BriefMark, Abo: 30 DM bar & im doppelten Umschlag an:
POSTBUS 85306, NL-3508 AH Utrecht. Innerer Umschlag: neutral.

funks propagieren und das soll ja in Berlin nicht vorkommen. Wie man es hingegen richtig macht, erläutert die Justitiarin Frau Ludwig wie folgt: *„...Unter Veranstaltungsfunk werden begleitende Hörfunksendungen für eine bestimmte Veranstaltung verstanden. Der Verein „Marsch für Jesus" hat den (Stern-) Marsch mit über UKW ausgestrahlten Liedern begleitet, damit diese überall gleichzeitig von den Teilnehmern gesungen werden konnten."* Da wurde dem LFR unterstellt, er wolle niemanden mitsingen lassen. Da durfte also - Radio nicht senden.



Abgeblitzt

Aber Radio P konnte, wenigstens am ersten Mai. Und - sicher ist sicher - dachte sich das kleine Radio P und suchte Unterschlupf unterm Kirchendach. Die Höhe des aufgestellten Senders bürgt ja außerdem für eine etwas ausgedehntere Sendezeit und Reichweite. Nur ganz am Rande wurde vermutet, daß Post und Polizei sich doch zu früh zum Gotteshaus Zutritt verschaffen könnten. Doch auch ein Pfarrer hat, so nahm man an, frei am 1. Mai.

Um 19.00 Uhr war's dann soweit. Wie das „ND" 10 Tage später vermeldete, waren u.a. Katzenmusik,die jedes Juso-Lokal zieren würde, vor- und frührevolutionäre Sprüche und ermüdende Monologe verhinderter Literaten zu hören, sowie solch abstruses Zeug, nachdem z.B. die Faulheit die subversivste unter allen Tätigkeiten sein soll. Jawohl, alles sowas darf bei Radio P, wer will und sich traut. Nach langer Zeit wurde auch in manchen Kneipen mal wieder die Radio P Frequenz 95,0 Mhz eingeschaltet. Das Programm war in Mono und rauschfrei bis hinter Ostkreuz zu empfangen und bis Sendeschluß. Der war pünktlich wie vorgesehen 21.00 Uhr.

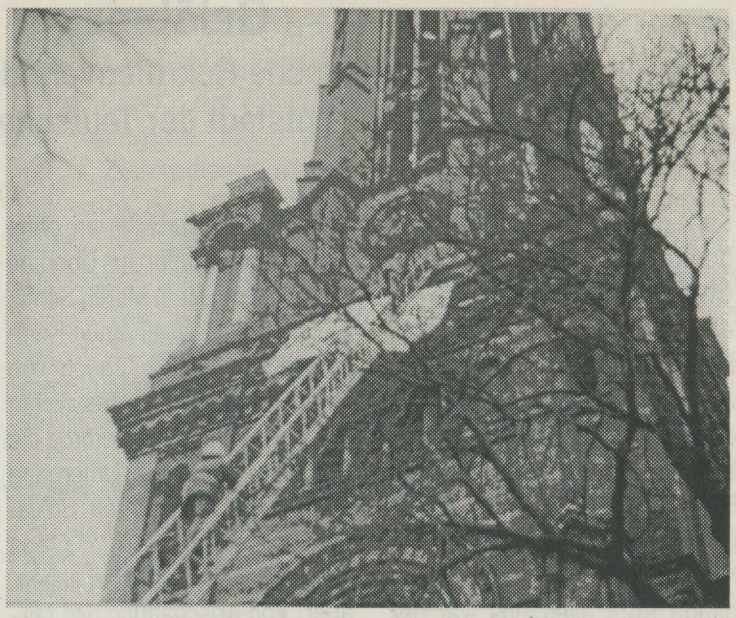
Dann wurde es langsam dunkel. Eine unbekannte Fotografin wurde gegen halb elf von einem kurzen Nickerchen im Gebüsch vor der Zionskirche durch verhaltene Klopfgeräusche und unterdrücktes Stimmengewirr geweckt. Neugierig zielte sie mit ihrem Blitz in Richtung der Geräusche. Als sie abdrückte, erhellte sich die Szene beidseitig. Eines ihrer Gegenüber hielt eine Laterne Richtung Gebüsch, so daß nun beide Seiten voneinander geblendet, sich nicht sehen

konnten. Das Ergebnis änderte sich nicht durch die Wiederholung des Vorgangs. Was geschehen wäre, wenn die Fotografin die Verursacher des Lärms an der Kirchentür hätte erkennen können, bleibt zu vermuten. Sie dachte wahrscheinlich, daß sie die Kirchendiebe auf dem Film hat und damit alle Beweise zu deren Überführung, falls der Gotteshausherr den Verlust wertvoller Gegenstände der Öffentlichkeit bekanntgeben würde.

Da die Nacht schon fast zu Ende, begab sich unsere unbekannte Fotografin zu Bett und schlief ausgiebig und lange. So verpaßte sie am Donnerstagmorgen eine interessante Meldung von Frosch-Radio. Ein Sprecher der Innenverwaltung verkündete stolz im Brustton der Überzeugung, in der vergangenen Nacht sei es der Polizei gelungen, einen Piratensender, der zu Gewalt und Untaten aufgerufen hätte, in der Nähe des Zionskirchplatzes hochzunehmen. Es bleibt aber zu bezweifeln, ob die Fotografin diese Meldung mit ihrem nächtlichen Erlebnis in Zusammenhang gebracht hätte.Wie soll man einer so wolkigen Formulierung auch den genauen Tatort entnehmen? Oder sollte man nicht? Was verbarg sich dahinter? Sonst wird doch auch jeder Verbrechensschauplatz mit voller Adresse genannt, z.B. Sparkassenraub in Klein Koschen etc.

Egal, sie schlief noch. Am Freitag allerdings war sie hellwach, als ihr zufällig eine Mottenpost * in die Hände fiel. Da wurde wieder der Innenverwaltungssprecher zitiert: „... Piratensender funkte vom Turm der Zionskirche...von Meßwagen entdeckt ... Gerät und Kassette sichergestellt ... keine Festnahmen....mit Hilfe dieses Senders sollten die Demonstranten offenbar geleitet werden....". Kein Interview mit einem Pfarrer, der wertvolles Kirchengerät vermißt oder sich über nächtliche Einbrecher beschwerte. Jetzt aber schnell die Fotos aus der Dunkelkammer ans Tageslicht. Und siehe da, trotz Blendlicht sind die nächtlichen Einbrecher zu erkennen, wie sie sich ins Kirchenhauptportal durch die zweite Rosette von unten links quetschen: zwei mit weißen Turnschuhen, der Rest mit schweren Stiefeln und Uniform. Polizei! oder jemand, der für Polizei gehalten werden, und diese durch sein nächtliches Treiben dergestalt verunglimpfen will. Die Polizei hat es nicht nötig, sich nachts im Finstern wie Kriminelle in ein Gotteshaus zu schleichen? Sie bräuchte doch nur dem Pfarrer sagen, daß sich wilde Piraten in seinem Kirchturm befänden. Dieser hätte ihnen dann schon heimgeläutet. Aber keiner hat's dem Pfarrer bisher erzählt. Was wird er tun, wenn er davon erfährt? Vielleicht fehlt ja auf dem Kirchturm auch gar kein Piratensender, sondern im Kreuzgang die Kollekte?

G. Danzig



Schon einmal, 1987 während der Zionsaffäre, hatte der Turm der Kirche den "Sicherheitsorganen" Kopfschmerzen bereitet. Damals wagte man es allerdings nicht, in die Kirche einzudringen, sondern ließ ein unliebsames Plakat von außen, mit Hilfe der Feuerwehr beseitigen

* Red: „Mottenpost" - so wird seit den zwanziger Jahren im Volxmund die Berliner Bolevardzeitung „Morgenpost" genannt, derzeit im

Gelöbnix

Erste neudeutsche Rekrutenvereidigung in der Hauptstadt der Teutschen

Kurzerhand war das sich sträubende rot-grüne Bezirksamt Charlottenburg entmachtet worden. Die Entscheidung für das Militärritual fiel auf Senatsebene. SPD-Politiker begannen, sich zu outen. So der neue Umweltsenator Strieder („Ich bin kein Pazifist.") und Stahlhelm-Böger („Die Linke braucht ein gefestigtes Verhältnis zur Truppe."). Treibende Kraft allerdings war der neue Innensenator Schönbohm, bei dessen Amtsantritt die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus stahlbehelmt erschien. Schönbohm, zuvor Bundeswehrgeneral, kann sich nicht trennen von den Jungs in den Uniformen. Exhibitionistisch veranlagt zudem, muß er sie unbedingt in der Öffentlichkeit ausstellen. Das sei Normalität, definiert er. Nun gut, wenn es Herr Schönbohm nötig hat, dann sei ihm gesagt, daß es dafür in Berlin entsprechende Clubs gibt, wo sich Uniformfetischisten zu S/M-ernsten Spielen treffen.

Aber leider ist alles viel ernster. Deutsche Machtpolitiker wollten im Vorfeld der NATO-Tagung in Berlin - gut getimet 3 Tage nach dem Gelöbnis - zeigen, daß Berlin nicht mehr die Hauptstadt der Verweigerer sei. Europäer, allen voran die Deutschen, wollen endlich ihre eigenen Militäroperationen für die europäische Identität - out of area - durchführen, ohne den Großen Bruder aus Übersee fragen zu müssen. Martin Schulze spricht im Tagesthemen-Kommentar zur NATO-Tagung von einem Tag der in die Geschichte eingehen wird: "Heute wurde die Konsequenz aus dem Untergang des sowjetbeherrschten Sozialismus gezogen." ??? Ganz schön spät, könnte man sagen, aber: Von Abschaffung des Militärs war doch gar nicht die Rede? Nein, es ging nur um die selbständig operierende multinationale Macht Europa.

Da werden schon mal 3000 Polizisten für 300 Rekruten aufgeboten. ZAK-Fritze Küppersbusch stellte besorgt die Frage, ob dieses Verhältnis im Verteidigungsfall durchzuhalten sei.

Tatwerkzeug Trillerpfeife

Panik ausgelöst hatte wohl die Ankündigung der Gegendemonstration: Ja, stören. Die Demo wird kurzfristig verboten, dann doch am Tag vor dem Militärspektakel gerichtlich genehmigt - allerdings in gehörigem Sicherheitsabstand. Selbst polizeiliche Tieflader, Bagger und schweres Räumgerät waren aufgeboten worden.

Polizisten im Kasernenhofton schreien Demonstranten an: Los, los haut ab hier, Marsch, Marsch. Gelernt ist gelernt. Einige der Faustschläge und Brutaloübergriffe der Bullen waren auch auf verschiedenen Fernsehkanälen zu verfolgen.

Am beeindruckendsten die Szene, die die Pro 7-Nachrichten brachten:

Demonstrant: Pfeift Triller.

Polizist (Kommando 233):

Schlägt ihm Faust ins Gesicht.

Einigen Militärgegnern war es gelungen, sich unter die Zuschauer hinter der Absperrung zu mischen. Wehe ein Demonstrant zückte eine Trillerpfeife. Er wurde erst mal festgenommen. Mit martialischer Freude zertrampelten uniformierte und Zivilpolizisten Plastetrillerpfeifen. Einige dieser Tatwerkzeuge wurden wohl auch sichergestellt. Dabei wollten die Demonstranten doch nur die Rekruten an den morgendlichen Pfiff zum Antreten gewöhnen.

Medienwirksam blieben nur Festnahmen von prominenten Abgeordneten. Insgesamt gab es über 70 (die Polizei sprach von 24 Festnahmen) und 4 Inhaftierungen. Festgenommen wurden z.B. 2 Männer, die auf einem Dach ein Transparent mit der Aufschrift: "Abtreten" entrollt hatten. Schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand lauteten

die Vorwürfe gegen die Festgenommenen, von denen einige bis zum Morgengrauen festgehalten wurden.

An der Jubelfront

Es war schon nicht einfach vor das Schloß zu gelangen, obwohl ich extra die Demo gemieden hatte. Dort alle paar Meter: Deutscher Polizist mit deutschem Schäferhund - natürlich ohne Maulkorb.

Ich erinnere mich an ein Erlebnis in der DDR, Anfang der 80er Jahre in Ostberlin. Ich kam gerade aus dem Kino International, wo der Film „Missing" über die chilenische Militärdiktatur gezeigt wurde und dachte draußen, der Film geht weiter. Es war die Probe zur Militärparade am 7. Oktober, die nach Filmbeginn begonnen hatte.

Auch sonst DDR-vertrautes. Um für den gewünschten Applaus zu sorgen, wurden ganze Militär-Kompanien aufgeboten. In Uniform, aber auch in „Zivil", damit es nicht so auffallen möge. Selbst für die an ihren Ohrsteckern identifizierbaren Zivilpolizisten (Stasi-Zivis trugen noch Gelenktäschchen, wegen der größeren Geräte sowjetischer Bauart), war Klatschen befohlen. O.K., es gab dann noch ein Dutzend freiwilliger KlatscherInnen, meist älteren Semesters, die mich z.B. belegten: „Dich haben sie wohl nicht genommen."

Eigentlich hätte es noch ganz nett werden können. Luftballons der Kampagne mit Flugblättern flogen über den Einmarsch der Gladiatoren und wurden vom Winde verweht. Am Vortag hatte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär extra eine Gartenzwergparade hier abgehalten.

Die Sonne strahlte Ozon. Just als Roman Herzog die Worte sprach "Soldaten sind keine Mörder, im Gegenteil ..." (Gemordete), kippte der erste Rekrut um - von ein paar Fernsehstationen später noch mal gern gezeigt. Apropos: Es gab eine strikte Mediengleichschaltung. Zugelassen waren nur ausgewählte Hofberichterstatter, z.B. als einzige Radiostation 100,6. Selbst die ARD, ZAK-Zak, mußte draußen bleiben. Das B1-Spezial (SFB) zum Gelöbnis bestätigte die übelsten Vorahnungen. Hatte eine Woche zuvor der SFB noch bei der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Interesse für ein Interview angemeldet, hieß es später, der Senderahmen sei mit der Rede des Bundespräsidenten bereits erschöpft. Engert, Kontraste-Chef und früher mal kritisch-engagiert, sprach den Tagesthemen-Kommentar, als stünde eine Mobilmachung bevor.

2+2=5

Böse Sprechchöre skandierten die Demonstranten, z.B. "Sparen, sparen!" oder "Militär ist nicht normal". Als manche nach den Mördern riefen, gab es sofort Festnahmen. Hinterher konnten die Demonstranten nur noch rufen: Wir dürfen nicht mehr Mörder rufen oder Wir dürfen nicht mehr sagen: 2+2=4.

Bei des Bundespräsidenten Rede ging plötzlich eine Rauchbombe hoch - der Feind mitten unter den Jubelbefohlenen. Ozeanien? Eurasien? Egal! Erst mal feste druff, stürmten die behelmten grünen Marsmenschen in die Menge.

Unterm Strich

"Dürfen wir mal eben mit unserem Hubschrauber in ihrem Pfarrgarten landen?", so oder so ähnlich klang es in der letzten Maiwoche am Telefon von Pfarrer Weber. Es war die Bundeswehr. Sie will nun im Juni bei Greifenhain bei Neupetershain (nahe Cottbus) ein öffentliches Manöver abhalten. Der Vikar, früher im Umkreis der Umwelt-Bibliothek, sprach natürlich ein Verbot aus. Ob sich die Bundeswehr daran hält?

Herr Schönbohm sollte doch wieder hinter Kasernenmauern verschwinden, wenn er das normale Leben nicht aushält. Da kann er, das sei ihm auf einer umzäunten Spielwiese zugestanden, auch Häuserräumungen üben, ohne damit Menschen in die Obdachlosigkeit zu treiben. Wenn er das dann auch noch selbst bezahlt, ohne Steuergelder zu mißbrauchen, wären wir doch voll zufrieden. Wir sind doch tolerant. Natürlich streng farbspraydosenfrei. Herrn Böger kann er dann gleich mitnehmen.

Hilli

Bauernland in Junkerhand?

"Wir schreiben das Jahr eintausend neunhundert und sechzundneunzig, seit ein Mann ans Kreuz genagelt wurde, weil er die verrückte Idee hatte, alle könnten einfach mal nett zueinander sein. Ganz Mecklenburg ist von den Römern besetzt. Ganz Mecklenburg? Nein, nicht ganz, ein kleines Dorf leistet erbitterten Widerstand. Ihr Dorf ist von Stacheldraht umzingelt. Von den Römern werden sie nur 'die Verrückten' genannt. Zwar besitzen sie keinen Zaubertrank, der ihnen unüberwindliche Stärke verleiht; und doch konnten sie sich bisher behaupten."

Genau dieser Zaubertrank scheint das einzige zu sein, was ihnen im Moment noch weiterhelfen könnte. Ihr Dorf Kleppelshagen wurde verkauft, der umliegende Wald gleich mit dazu. Der neue Eigentümer faselt von Naturschutz und verkauft den Wald scheibchenweise nach Schweden zur Papiergewinnung. Er redet von natürlichem Landbau und entzieht der am Ort lebenden Bio-Gärtnerin ihre Lebensgrundlage, indem er von ihr seit Jahren genutztes Land ersatzlos zurückfordert, um seine Kühe zu weiden. Er redet von Erhaltung der historischen Dorfgemeinde, und das Erste was er tut, ist sich das Gutshaus herrschaftlich einzurichten.

Die Rede ist von H. Redwisch, Fabrikant und Millionär, der sich jüngst in Strasburg, Mecklenburg-Vorpommern einkaufte. Eigentlich klang das alles sehr schön. Er wolle 'Rotwild in seinem natürlichem Rückzugsgebiet' beobachten, ließ er verkünden. Dieses 'Forschungsprojekt' ließe er sich einiges kosten, die Tiere müßten sich frei bewegen können. Und die alteingesessenen Bewohner hätten nichts zu befürchten, er wolle 'niemanden vertreiben'. Dies ist für ihn heute nur noch 'politisches Geplänkel', das 'man führe wenn man Land kaufen wolle' (Zitat Redwisch). Heute ist der Wald mit Stacheldraht umzäunt, auf der Weide stehen subventionierte Öko-Rinder. Laufende Mietverträge werden nicht verlängert, wer nicht bereits seit zwanzig Jahren im Dorf wohnt, ist seiner Meinung nach ein 'Neuzugezogener', und hat dort nichts zu suchen. Dies betrifft insbesondere besagte Bio-Gärtnerin und eine Wohngemeinschaft in der Dorfstraße 14-18. Jene hatten die Frechheit besessen erst 1990 dort hinzuziehen, und da sie keinen Mietvertrag bekamen, einfach ungefragt Miete an die Treuhand zu überweisen. Das dies heute als Mietvertrag gelten könne, wie alle rechtlich versierte Römer bestätigen, wird von ihm und der Treuhandnachfolgerin geflissentlich ignoriert. Diese hatte ihm besagtes Haus als unbewohnt übergeben, und sich damit über geltendes Recht hinweggesetzt.

Die Geschichte dieses Kaufes (es handelt sich imerhin um ein mehrere Quadratkilometer großes Gebiet größtenteils noch forstwirtschaftlich 'unberührter' Waldflächen mit einem großen Rot- und Schwarzwildbestand) ist schon etwas länger, und liest sich schon fast wie ein Raubritterroman. Da werden Versprechungen gemacht, Drohungen ausgesprochen, wenn einer mittels Einschüchterung nicht spurt wird er halt gekauft. Und mit dem Versprechen gewunken, seinen Wohnsitz in den Kreis zu verlegen, was eine nicht unerhebliche Steuereinnahme bringen würde. Was davon unter dem Strich übrigbleibt wird man sehen, schon die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Kleppelshagen werden nicht unerhebliche Abschreibungsleichen werden. Da wird Denkmalschutzbedarf erst angemeldet, später dann, wenn die Stadt nach einem Blick in ihrer Kassen feststellt, die erforderlichen 'werterhaltenden Maßnahmen' nicht finanzieren zu können, und deshalb vom geplanten Kauf zurückgetreten ist, kurzerhand wieder fallengelassen. Ist schon sehr praktisch, wenn Mann einen alten Spezi und Freund als Verhandlungspartner hat. Vorstandsvorsitzender der Wald-Verwertungsgesellschaft, Nachfolgerin der Treuhand und verantwortlich für den Verkauf, ist ein Herr von Staufenberg, Wessi und gleichzeitig Vorsitzender des Verbands der Waldbesitzer. Von dort kennt man sich auch. Wenn Mann dann noch einen Bürgermeister in der Tasche hat, der gegen seine eigene Stadt klagt, um ein Vorkaufsrecht der Stadt anzustreiten, kann doch eigentlich fast nix mehr schiefgehen.

Inzwischen fühlt sich Redwisch anscheinend schon als der neue Gutsherr, der 'mit gütiger Hand' über alles wacht. Eines Tages verirrte sich ein kranker Fuchs in den Vorgarten einer Dorfbewohnerin. Der herbeigerufene Förster weigerte sich, das kranke Tier von seinen Qualen zu erlösen. Auch die Polizei konnte erst einmal nichts tun, sie durfte innerhalb des Dorfes nicht von der Schußwaffe Gebrauch machen, rief nach einem Tierarzt. Glücklicherweise kam H. Redwisch in seinem Auto vorbei, und interessierte sich natürlich brennend dafdür, was da auf 'seinem' Land los sei. Nach kurzer Berichterstattung seiner 'Büttel' holte er, begeisterter Jäger, seine Flinte aus dem Auto und lößte 'das Problem' auf seine Weise.

Im übrigen lädt besagte Wohngemeinschaft zum 'internationalen Fußballturnier' am 8./9. Juni ein. Kurzfristige Meldungen für den Streit um den begehrten Pokal werden noch angenommen, bei anschließender Party werden die sieger ausgiebig gefeiert werden. Ansonsten stehen auch noch zwei bis drei Häuser im Dorf leer, die danach schreien dem Zugriff durch das neue alte Junkertum entzogen zu werden. Und dies ist ausdrücklich kEINE Aufforderung , sich gar widerrechtlich ein Haus anzueignen ;-)

W.B.

1.Mai in Berlin:

Eklat für Schulte und Bretz!

DGB -Vorsitzender von Bund und Berlin ausgepfiffen

Auf der diesjährigen zentralen Maikundgebung des DGB in Berlin schlugen die Vorsitzenden des DGB, Dieter Schulte und des DGB Berlin, Christiane Bretz ungewohnt kämpferische Töne an. Sie hatten sich offensichtlich darüber geärgert, daß ihre Unterwerfungsangebote an Kapital und Regierung nun von deren Seite mit Fußtritten beantwortet wird.

Was war los?

Trotz Lautsprecheranlage konnten allerdings nur relativ wenige der knapp 20 000 anwesenden Kolleginnen und Kollegen die Verbalattacken auf die "Arbeitgeber" verstehen, denn ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert erfüllte die Luft vor dem Roten Rathaus für die Dauer der 45-minütigen Veranstaltung. Unterbrochen immer wieder von Sprechchören. "Bündnis von unten" oder "Bündnis von unten statt Bündnis für Arbeit", aber auch "Heuchler" und "Aufruhr! Widerstand! Schulte hat kein Hinterland!" hallten über den Platz. Einige wenige Eier und Tomaten flogen zur Tribüne, einige landeten in den ersten Reihen der Protestierenden. Einen Clou landeten einige Angehörige der ehemaligen Bürgerbewegungen der DDR mit ihrem Transparent "DGB-Führung weg!". Es war so unglaublich groß, daß es alle anderen Losungen und Transparente weit überragte. Erst zeigte die Losung des Transparentes, daß sich etwa 30 Meter vor der Tribüne befand, in Richtung der Tausende nach hinten. Im Verlauf der Kundgebung wurde es umgedreht, so daß der arme Kollege Schulte nicht nur gegen eine Wand aus Pfiffen, sondern auch gegen dieses Transparent anreden mußte.

Pfiffe und Sprechchöre "aufhören" hatten bereits begonnen, als Christiane Bretz, die erste der beiden einzigen Redenden, angesagt wurde. Bretz hatte sich nicht nur wegen ihres Eintretens für eine Große Koalition, sondern auch wegen ihres einseitigen Vorpreschens in Sachen Länderfusion Berlin-Brandenburg zahlreiche innergewerkschaftliche Kritik zugezogen. So war das Mißtrauen in beide Redende, trotz deren kämpferischer Pose, auch bei vielen Anwesenden sehr groß, die nicht zu den

Eine Bötchenfahrt zur Kanzlerrunde

Protestierenden gehörten. Zustimmender Beifall blieb deshalb insgesamt recht spärlich.

Die Berichterstattung der meisten Medien hat das Ausmaß der Proteste vertuscht. Während die "FAZ" sie auf "einige Angehörige linker Gruppen" reduzierte, schrieb die "FR" vom Pfeifkonzert der Mitglieder des "Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/ West".

Doch die Wahrheit ist brisanter. Die Protestaktion wurde nämlich von einem *Protestblock innerhalb der offiziellen Maidemonstration* durchgeführt, der vom Landesverband der Gewerkschaft HBV gemeinsam mit dem "Bündnis gegen Sozialleistungskürzung und Ausgrenzung" organisiert wurde. Dieser Protestblock, für dessen Zustandekommen sich das Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/ West allerdings engagiert hatte, marschierte unter der Losung "Bündnis von unten statt Bündnis für Armut und Profit!" als eigenständige Formation innerhalb des Zuges von ÖTV, HBV und GEW bei dem in Berlin üblichen Sternmarsch der Einzelgewerkschaften zum Kundgebungsort. Es gab einen eigenen Aufruf zu diesem Block und eine gemeinsame Pressekonferenz von HBV Berlin und "Sozialbündnis", die allerdings von den meisten Medien ignoriert wurde.

Etwa 3.500 Menschen hatten sich diesem Protestzug gegen die Politik der Gewerkschaftsführungen angeschlossen und dann versucht, zur Tribüne vorzudringen. Vier- bis fünfhundert Leuten ist es auch gelungen, in die ersten Reihen vorzustoßen. Auf dem Kundgebungsplatz sind allerdings noch zahlreiche Kolleg/innen anderer Gewerkschaften, wie IG Metall oder IG Medien zum Protestblock gestoßen, die zuvor mit ihren Gewerkschaften in anderen Zügen des Sternmarsches mitgelaufen waren. Das Transparent "DGB-Führung weg!" war übrigens nicht im "Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/ West entstanden, wie Zeitungen behauptet hatten. Die Leute vom BKG hatten selbst erst am Vorabend des 1.Mai von seiner Existenz erfahren und waren dann über seine Größe völlig verblüfft.

Nüchtern betrachtet, hat sich wahrscheinlich etwa ein Viertel der knapp 20 000 Kundgebungsteilnehmer/innen an den Protestaktionen aktiv beteiligt. Insofern hat die "taz" übertrieben, als sie von mehr als der Hälfte der Versammelten schrieb. Was allerdings die Protestaktion zu einem wirklichen Erfolg machte, war das große Ausmaß der Sympathien bei den Anwesenden und die unerwartet geringe Abwehr bei Umstehenden. So traf ausgerechnet die "Berliner Morgenpost" in ihrer Berichterstattung die Stimmung recht genau, als sie einen Bauarbeiter zitierte: "Die Gewerkschaftsbosse im Nadelstreifenanzug brauchen das mal" - damit sie mitkriegen, was wirklich los ist. Und wie im Nachgang zu hören war, gibt es die Schadenfreude, daß "denen oben" endlich mal eine ausgewischt wurde, bis weit in den hauptamtlichen Apparat hinein.

Der Erfolg der Protestaktion hat sich nicht nur darin ausgerückt, daß Schulte und Bretz die Tribüne zum Hinterausgang verließen, sondern auch darin, daß eine wenig später geplante Podiumsdiskussion zwischen Gewerkschafter/innen und dem Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) über die geplante Länderfusion kurzfristig abgesagt wurde. Aus Angst vor massiven Protesten seitens der Gewerkschaftsbasis. Bereits im Vorfeld hatten ÖTV und HBV an Bretz signalisiert, daß viele Gewerkschafter/innen Diepgen am Reden auf der Maikundgebung hindern wollten. Die Proteste gegen Schulte und Bretz kurz davor hatten offenbar vom Realitätsgehalt dieser Ankündigung überzeugt.

" So wurde der Tag, an dem die Gewerkschaften eigentlich die Kampfkraft ihrer Mitglieder gegen den 'Sozialraub' testen wollten, zu einer Demonstration gegen die Sozialpartnerschaft", schrieb die "taz" zurecht.

N. N., Berlin

Wie weiter nach dem 1. Mai?

Gastkommentar aus den Kreisen des Bündnisses kritischer GewerkschaftlerInnen:

Die Auseinandersetzung um den Kurs der Gewerkschaften wird sich nach diesem Tag gewiß zuspitzen, weil die innergewerkschaftlichen Gegensätze, die sich vor allem im Zusammenhang mit dem sogenannten "Bündnis für Arbeit" aufgetan hatten, erstmals öffentlich wurden. Hinzu kommt, daß sich mit der HBV eine Einzelgewerkschaft nicht nur gegen den Kurs anderer Einzelgewerkschaften und des DGB öffentlich ausgesprochen, sondern sich auch in ein breites soziales Bündnis von unten eingebracht hat, welches das "Bündnis für Arbeit" ablehnt. Zu hoffen ist, daß die Kritiker/innen der gewerkschaftlichen Standortpolitik nicht nur durch die brutal-dreiste Politik des Unternehmer- und Regierungslagers Zulauf erhalten, sondern daß der 1. Mai auch Mut zum *offenen* Streit in den Gewerkschaften macht.

Die Auseinandersetzung wird sich auch in der HBV verschärfen, denn die Politik des Berliner Vorstandes stößt natürlich nicht nur auf Zustimmung. Allerdings hatte sich auch die Bundes-HBV inzwischen deutlich gegen das "Bündnis für Arbeit" ausgesprochen. Dabei passen die internen Konfrontationslinien durchaus nicht in Schablonen, und sie gehen längst nicht entlang der Parteigrenzen. Dies hatte sich bereits im Vorfeld des 1. Mai gezeigt, als der Vorstand der HBV Berlin mit der "Berliner Erklärung" offen gegen die Politik von Zwickel und Schulte mobilisierte, die von mehr als 300 Gewerkschaftsaktiven verschiedener Einzelgewerkschaften, besonders aus Betrieben, unterzeichnet wurde. Während langgediente sozialdemokratische Gewerkschafter/innen ein kämpferisches Vorgehen der Gewerkschaften gegen den Großangriff des Kapitals einforderten und sich dem Unterwerfungskurs der Schultes und Zwickels entgegentraten, haben große Teile der Kolleg/innen, die der PDS nahe stehen, immer wieder versucht, die offene Auseinandersetzung in der Gewerkschaft zu deckeln. Diese Haltung wurde auch an der Berichterstattung des "ND" über die Proteste am 1. Mai deutlich. Andererseits haben sich gerade einige Kolleg/innen aus diesem Spektrum wacker um die Organisierung von Widerstand bemüht. Bei den Grünen-nahen gibt es ähnliche Probleme. So bleibt zu hoffen, daß sich alle, die im Bündnis von unten mit den Mächtigen "Französisch reden" wollen, über Partei- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg zusammenfinden und sich den Instrumentalisierungsversuchen der verschiedenen Apparate und Parteien zu entziehen vermögen.

Der Beginn einer breiteren oppositionellen Debatte in den Berliner Gewerkschaften könnte aus dem Kreis der Unterzeichner/innen der "Berliner Erklärung" hervorgehen. Bei einem ersten Treffen der Unterzeichner/innen am 25. April, wurde vereinbart, solche Treffen zu wiederholen, um gerade im Angesicht des vorliegenden Entwurfes für ein DGB-Grundsatzprogramm eine gemeinsame strategische Debatte über Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu führen. Es wurde aber auch beschlossen, die Öffnung zu den sozialen Bewegungen außerhalb der Gewerkschaften aktiv zu fördern. Und dies ist vielleicht die wichtigste Chance, die sich gegenwärtig in Berlin aufzutun scheint: daß innergewerkschaftliche und außergewerkschaftliche soziale Bewegungen ein gleichberechtigtes Bündnis eingehen. Im "Bündnis gegen Sozialleistungskürzung und Ausgrenzung" sind jetzt bereits 120 Vereine, Projekte etc. pp. zusammengeschlossen, die bei der letzten Demo im April, der dritten seit Dezember, ca. 35 000 Menschen mobilisieren konnten.. HBV, IG Medien und GEW engagieren sich bereits mehr oder minder.

Zahlreiche Protest- und Widerstandsaktionen finden ge-

genwärtig im Bildungs- und Ausbildungs-, im Kultur- und Sozialbereich statt. Die Aktivität von Jugendlichen ist sehr hoch, aber es sind bei weitem nicht nur Jugendliche aktiv. Diesen vielseitigen Widerstandsimpuls gilt es jetzt in die Betriebe zu tragen oder, wo er bereits vorhanden ist, zu einer breiten sozialen Aktion zu kombinieren. Diese Situation macht es in Berlin besonders notwendig, über gemeinsame Interessen und Konflikte nachzudenken, die den außerbetrieblichen mit dem gewerkschaftlichen Widerstand verbinden können. Neben den Themen, die durch den brutalen Regierungs- und Unternehmerangriff heute unmittelbar gegeben sind, wie Lohnfortzahlung, Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder Ladenschluß, bieten sich in Berlin vor allem jene Themen an, deren Klammer die Haushaltsabhängigkeit bilden. Außer zahlreichen betrieblichen Konflikten um Standortverlagerung oder um Mindestlöhne auf dem Bau sind Sparmaßnahmen und Privatisierungsvorhaben im Öffentlichen Dienst das Problem, welches den abhängig Beschäftigten in Berlin am meisten auf den Nägeln brennt. Letztere sind deshalb wohl jene strategische Achse, entlang der die Verknüpfung des betrieblichen und außerbetrieblichen Widerstands in den nächsten Jahren am ehesten gelingen könnte. Die BVG-Leute haben ihre Kampfbereitschaft in den letzten Jahren jedenfalls mehrfach demonstriert. Gemessen am außergewerkschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau in Berlin war die Protestaktion am 1. Mai bescheiden. Nur relativ wenige Gruppen des "Sozialbündnisses" konnten sich zur Teilnahme an dem gemeinsamen Protestblock entschließen - zu lahm, zu regierungsnah und deshalb zu unwichtig für die Mobilisierung von Widerstand sind dem größeren Teil in diesem Bündnis die Gewerkschaften. Insofern hat diese Protestaktion sicherlich nicht nur dazu beigetragen, die Glaubwürdigkeit der innergewerkschaftlichen Opposition zu erhöhen. Es wurde auch demonstriert, daß sich in den Gewerkschaften wieder Bewegung zu regen beginnt und damit wohl auch das Interesse für gewerkschaftliche Belange erhöht. Der nächste gemeinsame Aktionstag gegen den Sozialabbau in Berlin findet bereits am 9. Mai unter dem Motto " Legen wir diese Stadt lahm" statt.

Für die innergewerkschaftlichen Kritiker/innen des "Bündnis für Arbeit" und der Standortpolitik sollte es jetzt darum gehen, den öffentlichen Eklat für die Gewerkschaftsführung in einen Schub zur bundesweiten Formierung einer breiten gewerkschaftlichen Opposition gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau und wider die gewerkschaftliche "Standortpolitik" zu verwandeln. Insbesondere die basisdemokratische Strömung sollte sich hierfür zum Anwalt und Motor machen. Der Aufruf des "Aktionsbündnis für eine neue soziale Politik" zu einem bundesweiten Aktionstag am 21. September in Frankfurt/ Main könnte dabei ein nächster Schritt sein, dessen Unterstützung ernsthaft geprüft werden sollte.

Bernd Gehrke, Berlin (Ost)

Über den Tellerrand schauen

Ein Interview zu den Aussichten der Berliner Studentenproteste

Vor dem Berliner Roten Rathaus, wo seit Wochen eine Mahnwache der Berliner Studenten steht, habe ich mit zwei Mitgliedern des studentischen Aktionsrates ein Interview geführt. Ronald heißt Ronald Höhner und ist Mitglied des ReferentInnenrates der Humboldt-Universität (entspricht dem AStA an anderen Universitäten) und Referent für Lehre und Studium. Der andere, den wir Daniel nennen wollen, möchte nicht mit seinem Orginalnamen auftreten, weil er, wie es dunkel hieß, "schon Schaden erlitten hat". Beide waren ein wenig düsterer Stimmung, aber umso realistischer ist vielleicht das Bild, das sie von den Berliner Studentenprotesten geben.

telegraph: Es gab ja in den vergangenen Wochen hier eine ganze Reihe von wirklich schönen Aktionen. Beispielsweise der Umzug der Theologen mit den Posaunen von Jericho um das Rote Rathaus.

Ronald: Die Theologen haben eine ganze Woche am Rathaus verbracht. Am Montag sind sie mit Posaunen um das Rathaus gezogen. Das erste Mal still, das zweite Mal hat eine Posaune gespielt. Es wurde immer lauter. Und irgendwie sind dann in der Bibel die Mauern von Jericho gefallen. Hier allerdings nicht. Dann haben sie jeden Tag so eine Bibelgeschichte hier am Roten Rathaus nachgespielt. Das war eine richtig nette Aktion. Sie haben ihre Theorie praktisch angewendet. Das war kreativer Widerstand. Die Theologen arbeiten schon seit Jahren zu gesellschaftlichen Themen. Es gibt auch ein paar andere Fachschaften. Die Geographen sind immer sehr aktiv, auch die Rehabilitationswissenschaften. Und dann gibt es ein paar Fachschaften, die machen gar nichts, Wirtschaftswissenschaften oder Mathematik. Obwohl die Mediziner, von denen man gar nichts hörte, in diesem Semester mal drei Monate Streik hingekriegt haben und sich in Arbeitsgruppen mit den Themen inhaltlich beschäftigten. Da sind vor allem die jüngeren Semester, die noch nicht ganz so auf ihren Abschluß und die Prüfungen fixiert sind.

Es gibt durchaus auch Professoren, die sagen: "Ich bitte euch, den Vorlesungssaal zu verlassen, damit hier weniger als drei Leute sitzen und ich die Vorlesung ausfallen lassen kann. Ich kann sie nicht von mir aus absetzen. Aber ich bitte euch einfach, jetzt rauszugehen!" Es gibt einige Professoren, die die Studis mental zum Widerstand bewegen. Es sind Autoritäten, auf die man hört. Wir können uns den Mund fusselig reden. Wenn ein Professor sagt, daß das wichtig ist, gibt es eben viele Studenten, die darauf hören.

telegraph: Das soll auch der Unterschied zu 1993 sein, daß jetzt viele Professoren hinter dem Widerstand stehen.

Ronald: Damals ging es um das Eingriffsrecht, wobei einige Fachbereiche vom Senat geschlossen werden sollten. Es ging um die Studiengebühren, später dann um die Zwangsberatung, sowie Senkung der Studentenzahlen. Es hat die StudentInnenschaft betroffen und nicht die Professoren. Jetzt sind die Professoren insofern beteiligt, als man nicht mehr nachvollziehen kann, welche Fächer der Senat schließt. Man kann es nicht mehr vorausplanen. Es kann sowohl die Naturwissenschaften in der Freien Universität erwischen, es kann aber auch sein, daß man die Technische Universität vollkommen von den Naturwissenschaften befreit und daraus eine Fachhochschule macht oder die Humboldt-Universität. Dadurch gibt es viele Professoren, die berechtigt um ihren Arbeitsplatz Angst haben und die Studenten vorschieben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Aber von der Humboldt-Universität ist mir kein Professor bekannt, der sich voll hinter die Studenten gestellt hat und stolz ist auf die Emanzipation dieser Studenten-

schaft ist, die sich endlich mal über ihren Tellerrand bewegt und mit anderen Dingen beschäftigt. Da gibt es an der FU, beispielweise den Professor Narr...

telegraph: ... Ein stadtbekannter Meckerer und Stänkerer...

Ronald: Dort gibt es jedenfalls ein paar, die man sich als Quotenprofessoren auf das Podium holt und die für einen reden. Aber in der Humboldt-Universität bleiben viele professorale Diskussionen daran hängen, daß sie das Haushaltsstrukturgesetz für den Bildungsbereich kippen wollen und alle Kürzungen im Hochschulbereich zurückdrehen wollen. Es reicht nicht mal dazu, daß sie vom Bildungsbereich sprechen. Sie reden vom Hochschulbereich. Das ist eine Sache, wo wir mit den Professoren keine gemeinsame Aktionsmöglichkeit sehen.

Daniel: Der Bündnisgedanke, von dem man in dieser Stadt redet, ist aber auch bei den Studis nicht allzuweit verbreitet. Die Leute, die aktiv sind, sehen diesen Bündnisgedanken, aber die Masse der Studentinnen und Studenten sieht das nicht. Es kommt immer wieder vor, daß man (oder frau) fragt: "Warum soll ich denn für eine materielle Grundsicherung von 1.500 Mark auf die Straße gehen?"

Ronald: Die Studis haben keine Schwierigkeit, verbale Solidarität mit anderen zu üben, solange es dabei bleibt. Es ist aber sehr schwer klar zu machen, daß es nicht reicht, gegen 100 Mark Studiengebühr und für 100.000 Sudienplätze in Berlin zu sein. Dann kommt maximal noch "Gegen Sozialabbau und Bildungsklau!". Irgendwie gehört der Sozialabbau als Wort schon rein. Aber über die verbale Solidarität geht es nicht hinaus. Ich denke, wenn sie uns die 100 Mark Sudiengebühr erlassen, sind die studentischen Proteste damit wahrscheinlich erledigt. Daß wir nicht das eigentliche Problem in dieser Stadt darstellen, sondern es andere gibt, denen es schlechter geht, wird nicht begriffen. Ich denke, selbst die Forderung nach Erhalt der 100.000 Studienplätze ist keine Forderung, hinter der sie wirklich stehen, weil sie sich damit für die nächste Studiengeneration stark machen müßten. Der Egoismus ist noch sehr weit verbreitet. Obwohl gegenüber 1993 schon ein Fortschritt da ist.

Daniel: Ich glaube, die StudentInnen merken jetzt doch langsam, daß es etwas anderes gibt als sie und sind damit beschäftigt, sich sozusagen ein bißchen zu bilden.

Ronald: Ja, ich höre immer mehr Studenten beim Mittagessen zumindestens über hochschulpolitische Angelegenheiten reden. Das gab es 1993 nicht. Sie lesen die Zeitung aufmerksamer, sind ein bißchen informierter. Viele sagen mir, daß sie deshalb nicht auf das Soziale gucken, weil sie so wenig wissen. Aber ich wußte vor zwei Jahren auch nichts. Mich hat es einfach nur angekotzt, der 116a, die Geschichte mit dem Paragraphen 218. Ich wußte doch auch nichts. Aber ich wußte, daß es Scheiße ist. Das war Grund, warum ich mich engagiert habe. Ich habe einfach einen Anspruch an Studenten und Studentinnen. Ich erwarte, daß sie denken und aus ihrem theoretischen Wissen etwas ableiten.

Daniel: Stattdessen suchen sie nach Führern. Wir machen seit November den Aktionsrat. Wir hatten das Anliegen, für die ganze Uni da zu sein. Das hat uns sofort in eine Sockelposition gebracht. Wir werden in Rollen gedrängt, die wir gar nicht spielen wollen.

Ronald: Viele Studenten sind eben nur Widerstandskonsumenten. Ich habe das Gefühl, viele nehmen nur deshalb teil, um zu Hause ihren Freunden erzählen zu können, "Wir waren beim großen Berliner Widerstasnd dabei". Das reicht ihnen. Es ist ihnen

weder wichtig, um was es wirklich geht, noch für ihre Uni etwas zu erreichen. Sie kommen aus ihren Seminaren, nehmen zwei Stunden teil, haben Spaß daran und dann gehen sie wieder. Es gibt ernsthafte Diskussionen in den Fachschaften, ob eine Streikwoche wirklich wichtig sei. Man solle doch lieber die erste Woche am Montag, die nächste Woche Dienstag und in der übernächsten Woche nicht demonstrieren, weil da so viele Feiertage sind und ohnehin so viel ausgefallen ist. Der Protest könne doch auf fünf Wochen gestreckt werden und sogleich würden sich mehr Leute finden, insofern ja acht Tage und Ausruhen und Motivieren zur Verfügung stehen. Viele Studenten wissen einfach noch nicht so richtig, warum sie demonstrieren. Studenten müssen schließlich in ihrer Studienzeit mal was gemacht haben. 1996 haben sie mal die Chance dazu. Und dann können sie ihr Leben lang davon erzählen.

telegraph: Ist der Studentenprotest eigentlich konstant, ist er am Abbröckeln oder habt ihr das Gefühl, daß etwas wächst? Am Anfang waren es natürlich 50.000. Aber später stellt sich dann eine bestimmte Konstanz her oder es bröckelt.

Ronald: Worauf ich baue, ist das, daß sich der Aktionsrat jetzt aus dieser Sockelposition zurückgezogen hat und sagte: "Wir organisieren Euch jetzt nicht mehr alles. Macht es selbst, wenn ihr wollt!" Und es läuft eben trotzdem noch relativ viel. Die Fachschaften wollen nicht aufhören und machen weiter. Das sieht man hier auch bei der Mahnwache. Da macht mal diese, mal jene Fachschaft 24 Stunden Mahnwache. Das regt weder der Ref-Rat als oberste Instanz noch der Aktionsrat an. Das läuft von ganz allein. Zum Beispiel der Trauermarsch. Das haben Studis gemacht, mit denen wir nichts zu tun haben. Wir haben ihnen ein bißchen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Aber den Aufzug haben sie selbst gemacht. Die öffentlichen Vorlesungen laufen auch weiter, obwohl es keinen von der Vollversammlung verabschiedeten Aufruf mehr gibt. Die Frage ist nur, wie lange es dauert, bis diese Leute auch frustriert sind. Es ist zur Zeit nicht der Funke da. Die Freie Universität hat jetzt unbefristeten Streik beschlossen. Aber ich denke, wir haben an der Humboldt-Universität nicht die Stimmung dafür, davon sind wir weit enfernt. Ich hoffe darauf, daß die Gewerkschaften in dieser Stadt irgend etwas auf die Reihe kriegen und daß man sich dort solidarisch einklinkt. Daß dieser Bündnisgedanke vertieft wird, gegen den die Studis eigentlich nicht argumentieren können, hinter dem sie aber noch nicht stehen. Keiner kann sich heute auf ein Vollversammlung stellen und sagen: "Ich bin Student und sehe nicht ein, daß ich für fremde Interessen auf die Straße gehe. Ich gehöre später mal zu den Gewinnern. Deshalb ist es mir scheißegal, was aus den anderen wird!" Das wird wahrscheinlich nicht mehr passieren können, ohne daß der ganze Saal pfeift.

telegraph: Das ist früher so passiert?"

Ronald: 1993 gab es solche Meinungen. Die Hälfte des Saals hat gebuht und die anderen haben geklatscht. Das ist jetzt Gott sei Dank vorbei. Ich denke nicht, daß wir es vollständig geschafft haben. Aber zumindestens ist die Hemmschwelle, so etwas öffentlich zu erklären, sehr hoch. Man kann nicht nur gegen Bildungsklau sein, der Sozialabbau gehört dazu. Das hat sich ein bißchen festgesetzt. Aber die Humboldt-Uni braucht jetzt einen Funken von außen, eine Sache, bei der wir mitmachen. Es muß schon der wildeste Streik in der Freien Uiversität ausbrechen, damit das unsere Studenten mitreißt. Ein Streik der BVG oder der Stadtreinigung wäre ein wichtiger Punkt. Dann kann man sich solidarisch erklären. Das rechtfertigt auch eine neue Vollversammlung. Das muß aber bis Mitte Juni passieren, sonst sind die Prüfungen wieder so nahe, daß viele meinen, jetzt für die Prüfung lernen zu müssen. Ich meine nicht, daß ich das nicht verstehe. Aber ihr persönliches Studium ist ihnen eben wichtiger als das, was von außen kommt. Sie haben noch

nicht die Energie. Es reicht noch nicht aus, sie von diesem Studentendenken runterzuholen. Sie sind immer noch Studenten und im Bauch sehr egoistisch. Im Kopf haben es sicher viele schon begriffen, aber der Bauch fehlt.

Daniel: Politischer Widerstand bedeutet ja auch, daß man seine Sicherheit aufgibt. Ich studieren zum Beispiel im Moment gar nicht, sondern mache nur nebenbei irgendwelche Arbeiten.

telegraph: Du erstreitest möglicherweise nur Rechte für andere und wirst dann selbst sozusagen ein "Opfer der Revolution".

Ronald: : Wenn Studenten wirklich marktwirtschaftlich denken würden, müßten sie begreifen, daß es Folgen hat, wenn sie ein Semester vollständig sabotieren. Das würde Folgen haben, weil ein ganzer Abgangsjahrgang fehlt und weil man dann ein Problem mit den Erstsemestern hat. Das wäre für die Unis eine wirklich schwierige Situation. Wenn man ein Semester lang innerhalb der Universität aufräumt und nach außen politische Forderungen vertritt, erreicht man wesentlich mehr. Man hat in den nächsten Semestern ein viel ruhigeres Studium, als wenn man jedes Semester wieder von Null mit ganz neuen Leuten anfängt.

telegraph: Wie sind die Beziehungen zum Bündnis gegen Sozialabbau?

Ronald: Das Bündnis wurde maßgeblich von Studenten der Humboldt-Universität initiiert, zusammen mit einigen Initiativen, mit denen man schon länger zusammen arbeitete. Es tagt jede Woche in der Humboldt-Universität. Es sitzt sowohl der Aktionsrat drin als auch der ReferentInnenrat. Die aktiven Studis arbeiten beim Bündnis für Sozialabbau mit. Über die Humboldt-Uni kann man sich da nicht beschweren. Da ist eher die Technische Universität ein bißchen düftig vertreten. Das Bündnis spielt in unserer Studentenpolitik eine große Rolle. Wir wehren uns immer gegen Aktionen, die auf reine Studenteninteressen abzudriften drohen und versuchen immer wieder den Bündnisgedanken hineinzubringen.

(Das Gespräch führte W. Rüddenklau)

Widerstand tut not!

Ein Diskussionspapier zur Hochschulpolitik

Vorwort

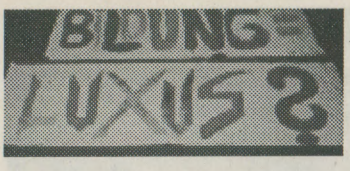
Der vorliegende Text ist als eine Diskussionspapier zu verstehen. Er erhebt keinen Anspruch einer wertfreien historischen Aufarbeitung. Er wurde verfaßt, um zu informieren, zu interessieren und vor allem soll er zur Kommunikation über ein totgeschwiegenes Thema anregen: Welche Rolle sollen Hochschulen in der Gesellschaft spielen?

Teil 1: Ein wirklich kurzer Abriß der Bildungspolitik seit 1968

Was Ende der 60er Jahre in Westdeutschland passierte, ist längst Mythos geworden. Horden von Professoren rühmen sich noch heute, „68er" zu sein. Doch die Reform im Bildungssystem wurde nicht nur durch Revolten und Streiks erreicht, sondern war auch Spiegelbild der damaligen politischen Situation. Die vornehmlich studentischen Proteste fielen also auf einen guten gesamtgesellschaftlichen Nährboden, der nach Veränderungen schrie.

Die Zeit der sehr arbeitsintensiven Gründerjahre in der Wirtschaft war vorbei, die Wirtschaft aufgebaut, ein Sozialstaat mit Absicherungen für die arbeitenden Massen auf den Weg gebracht. Dann kam nach fast 20 Jahren CDU-Regierung die erste sozial-liberale Koalition. Damals hatte die Sozialdemokratie wirklich noch sozialistische Ansätze. Um diesen gerecht zu werden, entwarf die SPD Konzepte zur Umgestaltung der Gesellschaft. Da die Reform der Wirtschaft aussichtslos schien, glaubte die SPD, die Umgestaltung in der Gesellschaft über eine Bewußtseinsänderung in den Köpfen der Menschen erreichen zu können. Folglich rückte die Bildungspolitik das erste und sicher letzte mal in der Nachkriegsgeschichte ins Rampenlicht.

Schlagworte waren zu hören: Man sprach von „Chancengleichheit", „Fördern statt Auslesen`, „Gesamthochschulen" oder `Öffnung der Hochschulen`. Das Ziel der SPD war die Erziehung kritischer, urteilsfähiger Bürger und die Chancengleichheit für alle sozialen Schichten.



Gleichzeitig jedoch erkannte die SPD die Bildung als Bedingung der Wettbewerbsfähigkeit der BRD. Und das war denn auch schon der Anfang vom Ende. Die weitere Geschichte hat gezeigt, daß die persönlichkeitsorientierte Zielsetzung von Beginn an der ökonomischen nachgeordnet war.

Hochschulen wurden ausgebaut, Fachhochschulen geschaffen, die Idee der Gesamthochschule geboren, das BAföG installiert ... es kam zum Sturm auf die Hochschulen. Die CDU/CSU trug diese Expansionspolitik in der Bildung anfangs mit, diente sie doch der ökonomischen Notwendigkeit einer Erhöhung des Qualifizierungsniveaus. Und Qualifizierung wurde Anfang der 70er zu einem entscheidenden Faktor in der Weltwirtschaft. Auf dem Weltmarkt konnte nach dem Weltkrieg so ziemlich alles abgesetzt werden, weil die Produktionskapazitäten nur langsam wiederaufgebaut werden konnten. Doch Ende der 60er war der Markt gesättigt, Qualität war gefragt, 'das Beste möglichst billig anbieten', war die neue Maxime. Und dafür bedurfte es gebildeter, kreativer Tüftler; Wenn man so will, entdeckte man schon Anfang der 70er die Standortdebatte!

Die breite Masse begriff die Bildungschancen tatsächlich als 'Bürgerrecht auf Bildung' (Dahrendorf), die Bildungsfreiheit bekam eine enorme Eigendynamik und wurde über die Jahre zum Massenbewußtsein, was heute noch zu spüren ist. Die meisten Jugendlichen gehen einfach davon aus, daß sie aufs Gymnasium und später auf eine Uni gehen können, wenn sie das wollen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, eben zum Massenbewußtsein geworden, welches seine Wurzeln vor über 25 Jahren hat. Aber genau hier muß auch die Ursache der heutigen Widersprüche und spürbaren Inhomogenitäten zwischen Bildungssystem, Wirtschaftssystem und staatlicher Ordnungspolitik gesehen werden. Denn niemand ahnte damals, daß eine Öffnung der Hochschulen nicht mehr umkehrbar sein würde.

1975 kam die Rezession. Wirtschaftliche Krisen sind auch Zeiten schlechter Staatsfinanzen. Die Erhöhung der Förder- und Freibeträge wurde teilweise ausgesetzt, die Zuschußfinanzierung des Studiums begann eine Darlehnsfinanzierung zu werden. Wachsende Arbeitslosigkeit und damit verbundene Arbeitsmarktschwierigkeiten der HochschulabsolventInnen brachten die Hochschulöffnung in zunehmende Legitimationsschwierigkeiten. 1977 kam es dann zum „Doppelbeschluß". Das heißt, einerseits Aufrechterhaltung der Öffnung bei gleichzeitigem Einfrieren der Mittel *für* die Hochschulen. Mit diesem folgenschweren Beschluß der SPD-Regierung leben wir bis heute. Dieser Doppelbeschluß war der Anfang eines perspektivischen Ersetzens von Chancengleichheit durch selektive Begabtenförderung.

Die Regierungen hielten danach immer wieder an der Öffnung fest, weniger weil die CDU/CSU dieses für sinnvoll und erstrebenswert hält, sondern weil die Beschneidung der Bildungschancen von der Bevölkerung als Demokratieverlust empfinden werden würde. Das Einfrieren der Mittel im Bildungssektor zeigte dennoch Wirkung. Sich ständig verschlechternde Studienbedingungen und Kürzungen in den Sozialleistungen für StudentInnen bildeten mehr und mehr einen „sozialen NC". Am 13. Mai 1983 schrieb der frischgebackene Kanzler Helmut Kohl im Bulletin der Bundesregierung: `Dem Bürger .. ist die Plausibilität einer weiteren Steigerung der Studentenzahlen angesichts steigender Arbeitslosenziffern auch unter den Hochschulabsolventen und der immer deutlich werdenden Finanznot bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht so einfach klar zu machen.` Helmut Kohl benutzte also einen imaginäre Unmut der Öffentlichkeit, um die konservative Bildungsreform einzuleiten.

Ein Tabu war gebrochen und die Zeit der Verunglimpfung der Hochschulen gekommen. Die „Massenuniversität" wurde als Schimpfwort entdeckt. Negative Schlagzeilen rechtfertigten die nun folgenden drastischen Sparmaßnahmen. Die emanzipatorisch gemeinte `Öffnung für alle sozialen Schichten` verkam zum puren „Offenhalten", die Hochschulen begannen überzuquellen, während die Finanzen immer mehr zusammengestrichen wurden. Seit 1975 haben sich die StudentInnenzahlen verdoppelt der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt ist in der gleichen Zeit jedoch von 1,31 % auf 1,12% gesunken. Am 4. September 1985 bricht Helmut Kohl ein weiteres Tabu: „Die besondere Förderung begabter junger Menschen und die Heranbildung von potentiellen Leistungseliten sind eine erstrangige bildungspolitische Aufgabe ... Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft sowie die besondere Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland als Kulturnation erfordern nicht nur eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung für alle Studenten, sondern eine gezielte Förderung besonderer Begabungen und von Leistungseliten." (Bonn 1986, Hochschulpolitische Zielsetzungen der Bundesregierung)

Der Forderung nach einer Elitenausbildung war eine weitere gravierende Kehrtwende in der deutschen Bildungspolitik. Interessant ist, daß die Eliten von vornherein mit ökonomischen Notwendigkeiten begründet wurden, also ein gesellschaftsrelevanter Grund gar nicht erst diskutiert wurde. (So war der Begriff 'Elite' auch seiner neutralen und wertfreien Bedeutung beraubt.) Diese ökonomische Ausrichtung prägt die Reformdebatten bis heute. Es ging nicht mehr um ein `Bürgerrecht auf Bildung`, das verwirklicht werden sollte, sondern um die Unterwerfung der Bildung unter ökonomische Notwendigkeiten und wirtschaftliche Ziele.

Persönliche Gedanken und Wertungen

Was seit Anfang der 80er Jahre über notwendige Reformen im Bildungsbereich seitens der CDU/CSU gesagt wurde, knüpft zwar am richtigen Punkt an, führt jedoch zu rein ökonomisch ausgerichteten Lösungsansätzen. Zu recht wurden überfüllte Hochschulen kritisiert, zu recht fordert man Strukturveränderungen. Aber die Lösungsidee dahinter war und ist eine ökonomisch gekettete Elitenidee. Ist die 'Elite' im allgemeinen Sprachgebrauch ein recht neutraler Ausdruck, bekommt sie in der konservativen Bildungsdiskussion einen pechschwarzen Beigeschmack. Denn hier ist unter Elite nicht einfach Leistungsträger oder Begabtenförderung zu verstehen. Im Kontext der CDU/CSU meint Elite zusätzlich die Akzeptanz gegenwärtiger Herrschaftsstrukturen und Wirtschaftsmechanismen. Aus diesem Blickwinkel versteht sich auch, wieso die Bildung wieder ein Privileg der Reichen werden soll. Denn wenn sich Eliten nur aus reichen Schichten rekrutieren, bleiben Herrschaftsstrukturen stabil!

Die Eliteidee der Konservative hat sogar ein theoretisches Fundament. Es begründet sich auf einem biologistischen Ansatz der Begabungstheorie, nach der Begabung erbbar ist. In dieser Logik bleibt der Prozentsatz „begabter` Kinder in der Gesellschaft konstant und kann durch Erziehung und Bildung nicht erhöht werden und folglich führen steigende StudentInnenzahlen nur dazu, daß Nichtbegabte die Begabten in ihrem Studium behindern. Diese reaktionäre Theorie hat ihre Wiege in Baden-Württemberg und zieht sich von dort aus auch durch die Berliner Hochschulpolitik der 80er und 90er Jahre. Der ehemalige Wissenschaftssenator Erhardt hat diese Begabungsthesen öffentlich vertreten und die moderne Erziehungswissenschaft als Sündenbock der Situation in den deutschen Hochschulen diffamiert, weil diese von einem grundsätzlichen Einfluß der Erziehung, wozu auch Bildung zählt, auf Begabung, Talent und Leistungsfähigkeit ausgeht.

Dieses Elitekonzept, oder besser Kaderkonzept der CDU/CSU war und ist Bestandteil eines großen konservativen RollBacks in der BRD, und nicht nur im Bildungssektor. Soziale Errungenschaften der 60er und 70er Jahre werden zugunsten von Eliten (seien es PolitikerInnen mit ihren Diäten, die steigenden Gewinne der Unternehmer oder die Allmacht der ProfessorInnen) zurückgedrängt. Die über Jahre Schritt für Schritt sich durchsetzende Kaderausbildung an den Universitäten kann somit nur als Teil eines reaktionären gesamtgesellschaftlichen Konzeptes angesehen werden. Der desolate Zustand der Hochschulen machte es der CDU/CSU einfach, ihr Bildungskonzept in den Köpfen der Menschen zu etablieren. Die Öffentlichkeit hatte ihr Interesse an der Bildungspolitik lange verloren, die SPD gab ihre emanzipatorischen Ideale auf und

StudentInnen mußte keiner ernst nehmen.

Das konservative Bildungsklientel stellt einen Niveauverlust der deutschen Hochschulen fest, Begabungsmängel bei StudentInnen und ProfessorInnen - allein den Beweis sind sie bis heute schuldig. Natürlich waren an diesen „Tatsachen" die Massenuniversität und die emanzipatorische Erziehungswissenschaft schuld. Der logische Schluß daraus ist das Bildungsprivileg, die konsequente Auslese und letzten endes die Elitenbildung! Ernstlich kritisiert wird diese herrschende Meinung bis heute nur von Leuten ohne Entscheidungsbefugnis. Das öffentliche Interesse dafür ist gleich Null. Die Bildung hat in Deutschland ihre Lobby verloren durch die Großkampagne der Politik. Die Universitäten wurden zu Sündenböcken.

So zieht sich ein roter Faden vom Ende der 60er Jahre bis heute durch die Bildungspolitik. Die deutsche Konservative hat es geschafft, die vor 1968 sehr elitären Elfenbeinturm-Wissenschaften, an die ökonomischen Ketten zu legen. Wenn heute von Bildung gesprochen wird, meint fast jeder damit die besseren Arbeitsmarktchancen. Wer von Praxisrelevanz in der Lehre spricht, meint doch nur die bessere Berufsbefähigung. Interdisziplinäre Ausbildung heißt doch im Grunde genommen nur Steigerung des Humankapitals am Arbeitsmarkt und Verbesserung der Lehre steht für: 'so schnell wie möglich, so viel wie nötig'. Und wenn vom Standortfaktor Bildung die Rede ist, spricht man von den Spitzentechnologien universitärer Forschung. Es ist normal geworden in unserer Zeit, daß alles an den Hochschulen nach ökonomischen Spielregeln abläuft. Oder fällt es wirklich noch jemandem auf, daß zwischen ökonomisehen `Notwendigkeiten` und Inhalten von Lehre und Forschung eigentlich kein gesetzlicher Zusammenhang besteht? So erschrickt man nicht mehr, wenn die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft bemerken: `Internationalisierung der Produktion und Globalisierung der Märkte machen auch eine Weiterentwicklung des nationalen Bildungssysterns notwendig` Oder wenn Helmut Kohl weissagt: „Die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Bildungssysterns wird sich vor allem daran erweisen, welche Qualifikation in welcher Zeit vermittelt wird." Dieses Zitat vom 30.03.1992 faßt in wenigen Worten den Inhalt konservativer Reformziele zusammen.

Teil II: Die aktuelle Bildungspolitik seit Beginn der 90er Jahre

Fast möchte man meinen, die Kürzungen im Bildungsbereich des Jahres 1996 hätten wirklich etwas mit Sparzwängen zu tun und seien aus diesem Grund irgendwie verständlich. Doch dieser Schein trügt. Die Politik der 90er Jahre fügt sich nahtlos in ein konservatives Bildungskonzept ein. Es gibt nur eine entscheidende Neuerung. Seit 1993 wird aus Konzepten langsam Politik, die Bildungsidee der CDU/CSU verwirklicht sich. Dieser rote Faden soll im Folgenden aufgenommen werden, um zu zeigen, daß Sparzwänge nur den Vorwand liefern, um mit öffentlicher Billigung die letzte Bastion, das letzte Überbleibsel der Revolten von 1968 an den Unis zu beseitigen, die emanzipatorische Öffnung der Hochschulen.

Das ERT-Papier „Neugestaltung der europäischen Erziehung und Bildung" (22.09.1993)

ERT steht für den European Round Table of Industrialists (Europäischer Industriekreis). Dieser ist mit Abstand der mächtigste der rund *5000* LobbyistenVerbände, die sich in Brüssel um Einfluß auf die Politik der Europäischen Union bemühen. Der ERT befaßt sich mit vielen Thematiken. Sie reichen von Verkehrspolitik über Steuerpolitik bis hin zu sozialen Bereichen und eben der Bildungspolitik. Praktisch sämtliche Berichte dieses ERT werden in Brüssel begeistert entgegengenommen und finden sich oft schon wenige Monate später in offiziellen EG-Verlautbarungen wieder.

Was hat nun dieser ERT mit uns StudentInnen hier zu tun? Mit der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge gingen eine Reihe von Kompetenzen an die EG über. Zu diesen gehört laut §§ 126, 127 auch die Richtlinienkompetenz in der Bildungspolitik.

Das Papier zur „Neugestaltung der europäischen Erziehung und Bildung" ist nicht das erste, in dem die Großindustrie und das Finanzkapital ihre Ansprüche an das Bildungssystem formulierten. Aber es ist das ausführlichste und zugleich subtilste in seiner Art.

Das umfangreiche Papier soll hier nur in Grundgedanken angeschnitten werden. Es ist oberflächlich betrachtet nicht sonderlich reaktionär, verwendet es doch ähnliche Begrifflichkeiten, wie sie selbst in studentischen Forderungskatalogen vorkommen. Aber der Teufel liegt wie immer im Detail. Dazu nur ein Beispiel: Da steht der schöne Satz: *'Die Universität ist und muß der Ort sein für kritisches Denken und muß die Studierenden zum kritischen Denken anleiten.* `Nur wenig später, in einem ganz anderen Zusammenhang, liest man dann: *„Wir denken, daß besonders betont werden muß, daß es nicht Aufgabe der Handelsgesellschaften oder der Universitäten ist, Wege zur Änderung der sozialen Struktur unserer Länder* (ge-

meint sind die EG-Länder) *zu finden.* „ Wozu die Studierenden ihr kritisches Denken verwenden sollen, wenn nicht zu gesellschaftlicher Veränderung, wird etwas später deutlicher: *„Man braucht intelligente Menschen, um das meiste aus intelligenten Maschinen herauszuholen. „*

Das große Schlagwort dieses Papiers ist *das „lebenslange Lernen".* Dabei geht es aber darum, den Arbeitnehmer ein Leben lang in einem verwertbaren Zustand zu halten, es geht also um Qualifizierung für den Beruf und ihre Verwertung. Die Bedeutung von 'Schule' verkommt dabei zu einem Prozeß, in dem schon Kindern anerzogen werden soll, daß die Lohnarbeit und die Unterordnung unter Unternehmensinteressen höchste Pflicht eines Menschen ist. Dieser Tenor zieht sich über die Hochschulen bis hin zu Weiterbildung. Der ERT hat eine Bildungskonzeption entworfen, die einen neuen philosophischen Ansatz darstellt. In dieser Logik dient der Mensch der Wirtschaft und nicht mehr andersherum. Der Mensch lernt, um verwertbar zu sein, um Nutzen zu bringen und nur die Arbeit ist sein Sinn des Lebens. Und das macht den ERT so gefährlich, das ist der reaktionäre Inhalt seiner Thesen und das versucht der ERT mit aller Kraft in den Mitgliedsstaaten der EG zu verwirklichen.

Streitbare Kurzfassung des Papiers:

Mensch sein, heißt BürgerIn sein. BürgerIn sein, heißt sich als Gemeinschaftswesen begreifen.

Sich in einer Gemeinschaft begreifen, heißt diese zu fördern trachten.

Die vorhandene kapitalistische Gemeinschaft zu fördern trachten, heißt sich verwertbar zu machen und zu halten. Sich verwertbar halten, heißt künftig: 'sich bilden ein Leben lang.'

Das Eckwerte-Papier der Bund-Länder Arbeitsgruppe (Mai 1993)

Im letzten Abschnitt sollte deutlich geworden sein, daß die ökonomische Geißelung der Bildung ein europaweiter, ja weltweiter Prozeß ist und auch nur als solcher verstanden werden kann.

In diesem Zusammenhang hat eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern das sogenannte Eckwerte-Papier erstellt, daß die Weichen für eine neue Bildungspolitik in Deutschland gestellt hat. Mit diesem Papier war der Grundstein für Reformen gelegt. Wesentliche Forderungen waren:

- Trennung des Studiums in Berufsqualifikation und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses - Einführung von sanktionierten Regelstudienzeiten von 9 bzw. 1 0 Semestern - inhaltliche Entfrachtung und Straffung des berufsqualifizierenden ersten Studienabschnittes

- Beschneidung des Rechtes auf Fachrichtungswechsel durch Studiengebühren oder Wechselsperren

- Schaffung eines Anreiz- und Sanktionssystems der Mittelvergabe an die Fächer -Festlegung verbindlicher Prüfungszeitpunkte, wer diese nicht einhalten kann, soll durchgefallen sein - Exmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit

- Berücksichtigung der Studiendauer bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst - Ausbau der Fachhochschulen - Einführung eines Wettbewerbs zwischen den Universitäten

- Autonomie der Hochschulen (meint Hochschulmanagement und mehr Macht den Dekanen)

- Intensivierung der Begabtenförderung - engere Vernetzung der Hochschulforschung mit der freien Wirtschaft

Aus diesen Forderungen und konzeptionellen Vorhaben ist eine Akzeptanz des Primats der Wirtschaft offenkundig. Die Vorstellungen des ERT sind seit diesem Papier offizieller Bestandteil bundesdeutscher Bildungspolitik geworden.

Die Ministerpräsidentenkonferenz (29.10.1993)

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik tagte dieses wichtige Gremium zum Schwerpunkt Bildungspolitik. Die erarbeitete gemeinsame Erklärung aller MinisterpräsidentInnen der Länder stellt eine kritiklose Bestätigung des Eckwertepapiers dar. War das Eckwertepapier bislang lediglich Diskussionsgrundlage, wurde es nun bedeutsam. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Regierungschefs der Länder keine Kompetenz in der Bildungspolitik ha-

ben. Einer eventuell anderslautenden Erklärung der Kultusministerkonferenz wurde so jedoch erfolgreich vorgebeugt.

Die wichtigsten Forderungen der Erklärung waren:

- Beschränkung der Regelstudienzeit auf 9 bzw. 10 Semester - Einführung von Sanktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeit - Differenzierung des Studiums in drei Teile

- Effizienzgesteuerte Mittelvergabe an die Hochschulen und Fachbereiche - Drastische Kürzungen in Pflichtlehrstoff und Prüfungen

- wer sich nicht rechtzeitig zu einer Prüfung anmeldet, soll durchgefallen sein - Professoren sollen ihre Lehrverpflichtungen vordringlich nur noch in prüfungsrelevanten Fächern erbringen

Persönliche Gedanken:

Von diesen Forderungen ist bereits viel durchgesetzt in Berlin. Sie stellen eine Mischung aus Sparen und Umstrukturierung dar, wobei offensichtlich die Sparzwänge allenfalls Rechtfertigung, nicht aber Vater des Gedankens sind. Regelstudienzeit mit Sanktionen bei Überschreitung, Kürzungen bei Prüfungen und im Pflichtlehrstoff, die Forderung an Professoren, nur noch auf Prüfungen vorzubereiten, effizienzgesteuerte Mittelvergabe ... Was ist das Ergebnis dieser Politik? 1. Konzentration auf berufsorientierte Studiengänge 2. Beschneidung alternativer, kleiner oder nicht am Markt verwertbarer Fächer 3. Beschneidung des freien Zugangs zur Bildung, weil Regelstudienzeiten von AusländerInnen, Müttern, Vätern, Behinderten oder auch aufs Jobben angewiesenen StudentInnen nicht einzuhalten sein werden 4. Bildung wird auf Ausbildung reduziert, und diese soll nur noch das Notwendige beinhalten

In der Konsequenz haben die Ministerpräsidenten im Oktober 1993 die Universitäten an die Ziele der kapitalistischen Marktwirtschaft verkauft und die Bildung an die ökonomischen Ketten gelegt.

Das Haushaltsstrukturgesetz in Berlin (Dez. 1993)

Es war nicht zufällig die Stadt Berlin, in der die neue Bildungsallianz aus Großindustrie und Politik ihr Gesellenstück versuchten. Berlin ist bundesweit die Stadt in der in kürzester Zeit die meisten Studierenden mobilisierbar sind. Hier wollte man den Widerstand testen, hier den Grundstein legen für bundesweite Reformen. Mit Senator Erhardt aus Baden-Würtemberg hatte diese Idee einen glorreichen Vorreiter. Der Bildungssenator legte schon im Juni 1993 einen Hochschulstrukturplan vor, in dem er ganz unverbindlich 15.000 Studienplätze weniger, Regelstudienzeiten, Studiengebühren und Hochschulmanagment forderte. Seine Taktik ging auf. In den wenigen Tagen bis Semesterende überschlug sich der Protest seitens der Universitäten und StudentInnen der Stadt. Es wurden Demos, Protesttage, ja sogar Streiks abgehalten. Dann kamen die Semesterferien und mit ihnen das große Abflauen der Proteste. Im Herbst wurde aus dem unverbindlichen Plan ein Gesetzentwurf der großen Koalition. Zwar mühten sich die StudentInnen redlich, einen neuen Protest anzuzetteln, doch das neue Semester machte die Masse interessenlos und taub gegenüber den Warnungen. Der Berliner Unistreik Ende 1993 kann nur als Pleite angesehen werden. Die einzige nennenswerte Aktion des Herbstes 1993 war die Besetzung des Abgeordnetenhauses von Berlin durch Tausende StudentInnen. Nicht zuletzt dieser Aktion ist es zu verdanken, daß der Wissenschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses zumindest teilweise einknickte und im Gesetz nicht die ganze Palette pechschwarzer Maßnahmen verankert wurde. -

Die wesentlichen Neuerungen waren:

- Einführung der sanktionierten Regelstudienzeiten von 9 bzw. 10 Semestern - Zwangsberatungspflicht bei Überschreiten der Regelstudienzeit - drastische Sparmaßnahmen im Unibereich

-Streichung von 15. 000 Studienplätzen

Die Sparmaßnahmen führten im Jahr 1994 dazu, daß nahezu alle Studien- und Prüfungsordnungen überarbeitet werden mußten. Pflichtfächer wurden gekürzt, Wahlfächer beschnitten, Lehrstühle blieben unbesetzt, Fächer wurden geschlossen, Fachbereiche unsäglich fusioniert. (Die Studienbedingungen verschlechterten sich weiter.)

Die Reduktion der Studienplätze führte zum weiteren Ver-

schlechtern der Betreuungsverhältnisse, zu weiterer Not bei Praktikas und Überfüllung von Seminaren, weil Studienplatzkürzungen mit einem Abbau des Lehrkörpers einhergehen müssen. Anwesenheitslisten wurden zur Regel, viele neue Fächer erhielten einen „numerus clausus". Da gleichzeitig das BaFöG nicht angehoben wurde und die Teuerungswelle bei Mieten, BVG etc. vor Studis nicht halten machten, führten die Regelstudienzeiten zu einem harten „sozialen NC".

Verhindert wurden damals noch die Studiengebühren und eine Generalermächtigung für den Wissenschaftssenator zum Schließen und Zusammenlegen von Studiengängen und Fachbereichen. Wie wir jetzt wissen, war die Warnung des Herrn Erhardt 'Wenn ich es in Berlin nicht schaffe, dann kommt es eben über den Bund!' sehr ernst gemeint. Es dauerte gerade 2 Jahre, bis die neue große Koalition das Werk des Herrn Erhardt beendete

Das Haushaltsstrukturgesetz von 1996

Die Vorgeschichte dieses neuerlichen Haushaltsstrukturgesetzes, in welchem es weniger um den Haushalt als viel mehr um die Reformierung des Kultur-, Sozial- und Bildungsbereiches von Berlin geht, begann schon mit den Landtagswahlen 1995. Kurz nach dieser Wahl staunten die Politiker dieser Stadt nicht schlecht, als sie plötzlich ein 50 Milliarden schweres Haushaltsloch entdeckten. Indem man das Fusionsvorhaben mit Brandenburg erpresserisch ins Felde führte, war die Idee eines nie gekannten Sparvolumens geboren. Propagiert wurde Fairneß, praktiziert wird Umverteilung von Arm zu Reich. Endlich hatte man eine so große finanzielle Notlage, die es gestattete, angefangene Streichungen zu vollenden und unliebsame, nicht ins Konzept des Hauptstadtwahns und der ökonomischen Geißelung passende Tendenzen ein für alle mal zu vernichten. Zu diesen zählen zweifellos die Universitäten, mit ihrem selbstdefinierten Anspruch freier Lehre und Forschung, mit ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und vorsichtigen Kritik an den Zuständen in diesem Land. Im Duett von Medien und Politik gereichte eine riesige Sparlüge zum Vorwand, um das konservative Roll-Back in der Stadt Berlin voranzutreiben, wie es sich für die Hauptstadt von Großdeutschland gehört. Gewinner dabei sind die Unternehmer, Investoren und Gutbetuchten dieser Stadt. Verlierer ist die Menschlichkeit! Im Folgenden ein paar folgenschwere Highlights des Haushaltsstrukturgesetzes:

- Verteuerung der Kita-Plätze
- Entlassung von 2000 LehrerInnen
- Streichung der Zuschüsse zur Schulspeisung und Kitaspeisung - Wegfall der Zuschüsse zu Sozialtickets der BVG
-Praktische Schließung fast aller Jugend-, Kinder-, Sozial- und Frauenprojekte - Halbierung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau
- Verkauf von öffentlichem Vermögen (wie zum Beispiel Anteile an der GasA G) - Wegfall der Lernmittelfreiheit für SchülerInnen (Bücher sollen kosten) - Studiengebühren von 1 00 DM pro Semester
- Generalermächtigung für das Abgeordnetenhaus zum Schließen und Fusionieren von Fachbereichen
-drastische Sparmaßnahmen bei den Universitäten
- Fächerschließungen
- beginnende effizienzgesteuerte Mittelverwendung an den Hochschulen - Abbau weiterer 15. 000 Studienplätze in Berlin

aber:
-Weiterbau des Tiergartentunnels - Investitionszulagen für Investoren in Mitte (Potsdamer Platz...) - Fortführung des Projekts Großflughafen - Weiterbau der Olympiahallen - Festhalten an der Kanzler-U-Bahn Die Sparmaßnahmen im Unibereich bedeuten das Ende vieler Projekttutorien, das Einfrieren der Bibliotheksmittel, einen Einstellstop für studentische Hilfskräfte und für den akademischen Mittelbau, Professuren werden nicht besetzt werden können, Beratung wird abgebaut ... die Studienbedingungen verschlechtern sich weiter.

Die Studiengebühren pflastern den Weg zum Bildungsprivileg (weiter) und verschärfen den „sozialen NC".

Mit der Kürzung weiterer 15.000 Studienplätze auf nunmehr 85.000 wird sich die Zahl der Studierenden zur Jahrhundertwende in nur 8 Jahren halbiert haben, denn 1993 studierten noch 167.000 StudentInnen in Berlin, wobei es jedoch weit weniger Studienplätze gab. Aber ein Studi konnte seine Regelstudienzeit noch sanktionslos überziehen. Es ist anzunehmen, daß dies im Jahr 2000 nicht mehr gehen wird und somit der Zahl der Studienplätze der der Studierenden entspricht!

Alles nur Schwarzmalerei?

Die Wirtschaftswissenschaftler der HUB haben 1994 im Komplott mit dem Wissenschaftssenator Erhardt eine Prüfungsordnung gegen den Willen der Universität durchgebracht, die einen Einblick in die Zukunft des Studiums geben kann. Studierende dieses Faches sind im Grundstudium für ihre Vordiplomprüfungen zwangsangemeldet. Wer nach 4 Semestern seine Prüfungen nicht an-

meldet, ist somit automatisch durchgefallen. Einen Studierenden im 6. Semester ohne Vordiplom gibt es hier nicht mehr, denn nach dem 5. Semester schlägt der Exmatrikulator zu. Das ist zwar gesetzwidrig, aber das muß erst mal vor Gericht erstritten werden. Und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät weiß, daß die Mühlen der Gerichte langsam mahlen und die StudentInnen die Zeit und das Geld zum Klagen sicher nicht haben.

Aber wer will es den Professorinnen dieser Wissenschaft verdenken, stehen sie doch der Großindustrie am nächsten, verdienen sie dort die Forschungsmillionen und machen sich somit aus egoistischen Gründen zum Anwalt wirtschaftlicher Interessen. Und wer Wirtschaft an dieser Universität studiert, wird nicht bestreiten können, daß das Studium nicht viel mehr ist als Berufsausbildung, Einschwören auf die kapitalistische Markwirtschaft und die Beseitigung jedes Skrupels bei der Ausbeutung von Mensch und Natur. Hier erlebt man schon jetzt das Zukunftsmodell europäischer Bildung.

Bildung meint Bildung von Humankapital. Und Humankapital denkt nicht - es bringt Geld! Und Humankapital bringt nicht dem Geld, der es besitzt, sondern dem, der es einsetzt. Und da Geld nicht stinkt, egal um welchen Preis es verdient wird, ist diese neue Bildungskonzeption die sauberste Sache der Welt - WiWi-Logik!

Bildungspolitik ist Machterhaltpolitik

Die Strickmuster der gegenwärtigen Reformen sind in allen Bereichen dieselben. So wie die Bildung auf die Verwertbarkeit in der Wirtschaft maßgeschneidert wird, passiert es auch in anderen Bereichen. Die Debatte um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Einführung von Zwangsarbeit für AsylbewerberInnen und SozialhilfeempfängerInnen, die Diskussion um die Senkung der Lohnnebenkosten, die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, die Kürzung der Sozialhilfe ... alles soll die Untemehmensgewinne steigern, soll den Standort Deutschland retten. Der breiten Bevölkerung wird vorgegaukelt, wir müßten sparen und Reformen hinnehmen, weil es keinen anderen Weg aus der Krise gibt.

Die Herrschenden versuchen mit ihren Reformen Zwist zu sähen, die Betroffenen zu spalten, in ihrem Protest zu vereinzeln. Das klappt leider viel zu gut. Nun gab es' in Berlin im März endlich mal eine gemeinsame Großdemonstration von mehr als 30.000 Menschen gegen die Sozialkürzungen, gegen die Umverteilungspolitik von unten nach oben. Aber mit einer Demonstration werden wir diese reaktionäre Welle nicht brechen. Wir müssen begreifen, daß nur die gemeinsame Kraft eine Aussicht auf Erfolg bietet. Und diese Welle stoppen, heißt eine Alternative zu erzwingen, eine Alternative zum Abbau demokratischer Rechte, zur Rücknahme erkämpfter sozialer Absicherungen. Doch vorher müssen sich alle Menschen, die Sozialabbau und Demokratieverlust nicht wollen, darüber verständigen, wie ein gesellschaftliches Gegenkonzept aussehen könnte, für das es sich gemeinsam zu streiten lohnt. Und dazu müssen wir wieder lernen, miteinander zu reden, verschiedene Meinungen zu akzeptieren und den gemeinsamen Nenner zu suchen.

Was seit 1968 bis Anfang der 80er in der BRD aufgebaut wurde, was gemein hin als Sozialstaat Deutschland bewundert wurde, all das soll nun beseitigt werden. Am Ende steht eine Gesellschaft, in der sich jeder wieder selbst der nächste sein muß, wo Sicherheit am Vermögen hängt und Zukunft für viele die Bedeutung verloren hat. Menschen verkaufen ihre Arbeitskraft wieder zu Bedingungen, die Unternehmer diktieren, die der Weltmarkt diktiert. Und dieser Roll-Back funktioniert, weil die Sparlüge funktioniert. Was wir heute sparen, bekommen wir nie wieder, weil es in die Taschen derer fließt, denen der Sozialstaat ein Dorn im Auge ist. Und dies geschieht weltweit.

Der Roll-Back zieht sich seit Ronald Reagan durch die 80er und 90er Jahre. Und die Bildungspolitik ist nur ein Teil davon, ein winziger Baustein, aber mit dem gleichen Ziel: REDUKTION DES MENSCHEN AUF EINEN INPUTFAKTOR DER PRODUKTION!

Und in diese Rolle wird ein Mensch erzogen werden, und wie der Ausschuß jeder Produktion, wird auch der nicht verwertbare Mensch wie Ausschuß behandelt werden. Die Gesellschaft wird nach dieser reaktionären Reform das Wort Menschlichkeit nicht mehr kennen, weil Menschlichkeit eben nicht am Markt verwertbar ist. -

Mehr als eine Zusammenfassung

Auf den letzten neun Seiten wurde versucht, einen roten Faden zu spinnen, Zusammenhänge aufzuzeigen und die aktuelle gesamtgesellschaftliche Spardebatte in einen historischen Kontext zu stellen. Im Folgenden soll versucht werden, Argumente gegen das konservative Bildungskonzept von Großindustrie, CDU/CSU, FDP und auch SPD zu entwerfen.

Was ist so verheerend an einem Hochschulmanagement? Ein Hochschulmanagement bevorteilt

industrienahe Fächer und benachteiligt in unerträglicher Weise industrieferne oder gar kritische Fächer. Denn Management orientiert sich am Aufwand und Nutzen, und beides wird in DM gemessen. Eine Studie über Armut in Deutschland wird wohl weit weniger vermarktbar sein als ein Reformmodell zur Abschaffung der Lohnnebenkosten oder ein neuer Werkstoff für die Raketentechnik. Und weil die Universitäten eigentlich in der Pflicht stehen, Mißbrauch von Forschung und Lehre zu verhindern, dürfen die Lehrinhalte nicht über Effizienzsteuerung der Mittel den ökonomischen Tageserfordernissen unterworfen werden.
Es SEI DENN, MAN GLAUBT WIRKLICH DARAN, DIE INDUSTRIE PRODUZIERT IM INTERESSE DER MENSCHHEIT UND NICHT ZUR MAXIMIERUNG DES GEWINNS!

Was ist denn schlimm an 9 Semestern Regelstudienzeit? Prinzipiell ist es sogar in Ordnung, wenn eine StudentIn nach 9 Semestern das Studium beendet haben könnte. Nur im konservativen Kontext wird in den 9 Semestern nur noch prüfungsrelevantes und berufsnotwendiges verrmittelt, da ja die Mittelverteilung an der Effizienz hängt, die wiederum mit der Berufsorientierung einhergeht. Und dann sind StudentInnen plötzlich nach 9 Semestern FachidiotInnen, haben nie gelernt für ihr wissenschaftliches Wirken Verantwortung zu entwickeln, sind trainiert, der Großindustrie ihr Humankapital zu opfern. Und wer hier an dieser Stelle meint, daß dies alles viel zu überspitzt, einseitig und pessimistisch sei, der möge sich wirklich mal die Papiere des ERT (European Round Table of Industrialists) durchlesen, besser noch Huxleys „Neue Welt" oder der achte mal genau auf die Aussagen unserer Elterngeneration!

Was ist so schlimm, wenn die Konservative „Studierbarkeit" möchte? Wenn die Konservative von Studierbarkeit redet, denkt sie an Reduktion des Lehrstoffes auf ein Mindestmaß und Verschulung des Studiums durch Streichung der Wahlfächer. Sicher finden das einige von uns nicht mal übel, weniger Anforderungen, mehr freie Zeit! Aber wenn man es sich mal recht bedenkt, mit universitärem Lernen hat diese Bildung dann nichts mehr zu tun.

Nun besteht die berechtigte Meinung, daß selbst die Industrie kreative und innovative junge Menschen braucht, die den Gewinn auch für die nächsten Jahre sichern helfen. RICHTIG! Und da setzt die Dreiteilung des Studiums an, die gefordert wird. Ein verschultes Einheitsstudium als Berufsausbildung. Danach ein leistungsabhängiges Auswahlsieb. Dazu kommt noch, daß die eigentliche akademische Ausbildung nicht mehr staatlich, sondern zunehmend privat gefördert werden soll. Die Privilegierung reicherer Schichten ist offensichtlich. Ein einkommensschwacher Student sollte die Hürde jedoch noch packen, wenn er wenigsten keine kritische Meinung zu Staat und Weltmarkt hat und so private Sponsoren findet. Die Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit ist in der dritten Stufe des neuen Bildungskonzeptes vorgesehen. Hier ist neuerlich ein Auswahlsieb vorgeschaltet.
Im Ergebnis sollte die herauskommende Wissenschaftselite enorm leistungsfähig, kreativ, innovativ und Weltspitze sein, aber eben mit Makeln behaftet - kritikunfähig, verantwortungslos und zumeist der reichen Schicht dieses Landes angehörig. Ist es falsch zu denken, daß die neue Wissenschaftselite von skrupellosen Wirtschaftsinteressen mißbraucht werden wird?

Plädoyer für studentischen Widerstand

All diese Pläne ignorieren die gegenwärtige Situation dieses Landes und der Welt. Das notwendige Umdenken hin zu globalen und komplexen Lösungsansätzen für dringende gesellschaftliche Probleme wird massiv behindert. Die Universitäten werden ihrer Aufgabe, vorausschauender Forschung und verantwortungsvoller Lehre im Sinne der Menschen nicht mehr gerecht werden können. Und wenn sich dort nicht schnellstens etwas ändert, Hochschulen nicht bald in demokratischer Autonomie Menscheninteressen vertreten können, dann werden Treibhauseffekt, Klimakollaps, Ozonloch und Zerstörung des tropischen Regenwaldes weiterhin nur Schlagworte der Medien bleiben. Man wird auch weiterhin keine Angst damit verbinden, auch weiterhin an die Kraft der deutschen Wirtschaft glauben und an eine MACHT, die uns im Notfall rettet.

Wann werden wir endlich begreifen, daß es Leute auf diesem Planeten, hier in unserem Lande gibt, ja in unserer Stadt und vielleicht sogar in unserer Universität, die an all den schrecklichen Dingen dieser Welt, an Krieg, Atomversuchen, Seuchen und Umweltkatastrophen irrsinnig viel Geld verdienen? Wann werden wir begreifen, daß der Nabel der Welt das Geld ist? Und solange die, die an Unmenschlichkeit verdienen, diese Welt auch regieren, wird sich an dem Zustand nichts ändern. Und genau diesen Leuten spielt man mit der angestrebten und teils schon vollzogenen Hochschulreform unsere einzige schlagkräftige Waffe in die Hände, die Verantwortung in Lehre und Forschung. Wieso soll diese Verantwortung ausgerechnet jetzt nicht ein weiteres mal gegen den Menschen mißbraucht werden?

Wir Studierenden dürfen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Zukunft verbaut wird. Wir sollen durch unsere Ideen und Fähigkeiten an der Zukunft mitbauen. Wenn wir jedoch nur noch erfahren dürfen, was ein kleiner Kreis von Leuten für gut erachtet, werden wir nicht mehr zu gesellschaftlichen Veränderungen fähig sein. Und das läßt für die Zukunft nichts Gutes erahnen!

Und wenn in 15 Jahren rund um Europa eine hohe Mauer aus Stein steht, mit Selbstschußanlagen und die Hälfte der Erde ist bedeckt von einem blutigen Kampf um letzte Rohstoffe und Nahrungsreserven, dann muß uns eines klar sein: Die konservative Bildungsidee hat daran eine Aktie, denn in ihr ist kein Platz für die Erarbeitung neuer Lösungsmuster oder gar progressive Reformen der Herrschaftsstrukturen. In ihr gibt es nur ein Lösungsmuster und das heißt - **GELD!**

Und weil wir schon im Juni diesen Jahres die neue Sparwelle zu erwarten haben, sollten wir uns jetzt schon wappnen, sollten wir uns selbst fragen, ob nicht die Zeit für Widerstand gekommen ist. Und vielleicht bereuen wir es später bitterlich, wenn wir auch diesmal wieder eigene Interessen über unsere Vernunft stellen.

Ich fordere alle Menschen auf, ihrer Vernunft zu folgen und gemeinsam dieser Politik entgegenzutreten. Es geht um mehr, als 100 DM Studiengebühren.

Widerstand tut Not!

Ronald Höhner
16. April 1996

Anarchie-Comics

Das einzige deutschsprachige Comicalbum mit Storys über und um den Anarchismus. Utopien, Phantasien und Geschichte. Über die Zukunft und Durutti, Monarchen und Revolutionen. Von den besten Zeichnern Berlins und der USA. Aller Gewinn geht an den Anarchistischen Laden Berlin.
Für nur 7,80DM (Vorkasse)
+1.50 DM Porto. 48S.
DIN A4 GROß
mit farbigem Einband bei:
Freie Kultur Aktion
Rathenower Str. 22
10559 Berlin
Tel.+Fax.: 030 / 3946167
Kto. Nr.: 4897 67–107; Blz.:100 100 10; Postbank Berlin; für.:F.d.d.A.

Das Ende des aufrechten Ganges?

Auch die Archive, Verbände und Forschungsorganisationen der Opfer der DDR-Staatsrepression stehen bald vor dem finanziellen Aus

Kein Zweifel: wenn man nicht gänzlich vernagelt ist, gibt es, je älter man wird, das Problem der unterschiedlichen Loyalitäten. Als Linker kann ich nicht scharf genug den zunehmenden Rechtstrend in den Organisationen der Opfer des DDR-Staatsterrors verurteilen. Aber als einer vom damaligen Regime zum Staatsfeind Erklärter und Insasse immerhin einiger zahmerer Haftanstalten in den achtziger Jahren verstehe ich sehr gut den Haß, den die damals Verfolgten gegen die damals regierenden Kommunisten empfinden. Zumal, wenn sie nicht in den Achtzigern, sondern in den fünfziger und sechziger Jahren vier, acht oder gar längere Jahre die stumpfe Brutalität des damaligen Gefängnisregimes und seiner Kerkermeister ertragen mußten. Nach spätestens vier Jahren einer solchen Haft ist man für sein Leben gezeichnet und viele von denen, die noch längerer gesessen haben, brauchen lebenslange psychotherapeutische Behandlung. Die Realisierung und Finanzierung der Betreuung dieser Opfer ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit einer Gesellschaft, die auch nur halbwegs das Attribut "menschlich" verdienen will. Nicht zu reden von den Archiven und Forschungsinstituten, die die Untaten eines solchen Regimes erst aufdecken und die Kriterien einer Rehabilitierung der Opfer recherchieren können.

Aber in der Welle der gegenwärtigen Kürzungen in kulturellen, sozialen und Jugendprojekten zeigt sich, was die Herrschenden von der Idee einer Zivilgesellschaft halten. Und wie nützlich Kommunistenhasser für die CDU auch immer als politisches Werkzeug gewesen sein mögen - zu den Objekten der gegenwärtigen Streichungswelle gehören natürlich auch die Opfer staatlicher Willkür in der DDR und ihre Verbände, Archive und Forschungsverbunde. Einzig die Berliner Gedenkbibliothek, ein Lieblingskind der CDU und der rechten Politsekte VPM (Verein zur Förderung psychologischer Menschenkenntnis), erhielt von Anfang an die institutionelle Förderung, die für viele vergleichbare Vereine in Westdeutschland Normalität ist. Auch die Skandale um die Rehabilitierung einer KZ-Aufseherin und Privatisierung von Spendengeldern bewogen das Berliner Abgeordnetenhaus nicht zu einer Beendigung der Förderung. Ebenfalls für den in diesem Zusammenhang zwischenzeitlich vom Berliner Stasibeauftragten entlassenen Schriftsteller Siegmar Faust wurde gesorgt. Er wird jetzt sächsischer Stasibeauftragter (damit ist der nächste Skandal mit diesem Strohkopf allerdings vorgebucht).

Wer dagegen nicht mit der VPM kungelt, ist im Stande der Ungnade. Nicht einmal die vielbesprochenen Zusammenkünfte zwischen Bärbel Bohley und Gesinnungsgenossen mit dem Kanzler des neuen Deutschlands führten bisher zu handgreiflicheren Ergebnissen als einer privaten Alimentierung für Frau Bohley, die jetzt in der Adenauer-Stifung ihre Bilder ausstellen darf. Helmut Kohl konnte sich als der große Vater der HeldInnen des Jahres 1989 darstellen, aber von einem Beratungsbüro für Opfer oder sogar von einer erörterten Stiftung für die Opfer des DDR-Regimes gibt es immer noch keine Spur. Im Gegenteil: im Mai novellierte der Bundestag, weitgehend von der Öffentlichkeit ignoriert, mit den Stimmen von CDU, CSU und natürlich auch der SPD das Stasiaktengesetz, so daß jetzt beispielsweise kein Einblick mehr in die Personalunterlagen von Spitzeln und Geheimdienstlern vor dem Jahre 1963 mehr möglich sind. Für viele, die die beson-

ders harte Repression des DDR-Staates in den vierziger, fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zu fühlen bekamen, ist das ein harter Schlag. Hintergründe und Verantwortlichkeiten werden nur noch schwer zu klären sein. Rehabilitierungen und ohnehin minimale Entschädigungen werden noch komplizierter. Und für die Historiker wird die gerade in Konturen erkennbare Frühzeit des SED-Staates für weitere vierzig Jahre nebulös bleiben. Aus dem Hause der Kohl-Vertrauten Bohley und ihrer Freunde war kein Wort der Kritik zu hören. Offensichtlich beabsichtigt man, wie aus einem neuerlichen Treffen mit dem Kanzler im April ersichtlich wird, so lange weiter zu kratzen, bis die Herren der Bundesrepublik vielleicht doch Erbarmen zeigen.

Die Chancen dafür sind gering. Als erstes mußte das Berliner "Bürgerkomittee 15. Januar e.V", seinerzeit Ostberliner Vortrupp des Kampfes gegen den DDR-Geheimdienst, daran glauben. Trotz der umtriebigen politischen Scharwenzeleien des Vorsitzenden Hans Schwenke liefen die ABM-Stellen aus. Mittel für die weitere Haltung der Räume sind nicht in Aussicht und ein Versuch, in der fast leer stehenden und verfallenden ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen Platz zu finden, scheiterte am Widerstand des Berliner Senats. So ist wahrscheinlich in zwei bis drei Monaten auch die ehrenamtliche Fortführung der Arbeit für die Mitglieder des Bürgerkomitees nicht mehr möglich und die historische Zeitschrift "Horch & Guck" wird ohnehin nicht mehr finanzierbar sein.

Der Berlin-Brandenburger Bund Stalinistisch Verfolgter (BSV), hauptsächlich in der Betreuung von Opfern der staatlichen Repression tätig, erhält derzeit immerhin noch Geld. Aber die Arbeitsförderungsmaßnahme nach § 249h läuft am 31.10. aus und hat wenig Aussicht auf Verlängerung. Laut Auskunft von Servicegesellschaft und Stadtbezirk werden die in Berlin Lichtenberg laufenden Maßnahmen bis auf 30% reduziert, von den 30 übrigbleibenden Maßnahmen sollen letztendlich nur 13 bleiben. Bei diesen sollen die Mittel pro Person
von 36000 auf 28000 Mark einschließlich Sachmitteln gekürzt werden, so daß auch für Akademiker nur 16-17000 Mark brutto im Jahr bleiben.

Das baldige Ende ist auch für die Finanzierung der Historiker gekommen, die sich im Unabhängigen Historikerverband zusammengeschlossen hatten und in den letzten Jahren eine ganze Serie von aufsehenerregenden Untersuchungen über DDR-Geschichte publiziert hatten. Leute wie Armin Mitter, Stefan Wolle, Bernd Florat und Rainer Eckert kamen von der Akademie der Wissenschaften der DDR und waren im Rahmen des Wissenschaftler-Integrationsprogrammes an der Ostberliner Humboldt-Universität angestellt - mit dem Ziel einer Festanstellung. Dazu wird es nicht kommen, weil auch in der Humboldt-Universität mittlerweile westdeutsche Uni-Seilschaften fest Fuß gefaßt haben und nur an ihre westdeutschen Kumpels Pöstchen und Ämtchen verteilen. Da zählen keine Publikationen, da spielt es auch keine Rolle, daß die DDR-Forschung, soweit sie sich in westdeutscher Hand befindet, bisher nur eine Reihe müßiger Betrachtungen und flacher Kompilationen erbracht hat. DDR-Wissenschaftler - gerechte und ungerechte - haben nur noch die Chance, sich möglichst schnell pensionieren zu lassen. Oder aber bei der Industrie und den Parteien betteln zu gehen. Rainer Eckert beispielsweise, den ich sprach, zeigte eine rührende Zuversicht in eine historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, gab dann freilich aber auch zu, daß kaum eine Partei ungeeigneter wäre, um spezifische DDR- und ostdeutsche Befindlichkeiten zu verstehen als gerade die SPD.

Etwas besser scheint es auf den ersten Blick bei der Antistalinistischen Aktion, der ASTAK auszusehen, die über die Eintrittgelder in ihre Ausstellungsräume in der Ostberliner Normannenstraße einen Sockelbetrag zur Verfügung hat. Aber auch diese Arbeit wird natürlich von fünf 249h-Stellen getragen (allein zur Befriedigung der Ansprüche der neudeutschen Finanzämter braucht es erfahrungsgemäß ein bis zwei Stellen). Außerdem erhält die ASTAK Projektmittel vom Landesbeauftragen für Stasiunterlagen, der gegenwärtig im Abgeordnetenhaus für die Beibehaltung seines Haushaltes kämpft. Bei den Kürzungen, sagte mir Geschäftsführer Drieselmann, sei die ASTAK bisher "durchgeschlüpft". Allerdings enden die 249h-Stellen im April nächsten Jahres und Chancen und Modalitäten einer Neubeantragung stehen in den Sternen. Ohnehin können diese Stellen, wie ein Blick in die einschlägigen "Verträge" zeigt, mitten in der Laufzeit von heute auf morgen ohne jegliche Begründung bis auf Null zusammengestrichen werden.

Das Robert-Havemann-Archiv, ein Verein, der den Havemann-Nachlaß verwaltet und ein Archiv über die Bürgerbewegungen der Wende in der DDR und darüber hinaus in Osteuropa führt, macht bisher gute Miene zum bösen Spiel. Auch hier läuft die Arbeit nach zahlreichen Kürzungen auf der Basis von sechs 249h-Stellen, zu denen zwei vom Landesbeauftragten für Stasiunterlagen finanzierte Stellen kommen. Zwar habe das Arbeitsamt verlautbart, daß 249h-Stellen jetzt auf ein viertes Jahr verlängert werden können, aber von Seiten des Berliner Senats stehe eine Verlängerung sehr in Frage. Der Landesbeauftragte für Stasiunterlagen kämpfe derzeit um die Verlängerung wenigstens einiger Stellen.

Das ist besonders traurig im Falle des Matthias Domaschk-Archives, einer mit ungeheurem Fleiß und peinlichster Sorgfalt geführten umfangreichen Sammlung zu DDR-Opposition und -Repression. Von ursprünglich sechs Stellen wurden im Laufe der Zeit drei gestrichen. Eine der verbliebenen Stellen läuft bis Dezember des Jahres, zwei bis zum März nächsten Jahres. Der Lohn für eine Stelle mußte herabgestuft werden, mit sämtlichen Folgen für Arbeitslosengeld und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Projektmittel reichen gerade für Lohn- und Verwaltungskosten. Für Sachmittel - etwa die Anschaffung dringend benötigter Bücher - gibt es kein Geld. "Die Arbeit", sagte mir Tom Sello vom Domaschk-Archiv, "ist inzwischen so umfangreich und vielfältig, daß sie nicht als Freizeitarbeit weiter führbar ist. Opfer,

die mit ihren Stasiakten zu uns kommen und sie uns zur Verfügung stellen, wollen beispielsweise auch beraten werden; mindestens brauchen sie tagelange Gespräche über das, was sie in ihren Akten gefunden haben. Eigentlich wäre ein Psychologe und psychotherapeutische Betreuung notwendig."

Dargestellt hatten wir schon im Dezemberheft 1995 die Situation der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, wo sich ein einsamer Aktivist mit einem vom Arbeitsamt geschickten NVA-Offizier und anderen auch nicht sehr interessierten 249h-Angestellten herumschlägt. Daß auch die Umwelt-Bibliothek, die nicht direkt zum dargestellten Komplex gehört, gerade von den Kürzungen ereilt wurde, sei nur nebenbei mitgeteilt.

Rein formal-organisatorisch gibt es natürlich das Problem, wo die Verbände und Archive der Opfer des Staatsterrors der DDR einzuordnen wären. Bisher wurden sie wechselnd aus den den Bereichen Kultur, Soziales oder gar Jugend finanziert. Die Landesbeauftragten für Stasiunterlagen verfügen über einen knappen Haushalt und werden offensichtlich hauptsächlich als Abstellgleis für kaltzustellende Personen aus Politik und Verwaltung gesehen. "Es gibt keine Lobby für Aufarbeitung und Opfer", sagte mir Tom Sello, "und der politische Wille fehlt".

Dabei wäre es doch eigentlich auf der Hand liegend, daß zumindestens ein Teil der beschlagnahmten DDR-Parteivermögen den Opfern und den einschlägigen Opferverbänden, Archiven und Forschungsgruppen zugute kommen müßten. Die "Unabhängige Kommission" aber, die diese Parteivermögen verwaltet, überweist nach eigener Auskunft frei werdende Mittel an die Länder, die sie zu Zwecken der privaten Wirtschaftsförderung oder kulturellen Zwecken zur Verfügung stellen. Die Idee einer Stiftung für die Opfer jenes Regimes ist seit 1990 insbesondere von Konservativen häufig beklatscht und gelobt worden. Nur, daß bis jetzt kein Pfennig für eine solche Stiftung zur Verfügung steht. Dafür verabschiedete der Bundestag neu-

lich die notwenigen Gelder für eine Bismarck-Stifung, weil scheintbar die Gebäude, die seinerzeit vom Kaiser und dem deutschen Volk der Familie Bismarck für ihre Verdienste um die deutsche Einheit und die Annektion von Elsaß-Lothringen geschenkt wurden, nicht mehr im besten Zustand sind. Die Neuadligen waren wohl zu stark mit Prassen beschäftigt, um auf den notwendigen Unterhalt der Immobilien zu achten. Dagegen sind die Entschädigungen, die nach dem Unrechtsbereinígungsgesetz Opfern der DDR-Repression zur Verfügung gestellt werden, minimal und werden viele erst nach ihrem Lebensende erreichen. Ausnahmen werden nur mal beispielsweise im Falle der Wittenberger KZ-Aufseherin Pietzner möglich, die durch Vermittlung der VPM nach knappen zwei Monaten schlappe 50.000 Mark erhielt.

Die Opferverbände und Archive scheinen aus den Vorgängen in der Tat den Schluß zu ziehen, man müsse sich eben stärker mit den Herrschenden einlassen, um die notwendigen Gelder zu bekommen. Verwiesen wird auf das Beispiel des Leipzigers Uwe Schwabe und des Domaschk-Archivs Jena, die sich unter den Schutz des Hauses der Geschichte gestellt haben und jetzt in froher Voraussicht der Teilhabe am munter plätschernden Millionenbrunnen in Leipzig eine Stiftung in Gründung gegründet hätten? Hinzu kommen die bösen Erfahrungen von DDR-Oppositionellen mit der westdeutschen Linken in der Vorwendezeit: "Es ist doch so", sagt mir mein Freund Thomas Auerbach, "daß wir als DDR-Exilanten in all den Jahren der Zusammenarbeit mit den Linken, den Grünen und der SPD bis auf sehr wenige Ausnahmen wie Petra Kelly und Horst Bastian nur Mißtrauen und Obstruktion geerntet haben.
Wir sollten mit all denen zusammenarbeiten, die uns helfen wollen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Aber am ehesten finden wir derzeit eben bei der CDU Verständnis."

Ich denke aber doch, daß die oben dargestellten Beispiele zeigen, daß auch die zunehmende Annäherung an die CDU nicht allzuviel bringt. Und selbst wenn man am Ende etwas Kohle für ein weiteres halbes Jahr Überleben herausgeschunden hat, bleibt doch die Frage der Würde, der Unabhängigkeit und des Stolzes. Das Problem ist doch, ob es inhaltlich im Sinne der Opfer eines Regimes richtig sein kann, beim nächsten Regime zu Kreuze zu kriechen, bis man aus Gnade ein paar verschimmelte Pfennige erhält. Die mageren Möglichkeiten für Aufarbeitung und Rehabilitation, das Stasiaktengesetz und das Unrechtsbereinigungsgesetz wurden nicht erbettelt. Sie wurden 1990 mit großem Einsatz von AktivistInnen quer durch die DDR erkämpft und erhandelt.

Die Verhandlungen scheinen derzeit günstigstenfalls an einem toten Punkt angekommen zu sein. Und an einem solchen Punkt liegt es selbst für die sklerotisierten deutschen Gewerkschaften auf der Hand, daß nun gekämpft werden muß. Ich denke, die DDR-Opferverbände, die Archive und die Wissenschaftler sollten endlich zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommen und neue Bündnispartner suchen. In Berlin beispielsweise gibt es das Bündnis gegen Sozialabbau, das die Interessen der Zivilgesellschaft gegen die obrigkeitlichen Umverteilungswünsche vertritt. Warum nicht zur Abwechslung mal wieder auf die Straße gehen und kämpfen, statt immer wieder rhetorisch die Bilder von der mehr oder weniger friedlichen Revolution von 1989 heraufzubeschwören? Derzeit besteht in der Öffentlichkeit der deutliche Eindruck, daß DDR-Oppositionelle und Repressionsopfer eine Klientel der herrschenden Parteien und Wirtschaftscliquen sind, von diesen finanziert und gelenkt werden. Daß dem nicht so ist, sollte klargestellt werden. Und auch aus weit prinzipielleren Überlegungen sollten sich die Verbände endlich wieder mal auf die Seite der Rebellion begeben.

W. Rüddenklau

Geschichtlicher Abriß über die Entstehung von Faschismus und dem antifaschistischem Kampf in Deutschland

Geschichte ist immer eine Frage der Betrachtung und nicht selten von politischer Raison geprägt. So schreibt jede politische Bewegung seine eigene Geschichte und belegt diese oder jene Bereiche mit Weißen Flecken oder verbiegt die Geschichte bis sie in das jeweilige politische Bild paßt. diesem Gebiet gleichen sich „linke" wie „rechte" Geschichtsdeuter, aber auch die angeblich wertfreie liberale Wissenschaft hat ihre Mythen. Als ehemaliger DDR-Bürger wurde mir natürlich durch das realsozialistische Bildungssystem ein Geschichtsbild zu teil, das mir jetzt, nachdem ich die Möglichkeit zu vergleichen und anderen Auffassungen geboten ist, noch nachträglich das kalte Grausen überkommt. Wenig erstaunlich ist, daß sich gerade dieses Geschichtsbild hartnäckig in weiten Teilen der „Linken" und besonders der „Westlinken" hält. Besonders in antifaschistischen Kreisen ist die Auffassung über Faschismus, Antifaschismus und speziell über die die Rolle der KPD erschreckend simpel. Aus diesem Grund soll hier versucht werden, die historische Abläufe und Zusammenhänge zu beleuchten.

1. Teil: Die zwanziger Jahre

Mussolini und der italienische Faschismus

Am 23. März 1919 gründete Benito Mussolini in Mailand die „Fasci Italiani di Combattimento", eine Bewegung, die für eine Mischung aus populistischen Forderungen (Einführung einer Kapitalsteuer, Landreform, Beschlagnahme von Kirchenbesitz) sowie einen aggressiven Nationalismus stand. Als Erkennungszeichen dieser neuen Sammelbewegung fungierten Abbildungen der altrömischen Liktorenbündel (lateinisch. fasces) als Symbol der Gerichtsbarkeit. Aus diesem Begriff wurde die verallgemeinernde Bezeichnung Faschismus abgeleitet. Auch der erhobene rechte Arm wurde der altrömischen Grußerweisung römischer Caesaren („Ave Caesar!") entliehen.

Faschistische Kampfgruppen stürmten die Büros von Gewerkschaften, ländlichen Kooperativen, Sozialisten und Christdemokraten und griffen auch die deutschen und slawischen Minderheiten in den Grenzgebieten an. Diese Aktionen wurden von

Mussolini legt den Grundstein zum "Instituto di Luce", einer staatlich finanzierte Filmgesellschaft. Die italienischen Faschisten erkannten frühzeitig die Propagaqndamöglichkeiten des Films

der italienischen Mittelschicht, die sich vor einer sozialistischen Revolution in Italien fürchtete, durchaus begrüßt, und die Polizei sah über faschistische Exzesse oft hinweg.

Selbst der liberale Ministerpräsident Giolitti betrachtete die Faschisten mit einigem Wohlwollen und forderte Mussolini im Mai 1920 zur Bildung, eines Wahlbündnisses auf. Angesichts der Spaltung innerhalb der Katholischen Volkspartei und liberaler Gruppen verschärfte sich die innenpolitische Krise, und die Faschisten hatten großen Zulauf. Nachdem es im Sommer 1922 zu einer Reihe faschistischer Gewalttaten gekommen war, versuchten einige Führer der Katholischen Volkspartei, mit den Sozialisten ein Bündnis gegen die Faschisten zu bilden. Der Vatikan distanzierte sich jedoch öffentlich von dieser Politik, was zu einer Spaltung innerhalb der Partei führte.

In der Nacht vom 27./28. Oktober 1922 rissen die Faschisten in den meisten Städten Nord- und Mittelitaliens die Macht an sich, und Tausende von „Schwarzhemden" begannen ihren „Marsch auf Rom". Armee und Polizei versperrten ihnen den Weg und, nachdem sie die Oberhand gewonnen hatten, bereiteten sie sich darauf vor, die Städte in den Provinzen zurückzuerobern. Ministerpräsident Luigi Facta forderte den König auf, den Belagerungszustand auszurufen. Als Viktor Emmanuel sich weigerte, trat Facta zurück. Daraufhin bekam Mussolini den Auftrag, die Regierung zu bilden, was er am 31. Oktober 1922 auch tat.

Zunächst regierte er wie ein herkömmlicher Ministerpräsident, und in seiner Regierung waren auch andere Parteien vertreten. Das Parlament verlieh ihm für ein Jahr unbeschränkte Vollmacht zur Durchführung seiner Reformen. Während dieser Zeit dehnte er die faschistische Kontrolle auf Rechtswesen und Verwaltung aus und schüchterte die sozialistische Opposition ein. Indem er Steuern senkte, Staatsbetriebe privatisierte, Pläne zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung wieder fallen ließ und die Gewerkschaften auflöste, sicherte er sich die Unterstützung von Industrie und Finanzwelt.

Im November 1923 führte Mussolini eine Wahlrechtsreform durch, die der größten Partei im Parlament eine Zweidrittelmehrheit sicherte. Die Wahlen vom April 1924 brachten nach einem Wahlkampf der Gewalt und der Einschüchterung politischer Gegner eine riesige faschistische Mehrheit ins Parlament. Ein sozialistischer Abgeordneter, Giacomo Matteo, der die Gewalt anprangerte, wurde entführt und ermordet. Die Öffentlichkeit reagierte zum Teil mit Abscheu, und die meisten nichtfaschistischen Parlamentarier boykottierten von diesem Zeitpunkt an das Parlament. Da sie sich aber auf keinen gemeinsamen Widerstand einigen konnten, blieb ihr Protest ohne Wirkung. Am 31. Dezember 1924 verbot Mussolini alle oppositionellen Zeitungen und ließ politische Gegner verhaften.

Im November 1926 wurden die noch verbliebenen oppositionellen Mitglieder der Deputiertenkammer ausgeschlossen, und die Faschisten etablierten eine Einparteiendiktatur.

Militärische Machtübernahme in Spanien

In Spanien wurde die konstitutionelle Monarchie durch das Aufkommen von großen sozialistischen und anarchistischen Parteien sowie durch Arbeiterunruhen erschüttert. Auch liberale Politiker, die loyal zur Verfassung standen und das Land modernisieren wollten, waren über die sozialen Spannungen beunruhigt, während die Armee, traditionell ein wichtiger Faktor in der spanischen Politik, mit der Regierung unzufrieden war, die mit den Aufständen in der Kolonie Marokko nicht fertig wurde. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als im September 1923 General Primo de Rivera die parlamentarische Regierung stürzte und eine Militärdiktatur errichtete. De Rivera hatte keine politische Partei hinter sich; aber wie Mussolini verachtete er herkömmliche Parteipolitik, und er übernahm dessen faschistisches Vokabular. Es waren die gleichen gesellschaftlichen Gruppen wie zuvor schon in Italien, die sein Regime in Spanien unterstützten: die Angehörigen der Mittelschicht, der Finanz- und Geschäftswelt sowie die katholische Kirche.

Die deutsche Variante des Faschismus

Die wohl gefährlichste Form des Faschismus war die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers. Am 20. April in Braunau, Osterreich, geboren, nach einem erfolglosen Kunststudium in Wien und München und dem Einsatz als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg, kam Hitler 1919 als Vertrauensmann der Reichswehr in München mit einer nationalistischen Gruppe namens Deutsche Arbeiterpartei in Verbindung, die von Anton Drexler geführt wurde. Bald war Hitler Chefpropagandist und Sprecher der Partei, die am 24.Februar 1920 ihren Namen in Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) änderte, und deren Führer er 1921 wurde. Ihr Ziel war es, die Arbeiter vom Klassenkampf fort- und auf die Unterstützung des deutschen Nationalismus hinzulenken. Hauptgegner waren die Juden, die Marxisten und die Sozialdemokraten.

Hitler hatte in seiner Zeit in Wien den dort virulenten Antisemitismus übernommen und erweiterte ihn für seine eigenen Zwecke. Die „internationale Verschwörung der Juden" konnte für alles verantwortlich gemacht werden, von Deutschlands militärischer Niederlage bis zur bolschewistischen Revolution, von der Börsenspekulation bis zu alles lähmenden Streiks.

Die Nazis gründeten eine paramilitärische Formation, die Sturmabteilungen (SA), um ihre Versammlungen zu schützen und die der Gegner gewaltsam zu stören. Damit standen sie nicht allein: In den Jahren 1920-23 förderte die antirepublikanische Regierung Bayerns solche Gruppen in der Hoffnung, sie könnten den Kern einer Befreiungsarmee für die Loslösung vom Weimarer System bilden.

Anfang der 20er Jahre war die NSDAP eine kleine nur wenig organisierte Gruppe rechter Nationalisten. Hitler (siehe Pfeil)formte aus ihr eine straff organisierte Partei, die größere Wählermassen hinter sich bringen konnte.Dadurch konnte er sich zum alleinigen Führer ertablieren.

1923 ruinierte die Inflation weite Teile der Mittelschicht und schuf eine Krise des Vertrauens in die Republik. Als im August desselben Jahres Stresemann den passiven Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung aufhob, versuchte Hitler, die Situation zu nutzen und die bayerische Regierung von Kahr zum Staatsstreich gegen Berlin zu zwingen (Hitlerputsch, 9. November 1923), Er scheiterte jedoch am (unerwarteten) Widerstand der Reichswehr und der schwankenden Haltung der bayerischen Regierung und wurde verhaftet. Die NSDAP wurde verboten. Dennoch gelang es Hitler, aus dem Fehlschlag einen persönlichen Erfolg zu machen, indem er seine eigene Verantwortung für die Aktion betonte und sich so in Gegensatz zu den anderen nationalen Figuren (wie z. B. Ludendorff) stellte, die versuchten, ihre Mittäterschaft zu leugnen. Ein ihm wohlgesinntes Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren (komfortabler) Festungshaft in Landsberg, aus der er vorzeitig (Ende 1924) entlassen wurde. Bis dahin verfaßte er „Mein Kampf`, in dem er Zeugnis von seinem Judenhaß ablegte und sein geopolitisches Programm verkündete: die Eroberung von „Lebensraum" für die „germanische Rasse` durch die Vernichtung des bolschewistischen Rußlands.

Äußerlich gesehen, waren die Jahre 1924-28 eine Zeit der Stabilität für die Weimarer Republik. Die Währung war stabiler geworden, und Deutschlands internationale Situation hatte sich verbessert. In den Wahlen zum Reichstag vom Mai 1928, an denen die Nazis erstmals teilnahmen, erzielten sie mit 810.000 Stimmen gerade 2,1 % der Stimmen und 12 Sitze. Ende 1928 verfügte die NSDAP über etwa 100.000 Mitglieder. Aber Hitler hatte sich mittlerweile eine schlagkräftige Organisation geschaffen, die auch in Nord- und Mitteldeutschland vertreten war; obwohl die Partei vor allem (junge) Angehörige der Mittelschicht anzog, war sie doch für weitere Kreise attraktiver als die meisten etablierten Parteien.

Sowohl in Italien als auch in Deutschland kam der aufkommenden faschistischen Bewegung ein parlamentarisches System entgegen, das keine starken Regierungen hervorbrachte, die in der Lage gewesen wären, eine eindeutige Politik zu betreiben und in der Wirtschaft Vertrauen zu erwecken. Dennoch hatte sich der Faschismus bis 1925 erst in Italien und Spanien etabliert; in den anderen europäischen Demokratien konnte sich der Parlamentarismus noch behaupten.

Die paramilitärischen Schutztruppen der Massenparteien

Die seit 1921 von den Nazis aufgebaute SA (Sturmabteilung), die als paramilitärische Versammlungsschutztruppe fungierte, wurde nach der Wiederzulassung der NSDAP neu formiert. Zunächst entstand sie wieder als lokaler Versammlungsschutz, der jedoch im Laufe der Jahre zu einer reichsweiten Organisation ausgebaut wurde. Einen obersten SA-Führer berief Hitler im November 1926. 1930 übernahm er das Amt pro forma selbst und berief Ernst Röhm zu seinem Stabschef. Mit zunehmender Ausweitung der NSDAP wurde die SA auch zum direkten Kampf gegen andere politische Organisationen eingesetzt. Die Überfälle von SA-Truppen auf Versammlungen der KPD und SPD häuften sich.

Als Reaktion auf das verstärkte Auftreten von rechten Verbänden von Stahlhelm über Werwolf bis hin zur SA gründeten die beiden Arbeiterparteien ebenfalls paramilitärische Organisationen. Die KPD bildetet im Mai 1924 den „Rot Frontkämpferbund (RFB) und gründete ihn offiziell am 1. August 1924 in Halle". 1927 zählte er 127.000 Mitglieder und lag zu dieser Zeit sogar über der Mitgliederzahl der KPD. Er gab eine eigene Zeitung heraus „Die Rote Front". Konkreter Anlaß war der „Blutsonntag" vom 11. Mai 1924 in Halle. Zu diesem Tag hatten die rechten Verbände zu einer Großdemonstration aufgerufen. Die KPD mobilisierte daraufhin für das gleiche Datum zu einem „Arbeitertag" unter der Losung *„Arbeiter, verjagt am 11. Mai die Faschisten aus Halle"* Als am Morgen des 11. Mai 500 Kommunisten die Saale überschreiten

wollten, ging ein Aufgebot der Schutzpolizei gegen sie vor. In Folge eines Handgemenges entwickelte sich eine kurze Schießerei, die 8 Tot und 16 Schwerverletzte forderte. Damit war für viele Kommunisten klar: Die KPD benötigt einen militärischen Schutzverband. Es gab für die Partei jedoch noch einen weit wichtigeren Grund. Nach dem scheitern des „deutschen Oktobers" 1923 wurde die Partei samt ihrer Unterorganisationen verboten. Als am 1. März 1924 das KPD-Verbot wieder aufgehoben wurde, galt dies jedoch nicht für die „proletarischen Hundertschaften". Es galt also einen legalen Ersatz für diese Verbände zu schaffen. Hinzu kam, daß der politische Gegner bereits über derartige Verbände verfügte. Bedenken hatte vor allem von Karl Gröhl alias Karl Retzlaw geäußert, der seit Anfang 1923 den illegalen „M"- und „N"-Apparat der KPD leitete. Er meinte, daß man mit dem RFB das militaristische Auftreten der rechten Verbände nachahmen würde, was gegen den Geist Liebknechts stände, der stets gegen jede Form von Militarismus gekämpft habe. Solche inhaltlichen Einwendungen wurden indes von Thälmann und seinen Beratern für gegenstandslos erklärt. Aus deren Sicht war es in erster Linie wichtig, die Arbeiter davon abzuhalten, sich dem bereits bestehenden sozialdemokratischen „Reichsbanner" anzuschließen..

Das sozialdemokratische Pendant zum RFB war der

Aufmarsch einer Einheit des sozialdemokratisch dominierten "Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner"

„Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner". Dieser wurde im Februar 1924 in Magdeburg gegründet. Die Mitgliederzahl wurde 1925 offiziell mit 3 Millionen beziffert, in Wirklichkeit hat die Mitgliederzahl nie die Millionengrenze überschritten. Das Selbstverständnis des „Reichsbanners" lag in der Betonung auf dem nationalen Erbe der Arbeiterbewegung, der Bereitschaft, proletarische Klasseninteressen der Verteidigung der Republik unterzuordnen und um dieses Zieles willen mit Kräften aus dem republikanisch gesinnten Bürgertum zusammenzuarbeiten. Dies machte sie in den Augen vieler linker Sozialdemokraten verdächtig und suspekt, war jedoch gleichsam der Schlüssel für eine hohe Popularität in breiten Schichten der Anhänger der Republik. Der preußische Innenminister Carl Severing, der paramilitärischen Verbänden allgemein mißtrauisch gegenüberstand, lobte am 1. Mai 1925 den Reichsbanner und seinen *„überparteilich-republikanischen Charakter"*. Der Reichsbanner sei *„schlechthin die Organisation, die über den Gesichtskreis einer Partei hinweg alle Republikaner zu einem festen Wall gegen die Feinde des heutigen Staates zusammenführen imstande"* wäre. Im Sommer 1926 bildetet der Reichsbanner einen sogenannten „Bund republikanischer Kleinkaliberschützenvereine". Damit reagierte er auf die rechten und kommunistischen Verbände, die längst entsprechende Bewaffnungen vorgenommen hatten.

Während sich die verschiedenen Organisationen in den ersten Jahren nur gelegentliche Auseinandersetzungen lieferten, wurden die gegenseitigen Überfällen mit dem Jahren 1928/29 härter. Alle Seiten setzten zunehmend auf physische Gewalt als Mittel zur Umsetzung der jeweiligen politischen Ziele. Überfälle und Prügeleien waren zunehmend an der Tagesordnung. SA gegen RFB, RFB gegen SA, SA gegen Reichsbanner, Reichbanner gegen SA, RFB gegen Reichsbanner, Reichsbanner gegen RFB. Es gab Verletzte und auch Tote. Besonders in Berlin und Hamburg eskalierte dies Situation immer mehr. Es war besonders in Großstädten nicht selten, daß Sturmlokale der gegnerischen Seiten dicht beieinander, wenn nicht sogar gegenüber lagen. Infolgedessen gehörte es zunehmend zur Regel, daß es nach gelungenem Besäufnis zu gegenseitigen Überfällen und regelrechten Straßenprügelleien kam.

Um der Popularität der faschistischen Bewegung und in diesem Fall dem Zustrom zur SA entgegenzusteuern, wurden bei RFB und Reichsbanner ähnliche Begrifflichkeiten wie in der NSDAP übernommen und die Organisationen klassisch militärisch untergliedert. So wurden Begriffen wie „Führer", „Gau" bereits 1925/26 beim RFB eingeführt. Untergliedert wurde er in Gruppen, Züge, Kameradschaften, Abteilungen, Ortsgruppen, Untergaue, Gaue. Der Reichsbanner zog 1931 nach. Aus dem „Bundesvorsitzenden" wurde der „Bundesführer" und aus dem „Gauvorsitzenden" der „Gauführer". Theodor Haubach, einer der aktivsten Mitglieder des Reichsbanners erklärte bereits 1930: *„Das Reichsbanner ist keine Vereinsdemokratie, sondern eine Führerdemokratie".*

Betrachtet man die gewollten und bewußt geförderten Duplizitäten von RFB und Reichsbanner zur SA, so wird es unschwer plausibel, daß nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, ganze Einheiten der proletarischen Verbände, geschlossen in die Reihen der SA übergingen.

Der Blutsontag des 1. Mai 1929

Dem Polizeipräsidenten der Reichshauptstadt, dem Sozialdemokrat Friedrich Zörgiebel, erschien diese Lage so bedrohlich, daß er am 13. Dezember die Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verbot Am 23. März 1929 kündigte der preußische Innenminister Grzesinski an, daß er wegen des zunehmenden *„Treibens radikaler Organisationen"* und der *„Ausschreitungen bedauerlichster Art"* in Zukunft *„gegen die radikalen Organisation mit allem zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten"* und auch vor einem Verbot nicht zurückschrekken werde. Zörgiebel entschloß sich im April, das Demonstrationsverbot auch für den 1. Mai aufrechtzuerhalten.

Eine kluge Entscheidung war das nicht. Arbeiterdemonstrationen ausgerechnet am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeit, zu verbieten, mußte die Kommunisten provozieren. So

Der Polizeipräsident von Berlin Friedrich Zörgiebel (2)

wie die KPD sich in den letzten Monaten gegeben hatte, war nicht wahrscheinlich, daß sie sich einem Verbot fügen würde. Eher war zu vermuten, daß ihr schwere Zusammenstöße mit der Polizei durchaus ins Konzept paßten: als Mittel, um die eigenen Anhänger gegen die Sozialdemokratie und den von ihr gestützten Staat zu mobilisieren. Auf der anderen Seite lagen der Polizei keine Erkenntnisse vor, daß die Kommunisten den bewaffneten Kampf suchten oder gar einen gewaltsamen Umsturzversuch planten. Zörgiebel ging vielmehr davon aus, daß die KPD Furcht hatte, die Kontrolle über die Ereignisse zu verlieren. Nach seinen Informationen rechnete die Partei mit Provokationen des linkskommunistischen „Leninbundes" und mit Blutvergießen, auf das sie dann mit der Ausrufung eines Generalstreiks antworten wollte. Aber aus welchen Gründen auch immer ein unfriedlicher 1. Mai zu erwarten war: das Demonstrationsverbot war geeignet, die Unruhe nicht zu dämpfen, sondern zu schüren.

Am 26. April konterte das kommunistisch beherrschte Großberliner Maikomitee die Entscheidung des Polizeipräsidenten mit einem Aufruf, der andeutete worauf es hinaus laufen würde. *„Selbst im reaktionären München, selbst in Hamburg, in Kiel, in Schleswig-Holstein - überall sind am 1. Mai die Demonstrationsverbote aufgehoben. Nur der Polizeipräsident Zörgiebel will unter der unbewaffneten Demonstration der Berliner Arbeiterschaft ein Blutvergießen am 1. Mai provozieren. Das Berliner Maikomitee spricht im Namen der Berliner Arbeiterschaft aus, daß die Belegschaften der Betriebe mit dem politischen Massenstreik am 2. Mai antworten werden, wenn Zörgiebel es wagt, am 1. Mai Arbeiterblut zu vergießen. . . . Volle Arbeitsruhe am 1. Mai! Rote Fahnen heraus! Straße frei für die Massendemonstration!"*

Die ersten Maitage des Jahres 1929 leben in der Erinnerung von Kommunisten als „Berliner Blutmai" fort. Die Polizei registrierte über 30 Tote, 194 Verletzte 1228 Verhaftungen. Die schwersten Kämpfe tobten in der Hochburg der SPD, dem „roten" Wedding. Dort wurden am Abend des 1. Mai Barrikaden errichtet; in der Kösliner Straße schossen Demonstranten von Dachböden und Dächern auf die heranrückende Polizei. Ähnliche Szenen spielten sich am Hermannplatz in Neukölln ab. Die häufigsten Waffen, die auf Seiten der Kommunisten einsetzt wurden, waren freilich nicht Pistolen oder Gewehre, sondern Flaschen, und Messer. Von einem systematisch vorbereiteten Putschversuch konnte keine Rede sein. Eine aktive Rolle der Komintern oder des von ihr kontrollierten Apparats der KPD läßt sich nicht nachweisen und ist eher unwahrscheinlich, da sonst der Polizei wohl mehr Waffen in die Hände gefallen wären. Ungewiß ist weiter, in welchem Umfang die Behauptung des „Vorwärts" zutraf, die Kommunisten hätten „Bundesgenossen gefunden, die am 1. Mai nach Eintritt der Dunkelheit aus der Tiefe der Großstadt emporgestiegen sind." Im Kern richtig ist sicherlich eine Feststellung, die der Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes, Walter Häbich, auf dem Weddinger Parteitag der

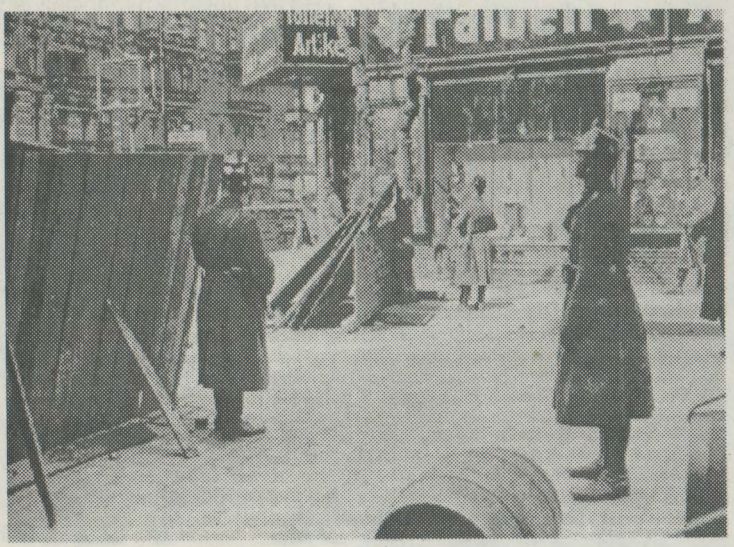
Szenen vom Berliner Blutmai 1929: Die Barrikadenkämpfe im...

KPD im Juni formulierte:. Bei den Maikämpfen hätten Jugendliche in den *„vordersten Reihen"* gestanden und zu den *„kühnsten und entschlossensten Kämpfern"* gehört. Bei arbeitslosen Jugendlichen dürften die Aggressionen gegenüber der Polizei am stärksten gewesen sein, und es ist zu vermuten, daß sie unter den Straßenkämpfern im Wedding und in Neukölln besonders zahlreich vertreten waren.

Die Polizei machte nicht nur vom Knüppel, sondern vielfach auch von der Waffe Gebrauch; sie setzte in Wedding wie in Neukölln Panzerwagen und Maschinengewehre ein. Unter den Toten waren mehrere unbeteiligte Personen, aber kein Polizist; nur ein Polizist trug Schußverletzungen davon. Mit dem Haß, der den Ordnungskräften in den Arbeitervierteln entgegenschlug, war das Verhalten der Polizei allein nicht zu erklären. Ein erheblicher Teil der Verantwortung fiel auf den Berliner Polizeipräsidenten, der seinen Beamten offenbar Anweisungen gegeben hatte, als ginge es vor allem darum, ein Exempel zu statuieren. Der liberalen „Frankfurter Zeitung" drängte sich sogar der Eindruck auf, die Polizei sei *."von der militärischen Einstellung beherrscht gewesen, es mit einem schlechthin als Feind zu behandelnden Gegner zu tun zu haben, statt mit einer nur von Aufrührern ziemlich dünn durchsetzten Bevölkerungsschicht."* Die KPD allerdings konnte von der Eskalation der Gewalt nicht überrascht sein. Daß sie Tote und Verletzte bewußt einkalkuliert hatte, ging aus dem Aufruf des Maikomitees hervor. Die Überfälle, die am Vorabend des 1. Mai Jungspartakisten und Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes auf Verkehrspolizisten an vielen Berliner Straßenkreuzungen verübten, deuten in dieselbe Richtung, ebenso kommunistische Flugblätter vom 30. April, in denen behauptet wurde, das Demonstrationsverbot sei aufgehoben.

„Die Kommunisten, organisatorisch bankrott, von häßlichen Stänkereien durchwühlt, in leidenschaftlichen Kämpfen untereinander verwickelt, brauchten Tote", erklärten am 3. Mai die Vorstände der SPD und ihrer Reichstagsfraktion. *„Sie brauchten sie in Berlin, wo ein Sozialdemokrat Polizeipräsident ist. Die Sozialdemokraten mußten wieder einmal zu Bluthunden gestempelt werden. Dazu brauchte man Leichen und darum mußte das Lumpenproletariat mobil gemacht werden, das den Hauptteil der Kämpfe gegen die Polizei geleistet hat. Die Toten und Verletzten Berlins sind für die Kommunisten Agitationsmaterial und nichts anderes. Die Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen! Das ist die Wahrheit! Der Aufruf schloß mit den Worten: „Nieder mit den kommunistischen Schädlingen der Arbeiterbewegung! Vorwärts und aufwärts mit und in der Sozialdemokratie!"*

Die Äußerungen, die seit dem 2. Mai von der KPD zu hören waren, konnten den sozialdemokratischen Argwohn nicht entkräften, die Opfer der blutigen Unruhen seien den Kommunisten



...in Wedding und in Neukölln forderten über 30 Tote und 194 Verletzte.

politisch gelegen gekommen. *„Die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel läßt auf die Berliner Arbeiterschaft schlagen, stechen, schießen"*, erklärte das ZK am 2. Mai. *„Tote und Verwundete des Berliner Proletariats klagen Zörgiebel, klagen die Sozialdemokratie, klagen die blutbefleckte Koalitionsregierung an. ... Arbeiterblut wird vergossen! Arbeiterblut klagt an! Arbeiterblut fordert Vergeltung! ... Zörgiebels Blutmai - das ist ein Stück Vorbereitung des imperialistischen Krieges! ... Zörgiebels Blutmai, der Blutmai der Sozialdemokratie - das ist der Auftakt für die faschistischen Diktaturpläne de Bourgeoisie und Sozialdemokratie. Wenn es nach dem Willen der Zörgiebel und Grzesinski, der Hermann Müller und Severing, nach dem Willen der Mörderpartei geht, sollen weiter Arbeiter niedergemetzelt werden ... Nieder mit der Sozialdemokratie, der blutbefleckten Mörderpartei."*

Im Reichstag kam es am 2. Mai zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Wilhelm Pieck verlangte die sofortige Beratung eines Antrags auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes, weil die Arbeiterschaft darauf dränge, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen würden und in den Betrieben bereits in den politischen Massenstreik eintrete, um *„diesen Mordkerl"* Zörgiebel von seinem Platze zu verjagen. Der Sozialdemokratie warf Pieck eine *„infame Mordhetze"* und eine *„Blutschuld"* vor. Das Plenum lehnte seinen Antrag zur Geschäftsordnung jedoch ebenso ab wie einen weiteren, von dem kommunistischen Abgeordneten Geschke eingebrachten Antrag, der Reichstag möge seine Beratungen bis zum folgenden Tag aussetzen. Nach der zweite Abstimmung erhoben sich die Abgeordneten der KPD und begannen die Internationale zu singen. Der amtierende Vizepräsident, der deutschnationale Abgeordnete Graef, unterbrach daraufhin die Sitzung für eine halbe Stunde. Als die Kommunisten den Plenarsaal verließen, riefen sie im Chor: *„Nieder mit den Mördern!"*

Aus, Moskau trafen in den ersten, Maitagen zwei Telegramme in Berlin ein, die ihren Empfänger, die KPD, allerdings nicht erreichten, weil das Hauptpostamt sie unter Berufung auf den Welttelegraphenvertrag anhielt und statt der kommunistischen Parteizentrale der Reichsregierung zustellte. Im ersten Telegramm, das vom Zentralkomitee des sowjetischen Metallarbeiterverbandes unterzeichnet war, hieß es, Barrikaden und Blut Berliner Arbeiter würden *„in der Geschichte der Revolution verewigt sein als Demonstration revolutionären Bereitschaft deutscher Arbeiterklasse und als empörender Akt des Verrates dreimal verfluchter Sozialdemokratie ... Es lebe rücksichtsloser Kampf auf Leben und Tod gegen Bourgeoisie und ihre Hofhunde Sozialdemokraten."* Das zweite Telegramm kam, wie Severing am 6. Mai dem Kabinett mitteilte, vom *„Politischen Büro in Moskau"*. Die Absender bezeichneten die Berliner Maidemonstrationen als *„Weiterführung neuer revolutionären Taktik"*. Hunderttausend Arbeiter unter revolutionären Führung hätten auf den Straßen Berlins *„bewaffneten vereinten Kräften Bourgeoisie Reformisten Waffengang geliefert, der als Auftakt zu heranrückenden Kämpfen zu betrachten ist. Senken wir unsere Kampfesfahnen vor heldenhaften Opfern sozialdemokratischer Meuchelmörder ..."*

Die Botschaften aus der Sowjetunion bestärkten die regierenden Sozialdemokraten in der Ansicht, daß mit weiteren Gewaltaktionen, ja mit Putschversuchen der Kommunisten zu rechnen war. Preußens Innenminister Grzesinski drängte deshalb, unterstützt von Ministerpräsident Otto Braun, auf ein Verbot der KPD und ihrer Nebenorganisationen. So weit wollte Reichsinnenminister Severing nicht gehen. Ein solches Verbot sei, so erläuterte er am 6. Mai im Reichskabinett, nicht durchführbar und würde sich infolgedessen als Fehlschlag erweisen. Dagegen habe er dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der ihm angegliederten Verbände, der Roten Jungfront und der Roten Marine, durch die preußische Regierung zugestimmt und den entsprechenden Erlaß den übrigen Landesregierungen zugelei-

tet. Er hoffe bestimmt, daß diese sich dem preußischen Schritt anschlössen.

Der Rotfronkämpferbund wird verboten

Das Verbot des RFB in Preußen erging noch am gleichen Tag, dem 6. Mai 1929. Es wurde damit begründet, daß der Verband eine Gefahr für die Sicherheit und den Bestand des Deutschen Reiches darstelle. Als Rechtstitel des Verbots nannte der Erlaß Bestimmungen des Republikschutzgesetzes von 1922, des Entwaffnungsgesetzes von 1921 und des Reichsvereinsgesetzes von 1908. Dem preußischen Beispiel folgten sogleich Bayern, Sachsen, Hamburg, Lippe-Detmold und Mecklenburg-Strelitz. Andere Länder zögerten zunächst; die sozialdemokratisch geführten Staaten Hessen, Baden und Braunschweig hatten Bedenken dagegen, daß sich Grzesinskis Erlaß einseitig gegen einen Kampfbund der radikalen Linken richtete, rechte Organisationen wie den Stahlhelm und Hitlers SA aber fortbestehen ließen. Es bedurfte einer Reichskonferenz der Innenminister am 10. Mai in Berlin und eines förmlichen Ersuchens Severings, um das Verbot des RFB im ganzen Reich durchzusetzen. In Braunschweig mußte der Reichsinnenminister an Stelle der widerstrebenden Regierung selbst tätig werden: Am 15. Mai erklärte er die Ortsgruppen des RFB für aufgelöst.

Die Einwände der drei Staaten waren begründet. Zwar hatten Stahlhelm und SA keine Barrikaden gebaut, aber an Militanz standen sie dem kommunistischen Wehrverband nicht nach. Die SA freilich war in Norddeutschland bisher noch nicht so stark in Erscheinung getreten wie südlich des Mains, und der Stahlhelm konnte hoffen, daß sein Ehrenmitglied, Reichspräsident von Hindenburg, ihn vor einem Verbot bewahren würde. Das Verbot aller uniformierten Verbände, wie es Badens sozialdemokratischer Innenminister Adam Remmele forderte, war schon deshalb nicht durchsetzbar, weil eine solche Maßnahme auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold getroffen hätte - und dazu war, angesichts des Fortbestehens der rechten Kampfverbände, kein anderer Sozialdemokrat bereit. So wenig daran zu deuteln war, daß es für das Verbot des RFB eine hinreichende juristische Begründung gab, der Eindruck der politischen Einseitigkeit war nicht zu verwischen.

Für die KPD bedeutete die Auflösung ihres paramilitärischen Verbandes, der zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich etwa 80000 Mitglieder hatte, organisatorisch einen Rückschlag. Eine Beschwerde beim Reichsgericht hatte keinen Erfolg, weil das Republikschutzgesetz, auf das der RFB sich berief, am 22. Juli 1929 mangels der für eine Verlängerung notwendigen qualifizierten Mehrheit im Reichstag erlosch. Um die Folgen des Verbots auszugleichen, verlegte sich die KPD Ende Juli auf eine Doppelstrategie: Der RFB sollte einerseits illegal weitergeführt werden; andererseits wies das ZK die Bezirke an, die Bildung legaler „antifaschistischer` Arbeiterorganisationen zu unterstützen. Solche Verbände entstanden zwischen Juli und Oktober 1929, wobei die Namen wechselten. Der Ende September 1930 gegründete Kampfbund gegen den Faschismus hatte den Zweck, diese Organisationen auf Reichsebene zusammenzufassen. Der RFB veranstaltete Ende Oktober 1929 nochmals Demonstrationen in einigen größeren Städten, so in Leipzig und Nürnberg. Aber nur eine Minderheit war bereit, den Weg in die Illegalität zu gehen. Im Sommer 1930 soll noch rund ein Drittel der früheren Mitglieder in den Reihen des RFB gestanden haben. Sie bildeten zugleich den harten Kern der neuen legalen Wehrverbände der KPD.`

Die Parole des Sozialfaschismus

Wenn das Verbot des RFB die KPD organisatorisch zurückwarf, so war es propagandistisch zunächst doch von unschätzbarem Nutzen für die Parteiführung. Zusammen mit dem „Blutmai" bewirkte das Verbot des Roten Frontkämpferbundes einen gewissen Meinungsumschwung an der „Basis" der KPD. Der frontale Kampf gegen die Sozialdemokra-

Thälmann mit Angehörigen des RFB

tie hatte bislang bei den Mitgliedern, vielen Ressentiments gegen die „Bonzen" zum Trotz, keine breite Resonanz gefunden. Jetzt hielten nicht wenige den Beweis für erbracht, daß die SPD wirklich in das Lager des bürgerlichen Klassenfeindes übergewechselt war, ja faschistische Züge angenommen hatte.

Die Parole des „Sozialfaschismus" brauchte nicht erst erfunden zu werden. Im Zuge eines neuerlichen Kurswechsels der Komintern hatte Sinowjew bereits Anfang 1924 die Sozialdemokratie als einen *„Flügel des Faschismus"* bezeichnet, und Stalin war im September desselben Jahres mit der These gefolgt: *„Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus ... Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder."* Seit dem Herbst 1925 wurde dann die Sozialdemokratie nicht mehr offiziell als „faschistisch" bezeichnet. Das Etikett paßte nicht in eine Periode, in der die „Einheitsfront von unten und oben" als ein zulässiges Mittel kommunistischer Politik galt. „Sozialfaschisten" waren aus der Sicht der KPD wohl die Führer der 1926 gegründeten Altsozialdemokratischen Partei in Sachsen, nicht aber die Führer der Partei, von der sie sich getrennt hatten. Erst im Verlauf des Jahres 1928, und durch den maßgeblichen Einfluß von KPdSU und Komintern, wurde der Sozialdemokratie gegenüber wieder der Vorwurf erhoben, sie entwickle sich auf den Faschismus zu. Die Beschlüsse des Sechsten Weltkongresses ließen erkennen, daß die Sprachregelungen von 1924 eine neue Karriere vor sich hatten.

Auf dem 12. Parteitag der KPD, der vom 9. bis 16. Juni 1929 stattfand, wurde der Kampf gegen den „Sozialfaschismus" zur offiziellen Parteilinie. Ursprünglich hatte der Parteitag vom 5. bis 10. Mai in Dresden stattfinden sollen. Nach den Berliner Unruhen wurde er um fünf Wochen verschoben und demonstrativ dorthin verlegt, wo die heftigsten Barrikadenkämpfe getobt hatten: in den Wedding.

Von einer ernsthaften Opposition gegen die Linie des ZK war auf diesem Parteitag, dem letzten in der Weimarer Republik, kaum etwas zu spüren. Nur fünf „Versöhnler" kamen zu Wort, darunter Ernst Meyer, der zu den Maikämpfen kritisch anmerkte, die Überschätzung der eigenen Kraft der Partei habe dazu geführt, *„daß man sich auf die Spontaneität der Massen verließ, und daß man glaubt, daß der bloße Aufruf der Partei zur Demonstration ohne entsprechende Organisation und ganz besonders politische Vorbereitung schon die Erfolge bringen werde."* Vom Parteitag zur Unterwerfung aufgefordert, versicherte Ewert namens der „Versöhnler" am Ende des Kongresses, seine Freunde und er verpflichteten sich, *„keine Fraktions- und gruppenmäßigen Verbindungen einzugehen, zu der Taktik der Partei nur im Rahmen der für jedes Mitglied bestehenden Rechte und Pflichten Stellung zu nehmen und die Parteitagsbeschlüsse sowie die des ZK diszipliniert durchzuführen."* Auf Vorhaltung Thälmanns hin ergänzte Ewert noch, daß die „Versöhnler" eine den Delegierten unterbreitete

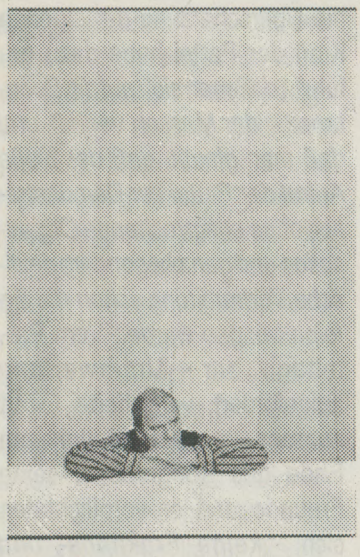
schriftliche Darlegung ihrer Position nicht als Fraktionsplattform benutzen und nicht zur Diskussion in der Partei stellen würden.

Ernst Thälmann hatte auf dem Weddinger Parteitag ein leichtes Spiel. Die Delegierten feierten ihn laut Protokoll vor Beginn seines mehrstündigen Referates in einer Art, sie nur mit dem Wort „Führerkult" beschreibbar ist: *„Bravorufe, langanhaltender Beifall. der Parteitag bereitete Genossen Thälmann eine stürmische Ovation. Die Delegierten erheben sich und singen die `Internationale´. Die Jugenddelegation begrüßt den 1. Vorsitzenden der Partei mit einem dreifachen `Heil Moskau´."*

Quellen:

- Der Schein der Normalität, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.)
- Weimarer Republik, eine Nation im Umbruch (Verlag PLOETZ)
- Faschismus Regime des Verbrechens (Staatsverlag der DDR)
- Die Weimarer Republik (Edition Zeitgeschehen)
- Propyläen- Weltgeschichte (Propyläenverlag)
- Geschichte des 20. Jahrhunderts (Andromeda Oxford Ltd.)

Der lange Abschied vom Verklärungszwang: Wer hat die SED gezeugt ?



Beim Bankett anläßlich des Forums der historischen Kommission der SPD in Berlin zum bevorstehenden Jahrestag der SED-Gründung tauchte im Getümmel um das kalte Buffet bei einem verwunderten sozialdemokratischen Genossen plötzlich die Frage auf, warum seine Partei diesem Ereignis so viel mehr Gewicht beimißt, als im Jahr zuvor dem Jubiläum des SPD-Gründungsaufrufs vom Juni 1945. Warum erinnert sich die SPD nur mühselig an den Tag ihrer Wiedergeburt 1945 und so kräftig an ihr Ende 1946 im Osten ? Weil mit letzterer Frage auch andere Parteien gute Chancen sehen, auf Kosten der SPD Politik zu machen. Da gibt es offenbar weniger zeithistorischen Klärungsbedarf als Gerangel um die Deutungsvormacht - denn alle Kontrahenten verfügen über die gleichen zeitgeschichtlichen Dokumente. Auf dem aktuellen Debattenschlachtfeld jenseits wissenschaftlicher Seriosität bewegt sich der Streit etwa auf folgenden Niveau: Hat die KPD die SPD vergewaltigt oder nur betrogen ? Ist letztere Partner einer Liebesheirat, einer Vernunftehe oder Opfer eines Heiratsschwindels gewesen ? War die SED Frucht dieser Verbindung oder war die SPD vielmehr Opfer eines Meuchelmords am Blutspender für die KPD ? usw.

Der Eiertanz um die Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD hat zum 50. Jahrestag der SED-Gründung einen neuen Höhepunkt erreicht. Im Jahre 6 der „deutschen Einheit" neuer Zeitrechnung erinnert die CDU gern an diese Parteienhochzeit, bei der sich die SPD angeblich nur zu bereitwillig den „Elementen des Zwangs" gebeugt hätte. Endlich eine Gelegenheit, vom Blockflötenballast der Ost-CDU und deren erster Freiübung in Gestalt des Befreiungssprungs unter die Rockschöße des Bundeskanzlers abzulenken. Mit Hinweis auf die aktuelle PDS-Hilfestellung für die Regierung in Sachsen/Anhalt wird zugleich eine Kontinuität der SPD-Bereitschaft zur Kollaboration mit „den Kommunisten" entdeckt.

In der Erklärung der historischen Kommission der PDS wird gleichfalls vom Einheitsdrang in KPD und SPD ausgegangen, dabei jedoch sehr viel überzeu-

gender mit den historischen Lehren aus der größten Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 argumentiert, denen angeblich 1946 mit der Gründung der SED Rechnung getragen wurde: Mit dieser Parteibildung sei die so verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung endlich aufgehoben worden. Auch hier werden „Elemente des Zwangs" gegenüber der SPD nicht geleugnet, jedoch die Vereinigung mit der KPD im Kontext des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns interpretiert.

Angesichts dieser bizarren Interpretationsgemeinschaft von CDU und PDS bei der Aufwertung des Aspekts der Freiwilligkeit jener Parteienverschmelzung hat die SPD alle Hände voll zu tun, diesem Wertungsmuster mit der Betonung des Gewaltcharakters der SED-Gründung zu begegnen. Die Verteidigungslinie wird in Erinnerung an Schumachers konsequenten Antikommunismus, an die Ergebnisse der Berliner SPD-Urabstimmung 1946 (die im Osten verboten wurde) und an die späteren Massenrepressalien gegen ehemalige SPD´ler in der SED befestigt.

Eine Auseinandersetzung mit Einlassungen der CDU/CSU kann man sich durchaus schenken.

Doch der SPD und der PDS sind angesichts ihrer jeweiligen parteioffiziellen Positionierungen einige Fragen nicht zu ersparen.

Warum gedenkt die SPD nicht auch den sozialdemokratischen Versuchen, von Anfang an eine nicht an die alten Organisationsformen anknüpfende neue Einheitspartei für die ganze Arbeiterklasse aufzubauen ? Neben den dominanten Bestrebungen, die SPD nach Kriegsende wiederzugründen, scheiterte der Versuch des Thüringer Sozialdemokraten Hermann Brill, eine Einheitspartei mit dem Namen „Bund demokratischer Sozialisten" ins Leben zu rufen, an der Zustimmungsverweigerung der SMAD. Und in der französischen Zone erstickte die Bildung einer „Sozialistischen Partei" unter Einschluß der Kommunisten an der Wiedergründung der KPD. Natürlich hatten zu diesem Zeitpunkt weder die Sowjets noch die KPD-Wortführer Interesse an einer Einheitspartei. Jedoch drückten solche sozialdemokratischen Initiativen ebenso wie dann von der KPD-Führung abgewiesene frühe Versuche des Berliner Zentralausschusses der SPD, die organisatorische Einheit zu erörten, eine reale Stimmung großer Teile der Sozialdemokraten aus. Und die äußerst kritische Sicht auf die Politik der eigenen Partei während der Weimarer Republik war nicht nur bei den deshalb eine Einheitspartei befürwortenden Sozialdemokraten verbreitet, sondern auch bei den überzeugten SPD-Wiedergründern aller Zonen.

Und wie will die SPD glaubhaft machen, daß 1946 über 500.000 ostdeutsche Sozialdemokraten allein durch Zwang in die gemeinsame Partei gingen, wenn selbst bei der immer wieder zitierten westberliner Urabstimmung (wo 82 % der abstimmenden Sozialdemokraten den Zusammenschluß ablehnten) sich 62 % für ein Bündnis beider Parteien aussprach ? Man darf jenseits beflissener sozialdemokratischer Verteidigungsrhetorik mehr als nur „Elemente von Freiwilligkeit" vermuten, auch wenn viele Dokumente zweifellos auf eine Mehrheit der Gegner einer sofortigen Parteienfusion im Osten schließen lassen. Und hat nicht gerade Schumachers permanente Weigerung, einem ge-

samtdeutschen SPD-Parteitag das Plebiszit in dieser Frage zu übertragen, den Stalinisten in die Hände gearbeitet ?

Andererseits: Wie kann die historische Kommission der PDS auf der empörenden Formulierung „Elemente von Zwang" im Vollzug der Parteienverschmelzung angesichts dokumentarisch belegter weitreichender Pressionen gegen vereinigungsunwillige Mitglieder beider Parteien und angesichts Zehntausender später ausgeschlossener und mindestens 5000 verhafteter Sozialdemokraten bestehen ?

Die politischen Hintergründe sind doch durch eine Fülle von Dokumenten belegt: Mit der schnell erstarkenden SPD in der Ostzone, dem Rückzug des sozialdemokratischen Zentralausschusses von ihren Offerten der organisatorischen Verschmelzung zugunsten eines eigenen angemeldeten Führungsanspruchs und vor dem Hintergrund katastrophaler Wahlergebnisse der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn schwenkte die KPD-Führung Anfang 1946 nach Abstimmung mit Stalin rigeros auf die ehemalige Position des SPD-ZA vom Juni 1945 um. Es ist inzwischen belegt, daß der KPD-Druck in Richtung Einheitspartei nicht in erster Linie aufgrund einer mehrheitlichen bedingungslosen Ablehnungsfront innerhalb der SPD gegen diese Vereinigung, sondern zur Durchsetzung des von der KP-Führung forcierten schnellen Zusammenschlusses noch vor den Wahlen ausgeübt wurde. Es liegt auf der Hand, daß die KPD-Führung angesichts der wachsenden Akzeptanz der sich Ende 1945 gut konsolidierten SPD ihre angestrebte Hegemonie um so mehr gefährdet sah, wie sich die formal in Aussicht gestellte Fusion verzögerte. Überdies wuchs im Verlaufe des Jahres 1945 die Skepsis und das Mißtrauen in den SPD-Basisorganisationen gegenüber der KPD-Führung. Die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft der SBZ befürwortete daher einen längeren Prozess der Zusammenarbeit, aber durchaus mit der Perspektive der gleichberechtigten Vereinigung. Daher ist die Kontroverse „freiwillige oder erzwungene Vereinigung" relativ weit von der tatsächlichen Problematik damaliger inner- und zwischenparteilicher Auseinandersetzungen entfernt. Trotzdem bleibt es wahr, daß eben aus den oben genannten Gründen seitens der KPD-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht erheblicher Druck und zum Teil terroristische Methoden überall dort angewandt wurden, wo seitens vereinigungsunwilliger SPD´ler Widerstand gegen die sofortige Verschmelzung geleistet oder erwartet wurde. Das erhebliche Ausmaß dieser Pressionen verniedlichend und kontextverfälschend als „Elemente von Zwang" zu qualifizieren, disqualifiziert das von Benser im Namen der historischen Kommission der PDS verfasste Papier zur SED-Gründung.

Merkwürdig bekannt mutet die stille Duldung der haarsträubenden Entstellung historischer Tatsachen durch die Mehrheit der PDS-Historiker an, denen (was strafverschärfend hinzukäme) doch heute im Gegensatz zu früheren Zeiten innerparteilich nicht mehr der Mund verboten werden kann. Aber noch interessanter ist die Prüfung des sich aufdrängenden Verdachts, Bensers Papier sei eher als Dienstleistung für den Parteivorstand im Sinne eines „die Lage der Partei" verbessernden politischen Schachzugs aufzufassen. Denn was steckt eigentlich hinter obiger verharmlosender Formulierung im Papier der historischen Kommission der PDS ?

Erinnern wir uns, worin seit 1992 der Minimalkonsens zwischen den Stalinisten, den aufgeklärten Traditionskommunisten und den sozialdemokratischen Profilgebern der PDS bestand: Die Formel vom „demokratischen Neuanfang" in der SBZ und die Beschwörung der „historischen Legitimität des Versuchs, auf deutschem Boden eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus" aufzubauen, eint seither Wagenknecht, Benjamin, Heuer und Bisky über die nach wie vor gravierenden Differenzen (Stasi-Beschluß, Stalinismusdebatte ect.) hinweg. Dieser faule Kompromiß zugunsten des Zusammenhalts der Partei wurde zudem noch von der Kapitulation des schwachen linken Flügels in der PDS und dem dröhnenden

Schweigen der in diese Partei abgetauchten vereinzelten Westlinken begünstigt. Inzwischen funktioniert die eher disparate Koalition von einigen standfesten Dogmatikern und tonangebenden Propagandisten einer demokratisch-sozialistischen Neuorientierung der PDS (fußend auf von der SPD geräumten Positionen) auch auf dem Boden revitalisierter Ost-Identität: Der Instinkt für die Notwendigkeit eines zumindest rudimentären positiven Bezugs auf die DDR-Vergangenheit hat sich in dem Maße verstärkt, wie die Einsicht wuchs, noch auf lange Zeit Regionalpartei bleiben zu müssen. Ostgeprägte Identitätsgebung gebot also die Entdekkung auch heute noch legitimierbarer Elemente sozialistischer Politik im stalinistischen Nachkriegs-Ost-Deutschland - möglichst solcher, die das Abgrenzungsgebaren des Wunschpartners SPD erschweren. Da liegt es natürlich auf der Hand, daß sich solche Entdeckungen überaus schwierig gestalten, wenn sich die PDS auf die Anerkennung der SED-Geburtsstunde als Gewaltakt einließe: Sollte bereits 1946 der „demokratische Neuanfang" vorbei gewesen sein, bliebe nicht mehr viel Spielraum für seine Entdeckung. Da man in der PDS nicht mehr wie ehemals in der SED über die Interpretationsmacht historischer Tatsachen verfügt und Zwang eine dieser Tatsachen ist, spricht man also von „Elementen des Zwangs". Und worin besteht die rechtfertigende Attitüde dieser feigen Sprachregelung? Das Diktum „Zwangsvereinigung" umfasse nicht den ganzen Kosmos an historischer Konkretheit! Sich aber selbst auf diese einzulassen, verbietet das oben beschriebene politische Kalkül der Parteitaktiker. Denn die Risiken, den tatsächlichen Charakter stalinistischer Politik von KPD-Führung und sowjetischer Besatzungsmacht im Nachkriegsdeutschland zu analysieren, werden aus ihrer Sicht und nicht ohne Grund für zu groß gehalten. Das gefürchtete Ergebnis einer solchen Analyse bestünde nämlich in dem Resultat, daß linke Politik sich von Anfang als Widerstand gegen die im Osten erzwungene stalinistische Alternative zum Sozialismus hätte kenntlich machen müssen. Die Schwäche dieser linken antistalinistischen Opposition, ihre brutale Unterdrückung und ihre Niederlage hat letztendlich dem Scheitern des politbürokratischen „Staatssozialismus" die Gestalt seiner Auflösung hinein in den real existierenden Kapitalismus annehmen lassen. Schon dies zu akzeptieren, fällt Vielen in der PDS schwer genug. Sich aber im Namen der PDS auch noch zu diesem linken Widerstand von Anfang an zu bekennen, kollidiert offenbar in unerträglicher Weise mit dem Umstand, aus gerade der Partei hervorgegangen zu sein, die man auf so eindeutige Weise zu verurteilen hätte. Dann nämlich wäre 1989 nicht nur eine Entschuldigung der SED/PDS vor dem Volk der DDR nötig gewesen, sondern eine klare Distanzierung von der SED und damit die Auflösung der Partei. Dieser Neuanfang scheiterte bekanntlich an einer Mischung aus Feigheit und Berechnung der Parteiführung. Und diese Mischung wirkt, wie wir wiederum sehen, auch in der Debatte um die SED-Gründung fort.

Thomas Klein
12.4.96

Mediales

Neues aus der Bücherwelt

Am 18. 6. 1976 erschien in West-Berlin zum Erstenmal die Zeitschrift „radikal", und die Fußballmannschaft der BRD besiegte die jugoslawische im EM-Halbfinale 4:2 nach Verlängerung. Was das Eine mit dem Anderen zu tun hat? Jugoslawien existiert als Staat nicht mehr, der „radikal" wurde zum 20. Geburtstag ein Buch geschenkt. Aus dem Titel ist dann auch bereits ersichtlich, daß es sich hierbei nicht nur um ein schlichtes Abfeiern einer West-Berliner Ikone handelt: **20 Jahre radikal - Geschichte und Perspektive autonomer Medien (Vlg. Libertäre Assoziation / Unrast Vlg. / Vlg. der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse / Edition ID-Archiv / 240 S. / 29,80 DM)**. Und damit der Ausspruch (bzw. die Überschrift eines Interviews) „Solidarität ist wie eine Wärmewelle..." sich auch finanziell für die Bewegung niederschlägt gehen 5,—DM von jedem verkauften Buch in einen Solifond. In dem Sinne: Happy Birthday radi - auf die nächsten 20 Jahre. Übrigens: Im **Anti-Quariat Katalog Nr. 5** gibt es zu diesem Ereignis auch einen kleinen Abriss zur radi, sowie einige ältere Ausgaben der radikal. (Bezug gegen 2,—DM in Briefmarken: **Anti-Quariat * Oranienstr. 45 * 10969 Berlin**)

Nun war die radikal ja nicht nur ein Symbol für radikale Meinungen, sondern auch für eine neue Art Zeitschriften zu gestalten, und der **Edition ID-Archiv** ist es eben auch zu verdanken, daß es wieder Bücher auf dem Markt gibt, wo KünstlerInnen politische Bücher machen. Nach dem Erfolg von **„CopyShop"** nun der Band 2: **geld. beat. synthetik - Abwerten bio/technologischer Annahmen; ein Sampler von BüroBert, minimal club, Susanne Schultz (Ed. ID-Archiv / 271 S. / 29,80 DM)**. Es geht den Künstlerinnen darum, gegen einen hochstilisierten Kunstbetrieb Arbeiten entgegenzustellen, die Positionen zu Gen-, Bio- und Kommunikationstechnologien darstellen. Dieser Sampler mit Handbuchcharakter wird alle erfreuen, denen nur Theorie zu wenig ist.

Ein Titel über den noch einiges diskutiert werden könnte ist: **Oliver Geden; Rechte Ökologie - Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus (Elefanten Press / 252 S. / 28,—DM)**. Im Sinne der ÖkoLinX wird hier auf die Rechten im Spektrum der Umweltbewegung hingewiesen. Ein durchaus wichtiges Thema, nur sind das keine neuen Fakten, die uns überraschenderweise jetzt erst die Augen öffnen. Eine fast 100jährige Geschichte, und alleine der Rückblick auf 30 Jahre „Grüne" hat eine Reihe von Publikationen hervorgebracht, die vor einem rechten Einfluß auf jene Bewegung gewarnt haben. Erst die Zerschlagung des Systems (nicht die Übernahme durch eine Partei) wird auch zu einer emanzipatorischen Umweltpolitik führen.

Ein beinharter Kritiker an Staat und Gesellschaft war u.a. **Max Stirner**, der selbst im anarchistischen Lager nicht unbedingt geliebt wurde, und doch akzeptiert von den unterschiedlichsten radikalen Linken. Einen kleinen, durchaus kritischen Beitrag zur Stirnerforschung bietet die Broschüre: **Alfredo M. Bonanno; Max Stirner und der Anarchismus (Ed. Anares/Espero / 30 S. / 6,—DM)** in deutscher Erstübersetzung.

In Richtung Literatur wären noch zwei Titel anzumerken, die nicht gerade leichte Kost sind, aber dafür umso spannender: Brandneu erschienen ist: **Ángel Crespo; Fernando Pessoa - Das vielfältige Leben (Ammann Vlg. / 480 S. / 68,—DM)**. Dieses, leider nicht ganz billige Buch des spanischen Pessoa-Kenners, der 1995 verstarb, kannte Pessoa noch persönlich. Nur reichte es ihm nicht einfach nur eine Biographie dieses wohl wichtigsten Dichters Portugals zu schreiben, mit all seinen Schwächen, sondern es ist auch ein Stück europäischer Literaturgeschichte geworden mit reichlich Querverweisungen in allen Richtungen.

Ein anderer, nicht unumstrittener

Zeitgenosse, der die jüngste deutsche Literatur mitprägte ist der früh verstorbene Dichter **Rolf Dieter Brinkmann**. Der **secolo Verlag** brachte im letzten Jahr zur Brinkmann-Austellung der Universitätsbibliothek Osnabrück den Katalog /**:Vechta! Eine Fiktion!**/ heraus (100 S. / 58,—DM). Der Katalog, der sehr schön gestaltet ist, und der Brinkmann bestimmt gefallen hätte, ereilt nun ein merkwürdiges Schicksal. Die Erbin ließ gerichtlich den Verkauf des Kataloges wegen angeblich verletzter Urheberrechte verbieten, sodaß der ab 8. Juni 1996 aus dem Sortiment verschwinden wird. Der Katalog stellt ein hervorragendes Dokument über Brinkmanns Jugend in seiner Heimatstadt Vechta dar: „Die Panik runter gelassener Rolläden", wie Brinkmann in Westwärts 1 & 2 (S. 67) schrieb - auch ein Stück westdeutschen Kleinstadtmiefes, in dem nur renitente Naturen á la Brinkmann eine Überlebenschance hatte, in dem sie diesen Ort fluchtartig verließen. Die Tatsache, daß er heute in Vechta begraben liegt verdankt er seinem verhaßten Vater, und der Tatsache das die meisten Menschen im Alter von 35 Jahren keine Testamente schreiben - vielleicht wäre uns dann auch die heutige Erbin erspart geblieben.
Heiner Müller hielt Brinkmann für „das einzigste Genie in der westdeutschen Literatur", und während in Vechta nichts an Brinkmann erinnert (nicht einmal der tote Dichter ist hier willkommen), sorgen die Erben dafür, daß es auch so bleibt.
Wer jetzt aber dennoch den Katalog haben möchte, und in seiner Buchhandlung kein Exemplar mehr bekommt, kann sich an die hervorragenden Kollegen in Freiburg wenden: **Rosta Jos Fritz Buchversand (die im übrigen auch ein gutes Antiquariat haben) * Wilhelmstr. 15 * 79098 Freiburg * tel.: 0761 / 24835**

Salute
(das nächste Gelöbnis kommt bestimmt) knobi

Meldungen

Überfall auf das Prager Infocafe „Propast"

Die innenpolitische Situation in der Tschechei verschärft sich in letzter Zeit zusehends. Die alten Kader der tschechischen Staatssicherheit StB haben in neuen Sondereinheiten Platz gefunden und suchen neue Aufgabenfelder. Demonstrationen werden wieder niedergeknüppelt. Wasserwerfer dürfen wieder eingesetzt werden.

Einen neuen Höhepunkt der Repression gab es am 10. Mai gegen 22 Uhr, als über 100 Polizisten in das das Prager Infocafe "Propast" eindrangen, wo gerade ein Solikonzert für eingesperrte Mitglieder der englischen Gruppe "Green Anarchists" stattfand. Die Uniformierten drangen ohne Begründung ein und begannen, die etwa 130 Konzertbesucher zusammenzuschlagen und nach draußen zu treiben Neben 60 normalen Polizisten taten

sich 60 andere Uniformierte einer Antiterroreinheit hervor - ausgerüstet mit Maschinenpistole und Tarnmütze. Die Aktion wurde von sechs Offizieren der "Antiextremistischen Einheiten" befehligt und beaufsichtigt.

Die Leute wurden aus dem Lokal herausgeprügelt und stießen dort erst einmal auf ein neu-

es Spalier von prügelnden Uniformierten, bis sie sich in "Fliegerstellung", mit ausgestreckten Armen und Beinen an die Wand stellen durften. Hier wurden ihre Personalien aufgenommen und Videoaufnahmen von ihnen gemacht. Rufe nach dem Arzt wurden mit Zusammenschlagen beantwortet.

Die stolze Bilanz der etwa einstündigen Aktion: 40 bis 50 Verletzte, darunter 10 Leute mit schweren Verletzungen. In der

Öffentlichkeit wurde erklärt, die Aktion habe sich gegen Faschisten und Skinheads gerichtet gewesen und habe der Fahndung nach Rauschgift gedient. Der Innenminister bezeichnete das Ganze als gelungenen Einsatz. Man habe jetzt die richtige Methode gefunden. Daß es Verletzte gegeben hätte, bestritt er im staatlichen Fernsehen, während zur gleichen Zeit im Privatkanal "Nova" die Blutlachen und -Flekken in dem zerstörten Konzertraum gezeigt wurden. Auch die Massenpresse stellte sich auf die Seite der Regierung und bezeichnete den Einsatz als "gelungenen Schlag gegen Drogenhändler und Extremisten".

Allerdings scheint gerade in dieser Hinsicht die Ausbeute gering zu sein. Gefunden wurden insgesamt drei Haschisch-Zigaretten, eine Menge, die aber in Tschechien wie in Deutschland nicht verboten ist. Einige Leute, die festgenommen wurden, weil sie ihre Papiere nicht zeigen wollten, mußten nach einigen Stunden freigelassen werden. Allerdings werden wohl auch 15 Strafanträge wegen Amtsmißbrauch und Körperverletzung ergebnislos bleiben. Die Untersuchung wird von einer Polizeiinspektion vorgenommen, die wohl kaum die eigenen Kollegen bestrafen wird. Der eigentliche Grund des Einsatzes, heißt es intern aus Quellen des Innenministeriums sei die Ausforschung der Szene gewesen.

Der von den Behörden angerichtete Schaden wird wohl von der Prager Szene repariert werden müssen. 40.000 Kronen entsprechen nur etwa 1000 Mark, sind aber bei einem durchschnittlichen Monatsgehalt von 5000 Kronen ein sehr hoher Betrag.

Währenddessen hüllt sich der Dichterpräsident Vaclav Havel in der Prager Burg seit Längerem in hartnäckiges Schweigen. Solange etwa kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert wird, weiß er nichts zu sagen. Er protestiert ehestens dann, wenn es nichts kostet und ein Imagezuwachs zu erwarten ist. Havel, sagen junge Tschechen, sei schon immer ein mittelmäßiger Widerstandskämpfer, Dichter und Denker gewesen und wäre eben deshalb von der neuen Elite als Alibipräsident gewählt worden.

Verschärfung der Situation in Chiapas

Die Situation im mexikanischen Bundesstaat Chiapas hat sich mittlerweile zugespitzt. Jorge Javier Elorriaga Beredegue und Sebastián Entzin Gómez, zwei EZLN-Mitglieder, die während der Regierungsoffensive im Frühjahr vorigen Jahres festgenommen wurden, wurden Anfang Mai wegen "Verschörung und Terrorismus" verurteilt zu 13 bzw. 6 Jahren verurteilt. Zwar waren die beiden schon vor dem Amnestieerlaß, der für die Dauer der Verhandlungen zwischen EZLN und Regierung gilt, festgenommen worden. Es wird aber allgemein ausgeschlossen, daß das Urteil mit der Regierung nicht abgesprochen ist.

"Weitere 18 Leute", heißt es in einem Bericht der Vorbereitungsgruppe des Europäisches Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus, "sitzen seit über einem Jahr unter der Anklage "mutmaßliche Zapatistas, Verschwörer und Terroristen" zu sein in verschiedenen Gefängnissen. Für die EZLN stellt sich nach der Verurteilung natürlich die Frage, wie die Regierung einen Dialog aufrechterhalten will, wenn sie die andere Seite für "Terroristen" hält. In den letzten Wochen zeichnete sich die Regierungsdelegation ohnehin nur noch durch Ignoranz, Arroganz und einer offensichtlichen Blockadehaltung gegenüber den Zapatistas aus. Alles steht auf dem Spiel. Für die EZLN stellen die Verurteilungen vor dem Hintergrund des abgewürgten Dialogs nichts anderes als ein Kriegserklärung dar."

"Heute", heißt es in dem Bericht vom 12. Mai weiter, "erhalten wir die Nachricht, daß das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee - Generalkommando des EZLN (CCRI-CG-EZLN) den Dialog mit der Regierung unterbricht, die Truppen der EZLN in Alarmbereitschaft sind und daß Die Zapatistas eine Militäroffensive der Bundesarmee für wahrscheinlich halten."

Obwohl in den Gesprächen vereinbart worden war, auf

Truppenbewegungen zu verzichten hatte die Regierung schon in der Vergangenheit unter dem Vorwand der
Drogenbekämpfung die Militärpräsenz ständig erhöht. Mexikanische Militärs werden, wie die Sozialogieprofessorin und Journalistin Marta Duràn in einem Interview in der "Jungen Welt" am 3. Juni sagte, in einer Anti-Guerilla-Schule in den USA für den Krieg in Dschungel und Städten ausgebildet. US-Militärberater schulen auch mexikanisches Militärs direkt im Urwald von Chiapas.

Auf der Homepage der EZLN im Internet "http://www.peak.org/~justin/ezln/ezln.html" heißt es in einer update vom 28. Mai, daß nach der für den 5. Juni geplanten nächste Runde des Dialogs die Regierung offenbar geplant hat, die Amnestie gegen die ELZLN aufzuheben und die militärischen Aktivitäten wieder aufzunehmen. "Bereits in den letzten Wochen gab es eine nie gesehene Truppenkonzentration an den Grenzen der Region und letzte Woche hat sich die EZLN weiter zurückziehen müssen, um eine militärische Konfrontation zu vermeiden. Die Situation ist kritisch und es ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft, die Rückkehr eines wahnsinnigen Krieges nach Chiapas zu verhindern.

Die Berliner Vorbereitungsgruppe des Europäisches Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus fordert zur Organisation von Kundgebungen und öffentliche Aktionen auf. Protestschreiben können gerichtet werden an:
Dr. Ernesto Zedillo Ponce de Leon (Präsident)
Palacio Nacional: Fax: 0052-5-2711774
Residencia oficial de los pinos: Fax: 0052-5-5151794
Lic. Emilio Chuayffett (Innenminister)
Secretaría de Gobernación: Fax: 0052-5-5465350
Julio Cesar Ruiz Ferro (Gouverneur)
Gobierno del estado de Chiapas: Fax: 0052-961-32458
Kopien der Protestschreiben bitte an:
La Jornada: Fax: 0052-5-5101901/5212763
E-mail:
jornada@condor.dgsca.unam.mx
La Reforma: E-mail:
cartas@reforma.com.mx
El Financiero: Fax:
0052-5-5318420/2277620
El Proceso: E-mail:
proceso@spin.com.mx

Pressemitteilung: Anhörung zum Atommüllager Lubmin abgebrochen

Sicherheitsbericht der EWN erwies sich als unzureichend
Greifswald. Mit einem Eklat endete am 21 Mai der zunächst auf mehrere Tage angesetzte atomrechtliche Erörterungstermin zum Atommüllager Lubmin. Die noch rund 100 anwesenden betroffenen Bürgerinnen und Bürger verließen gegen 18 Uhr geschlossen das Zelt, nachdem mehrere von ihnen Stunden zuvor wegen Verfahrensmängeln den Abbruch der Anhörung beantragt hatten.

Auseinandersetzungen um die Tagungsleitung des Verhandlungsführers, Winfried Huck vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Salzgitter, waren dem Auszug der Einwender vorausgegangen. Wegen eines in Prüfung befindlichen Befangenheitsantrages hatte der vorherige Verhandlungsführer seitens des BfS, Wilhelm Collin, an der Anhörung nicht mehr teilgenommen. Der Vorwurf der Befangenheit sei inzwischen zurückgewiesen worden, hieß es am Abend in Lubmin.

Wesentliche Kritikpunkte der vor allem in der Region Vorpommern lebenden Einwender hatten sich auf den im September 1995 von der Energiewerke Nord GmbH (EWN) vorgelegten Sicherheitsbericht bezogen. Die EWN gingen soweit, ausschlaggebende Gutachten u. a. zur Erdbebensicherheit der geplanten acht Zwischenlager-Hallen ausdrücklich nicht zur Erörterung zu stellen. Dagegen hatte der Sachbeistand und Geologe Thorsten Böcke während der Anhörung nachgewiesen, daß entsprechende von den EWN eingereichten Genehmigungsunterlagen unvollständig bzw. unrichtig sind.

Tagungsleiter Huck hatte daraufhin festgestellt, daß die nachweislichen Mängel in zentralen Erörterungsdokumenten für den Fortgang des Anhörungs-

termins nicht ausschlaggebend seien. Im Anschluß daran machte sich unter den EinwenderInnen spontane Empörung breit. Mehrfach äußerten sie, nicht länger als Alibi- Publikum einer Veranstaltungs-Farce beiwohnen zu wollen. Der Erörterungs- und Diskussionsbedarf der Genehmigungsbehörde erschöpfe sich in einer Formalabhandlung des Verfahrens, kritisierten sie.

Abschließend erklärten Rosmarie Poldrack und Martin Graffenberger für die Greifswalder Bürgerinitiative Kernenergie und Eduard Bernhard für den Bonner Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine ordnungsgemäße Weiterverhandlung als nicht mehr möglich.

Die EWN halte indessen an den vorgelegten Antragsunterlagen fest, erklärte EWN-Geschäftsführer Herbert Hollmann am Abend. Deren Lückenhaftigkeit war bereits nach dem ersten Verhandlungstag offensichtlich geworden. Die Genehmigungsbehörde führte unbeirrt das Verfahren mit diesen Unterlagen fort. Die EinwenderInnen stellten fest, nicht an einem fairen Verfahren teilnehmen zu können.

Ebenso begründete sich der Antrag auf Abbruch der Anhörung auf die vom BfS aufrechterhaltenen beschwerlichen Arbeits- und Anreisebedingungen für die EinwenderInnen. Die Verlegung der Erörterung auf Wochenenden oder in arbeitsfreie Tageszeiten wurde ohne Begründung abgelehnt. Unter diesen Umständen war der Abbruch der Veranstaltung eine logische Schlußfolgerung.

Während eines am Abend in Greifswald spontan organisierten EinwenderInnenplenums wurde beschlossen, sich an der Scheinerörterung nicht mehr zu beteiligen.

Umweltzentrum Münster

Bewegung, Information, Eine-Welt-Laden, Archiv, Materialversand und noch viel mehr

Montags 16-19 H (Allgemeines)
Dienstags 15-18 H (Internationalismus)
Mittwoch 15-18 H Repression)
Donnerstag 13-18 H (Anti-Atomenergie)
Freitag 15-18 H (Wehrpflichtigenberatung)

Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster

Tel.: 0251-521112 Fax: 0251-531559

HALLO - der nachfolgende text, mag wie eine werbung aussehen - ist es auch!!!
ABER.....
WENN DU DENKST, DASS DEIN TEXT BEI UNS REINPASST,SCHICK IHN UNS, WIR WERDEN IHN VEROEFFENTLICHEN!!!

| links&radikal im Internet |
+++ TREND onlinezeitung fuer die alltaegliche wut
http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/trend/
+++ erscheint monatlich / updates woechentlich +++

TREND 6/1996 erschienen

* seit jahren vergriffen, nun wieder zugaenglich:
Robert Kurz ABSTRAKTE ARBEIT UND SOZIALISMUS (linkskurve) krisitisiert von Daniel Dockerill und Robert Schlosser
* the best of IRISCH-REPUBLIKANISCHE NACHRICHTEN (beilage)
irische politik, gesellschaft, geschichte aus der sicht der IRA
* sowie: nachrichten, veranstaltungen, aktionen aus der region incl. veranstaltungen zum papstbesuch
* NEU: CULTURE CLUB oder was so im burgerlichen alltag abgeht.
* WICHTIG: Deine MEINUNG, trendfragebogen
* ausgewaehlte Hyperlinks- auch zu den BERLINER UNI-STREIKS
* zum download vorraetig, ESPERO, A-KURIER, RAG
litlisten mit mehr als 2.000 titeln uber werttheorie, postmoderne, sozialismus, anarchismus, soziale bewegungen

* telegraph-Abonement
Ich bestelle den telegraph im Abonnement ab: _____ für
____ 1 Jahr (45,- DM)
____ 1/2 Jahr (23,- DM
Das Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf des alten Abbos gekündigt wird. Der Auftrag kann inerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.
____ auf Probe (2 Hefte für 6,- DM)
Das Probeabo verlängert sich nicht automatisch!
Probeabo nur gegen Vorkasse (bar oder Briefmarken!)

Datum/Unterschrift

An
Redaktion telegraph
Schliemannstr. 22
10437 Berlin

* telegraph - das Geschenk
Ich verschenke den telegraph als Abo für 1 Jahr (45,- DM) an:
Name:

Str./Nr.:

ORT/PLZ

Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch!
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden

Datum/Unterschrift

Name:

Str./Nr.:

ORT/PLZ:

Zahlungsweise:
____Rechnung ____bar ____per Abbuchung

Konto-Nr. Bankleitzahl

Name der Bank/ORT

Ausschneiden oder kopieren und uns im Brief oder frankiert als Postkarte zuschicken

Feste feiern

6.Juli 1996, ab 15 Uhr

5. Libertärer Jahrmarkt

Senefelder Platz
Berlin, Prenzlauer Berg

Infostände Libertärer Projekte
Live-Musik
Vorträge / Film
Ausstellung
Essen und Trinken
Spiele für Kinder
und viel Spaß

ZEHN JAHRE UMWELT-BIBLIOTHEK

DENK-FEIER
1. September 1996,
10 Uhr
in der Zionskirche
Zionskirchplatz
10119 Berlin
(-Prenzlauer Berg)

STRAßENFEST
1.September1996,
ab 15 Uhr
Schliemannstraße
10437 Berlin
(Prenzlauer Berg)
Kinderspiele
Live-Musik
Ausstellung
Diskussionsrunden
Infostände
Essen und Trinken

Impressum:

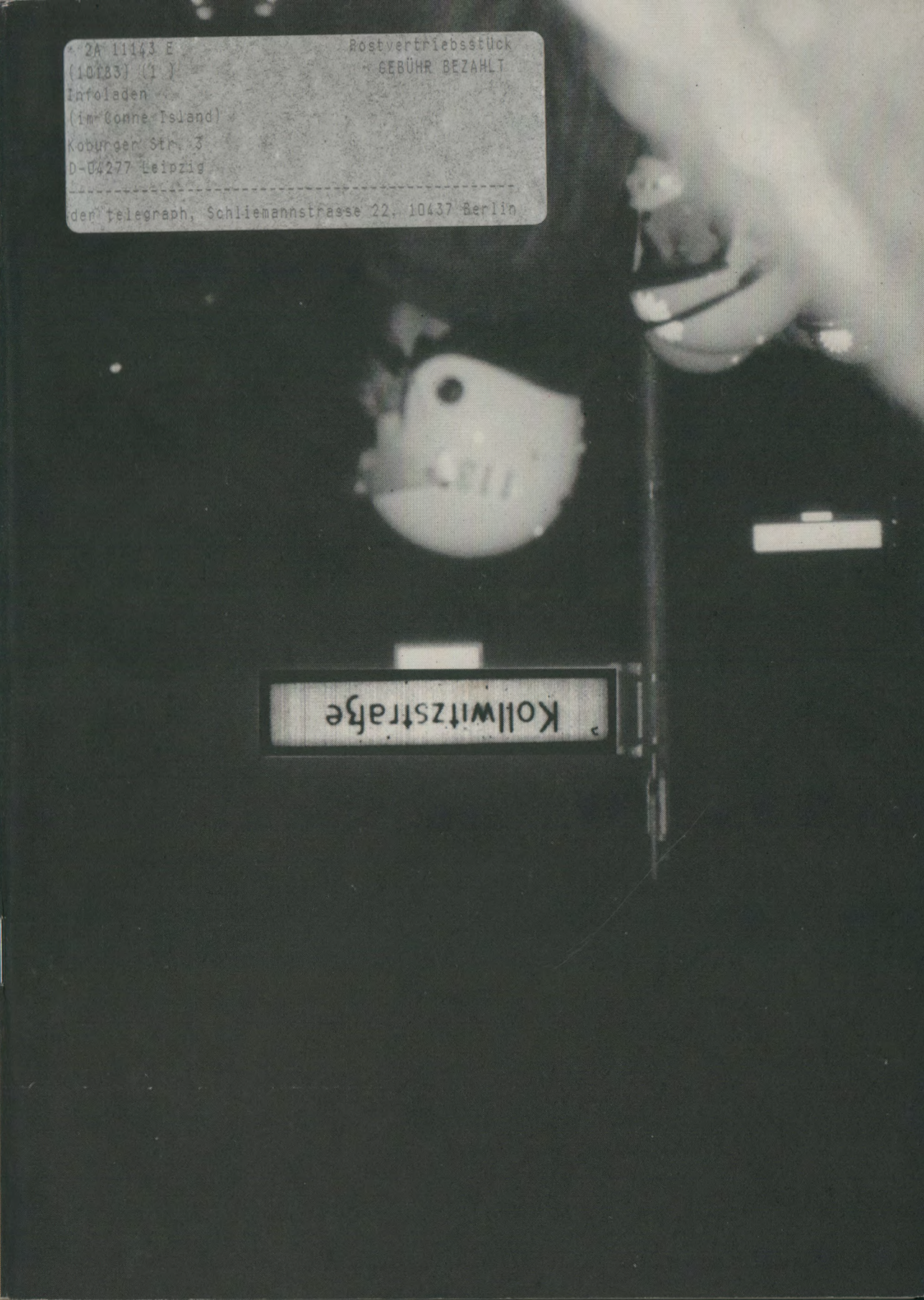
Der "telegraph" erscheint monatlich, Einzelhandelspreis 4,00, WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt, Abonnementbedingungen siehe 3. Umschlagseite

V.i.S.d.P.:
Wolfgang Rüddenklau
Redaktionsschluß: 3.6.96

Herausgeberin:
Gemeinnütziger Verein Umwelt-Bibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin,
Neue Telefonnummer:
44650910, Fax: 4445623
(unbedingt Hinweis "für "telegraph" hinzufügen)

E-Mail:
telegraph@vlberlin.comlink.de

Konto:
Berliner Bank
Kto.-Nr. 7189250800,
BLZ 10020000


2A 11143 E
(10183) (1)
Infoladen
(im Conne Island)
Koburger Str. 3
D-04277 Leipzig
Postvertriebsstück
GEBÜHR BEZAHLT
der telegraph, Schliemannstrasse 22, 10437 Berlin
Kollwitzstraße